HAMBURGISCHE BÜRGERSCHAFT

23. Wahlperiode **Nr. 23/3**

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses

Sitzungsdatum:	12. Dezember 2025
Sitzungsort:	Hamburg, AP6, Sitzungssaal 2.04
Sitzungsdauer:	14:03 Uhr bis 17:32 Uhr
Vorsitz:	Abg. Julia Barth-Dworzynski (SPD)
Schriftführung:	Abg. Thomas Meyer (Die Linke) i.V.
Sachbearbeitung:	Marie-Christine Mirwald

Tagesordnung:

1. Arbeitsstrukturen und Fachkräfte in der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe

   (Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

   Hier: Anhörung von Auskunftspersonen gemäß § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft

2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Julia Barth-Dworzynski (SPD)
Abg. Cem Berk (SPD)
Abg. Christin Christ (CDU) i.V.
Abg. Tom Hinzmann (SPD)
Abg. Lisa Kern (GRÜNE)
Abg. Thomas Meyer (Die Linke)
Abg. Oktay Özdemir (SPD)
Abg. Marc Schemmel (SPD)
Abg. Dr. Gudrun Schittek (GRÜNE)
Abg. Silke Seif (CDU)
Abg. Eugen Seiler (AfD)
Abg. Dr. Kaja Steffens (CDU) i.V.
Abg. Dr. Tim Stoberock (SPD)
Abg. Heike Sudmann (Die Linke) i.V.
Abg. Kathrin Warnecke (GRÜNE)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Indira Chuda (SPD)
Abg. Baris Önes (SPD)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung

Frau Senatorin	Ksenija Bekeris
Frau Staatsrätin	Michaela Peponis
Frau Grundsatzreferentin der Senatorin	Sarah Kraaz
Herr Leiter Kommunikation und Pressesprecher	Peter Albrecht
Herr Leiter des Fachamtes für Familie	Dr. Dirk Bange
Herr Leitender Regierungsdirektor	Dr. Lars Schulhoff
Herr Regierungsdirektor	Dr. John Meister
Frau Oberregierungsrätin	Dr. Katharina Schütze
Frau Leiterin der Präsidialabteilung	Nicole Schuback
Frau Regierungsrätin	Gabriele Kaiser
Frau Trainee	Isis Alexandra Oates

IV. Auskunftspersonen

Kristin Alheit, Geschäftsführende Vorständin, Der Paritätische Hamburg

Thorsten Baer, Dezernatsleitung, Dezernat Steuerung und Service Wandsbek (Personalbemessung)

Markus Göz, Kinder- und Jugendhilfe, Rauhes Haus

Andrea Mayer, Regionalleiterin HH-Nord und Wandsbek, GM Jugendhilfe GmbH

Anja Post-Martens, Geschäftsführerin,
Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.

Ronald Prieß, AK Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft und Botschafter der Straßenkinder in Hamburg

Olaf Voß, Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frau Marie-Christine Mirwald

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

ca. 160 Personen

Zu TOP 1

Vorsitzende: Sehr geehrte Abgeordnete, liebe Mitglieder des Senates, liebe Gäste und vor allem liebe Expert:innen. Ich freue mich, Sie heute hier alle zu unserer Expert:innenanhörung zum Thema Arbeitsstrukturen und Fachkräfte in der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe begrüßen zu dürfen.

Vorab einmal die Information für Sie, aufgrund des regen Interesses, über das wir uns sehr freuen, haben wir einen zusätzlichen Raum – der Raum 1.05, das ist eine Etage tiefer –, einen zusätzlichen Raum reserviert, in dem ein Livestream läuft. Das heißt, alle, die jetzt noch keinen Platz bekommen haben, wir haben genügend Plätze. Ich habe eben gerade erfahren, der Raum unten hat noch Kapazitäten, genau, und dort wäre sonst noch die Möglichkeit, der Sitzung zu folgen. Wir haben zusätzlich versucht, den Festsaal für heute reservieren zu können, dort findet aber eine Einbürgerungsfeier statt und deswegen haben wir uns für diese Variante entschieden.

Vorab möchte ich noch einmal ein paar Worte an Sie richten und vor allem aufgrund dessen, dass wir hier heute viele Menschen haben, die vielleicht mit dem Werkzeug der Expert:innenanhörung nicht bekannt sind. Der Auftrag als Ausschuss – wir sind der Kinder-, Jugend- und Familienausschuss – ist es, das Beste für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt zu wollen, und genau das ist das, was wir hier alle heute auch wollen. Wir sind als Abgeordnete aller Fraktionen übereingekommen, uns heute mit diesem Thema zu beschäftigen, und wollen unseren Expertinnen und Experten heute zuhören und die Fragen an die geladenen Gäste richten. Unsere Aufgabe ist es heute nicht, politisch zu kommentieren, sondern eben zu hören, wo vor allem auch Probleme und Herausforderungen sind. Im Januar, in der nächsten Sitzung, das ist der 23. Januar 2026 um 14 Uhr, wird dann hieran anschließend zum selbigen Thema eine Senatsbefragung stattfinden.

Bevor wir jetzt gleich in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass gemäß Paragraf 56 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung keine Foto-, Video- oder Tonaufnahmen erlaubt sind. Wir werden gleich ein Wortprotokoll beschließen, in dem Sie im Anschluss alles nachlesen können.

Zusätzlich möchte ich Sie darauf hinweisen, dass keine Transparente, Klatschen oder Ähnliches, Beifalls- oder Missfallenskundgebungen gestattet sind.

Der Ablauf ist gleich wie folgt. Ich werde Ihnen als Expert:innen die Möglichkeit geben, sich in drei bis fünf Minuten kurz sich selbst als Person und Ihre Institution vorzustellen, und anschließend erhalten, wie mit den Obleuten vereinbart, die Fraktionen nach ihrer Stärke, die Sprecher:innen und Sprecher, die Möglichkeit, mit einem kurzen Statement zu starten und anschließend Ihre Fragen an Sie zu richten. Um eine lebhafte Diskussion zu ermöglichen, haben wir uns dazu entschieden, dass zwei bis drei Fragen pro Person pro Runde gestellt werden können, die eben direkt an eine Person oder auch an mehrere Personen gerichtet werden können, damit auch Sie wissen, an wen Sie sich wenden oder was da eben die Antwort ist.

Bevor wir nun in die Tagesordnung starten, richte ich mich an die Abgeordneten und wir müssen das Wortprotokoll beschließen. Wer dies tun möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist einstimmig.

Als Nächstes beschließen wir darüber, dass die anwesenden Auskunftspersonen – dies sind Kristin Alheit, geschäftsführende Vorständin Der Paritätische Hamburg, Thorsten Baer, Dezernatsleitung, Dezernat Steuerung und Service Wandsbek, Markus Götz, Kinder- und Jugendhilfe, Rauhes Haus, Andrea Mayer, Regionalleiterin HH-Nord und Wandsbek, GM Jugendhilfe GmbH, Anja Post-Martens, Geschäftsführerin Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e. V., Ronald Prieß, AK Kinder, Jugend und Bildung der

Paritätischen Gesellschaft und Botschafter der Straßenkinder in Hamburg, sowie anstelle von Jule Rosendahl, die sich heute krankheitsbedingt entschuldigen lässt, Olaf Voß, ebenfalls Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum.

Wer hierüber abstimmen möchte oder dem zustimmen möchte, dass die anwesenden Auskunftspersonen angehört werden, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Okay, ebenfalls …

Abg. Heike Sudmann: Frau Vorsitzende, ich höre hier Rufe "Wir wollen rein". Ich würde jetzt nachgucken, aber ich möchte die Sitzung mitbekommen. Also irgendwas scheint da gerade nicht zu funktionieren. Hören Sie das? Also ich höre hier, dass da gerufen wird, "Wir wollen rein".

Vorsitzende: Ja. Frau Mirwald, … Wir hätten hier unten noch Platz. Ich zähle zwei, drei, vier, fünf Plätze hier unten. Ich sehe auch oben noch Plätze. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir die Menschen reinlassen könnten.

Ich würde Sie bitten, kurz an Ihren Plätzen zu bleiben. Wir versuchen, diese Situation an dieser Stelle zu klären. Es gibt Brandschutzvorgaben, die nur eine gewisse Anzahl an Menschen in den Räumen erlauben. Wir versuchen jetzt, die Plätze entsprechend zu füllen, und, ja, unser aller Ziel ist es, dass alle Menschen, die sich für dieses Thema interessieren, auch hieran teilnehmen können, und wir versuchen da jetzt, das umzusetzen, und bitten Sie einfach noch um ein paar Minuten Geduld.

(Sitzungsunterbrechung 14.10 Uhr bis 14.20 Uhr)

So, ich freue mich, nun an dieser Stelle fortfahren zu können. Wir konnten sicherstellen, dass alle Menschen, die dieser Sitzung folgen wollen, entweder in diesem Raum, einem Stockwerk drüber oder in dem Sitzungssaal 1.05 teilnehmen können. Ich möchte Sie noch einmal recht herzlich begrüßen. Ich freue mich sehr, dass Sie an dieser Sitzung teilnehmen, und ich glaube, die Politiker:innen und die Expert:innen, der Senat, wir haben alle wahrgenommen, wie groß das Interesse an diesem Thema ist, und deswegen freue ich mich, jetzt nun starten zu können. Wir haben soeben das Wortprotokoll beschlossen, wir haben über die Auskunftspersonen beschlossen, als nächster Punkt würde nun die von mir schon erwähnte Vorstellung der einzelnen Personen beginnen, und ich würde vorschlagen, wir starten in der Reihenfolge. Herr Voß, möchten Sie starten?

Olaf Voß: Jetzt können Sie mich hören? Okay.

Also ich habe ja was vorgefunden von Frau Rosendahl, als ich da kurzfristig heute übernehmen musste. Vielen Dank für die Einladung an den Ausschuss von uns, vom SPFZ. Mein Name ist Olaf Voß, ich leite im SPFZ, also im Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum, den Bereich Fortbildung. Wie unser Name sagt, organisieren wir Fortbildungen und Qualifizierungsprogramme für Fach- und Führungskräfte der sozialen Arbeit in Hamburg. Dazu sind wir zentraler Dienstleister rund um sozialpädagogische Studiengänge. Wir führen pro Jahr ungefähr 650 Veranstaltungen durch und erreichen damit ungefähr pro Jahr 8 200 Fach- und Führungskräfte aus freier Trägerschaft und aus öffentlicher Trägerschaft. Für die Juristen unter Ihnen: Unser gesetzlicher Auftrag ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz SGB VIII, insbesondere Paragraf 72 Absatz 3.

Zur Erfüllung unseres Auftrages haben wir verschiedene Leistungsbereiche, der bekannteste wahrscheinlich ist unser zentrales Jahresprogramm mit ungefähr 120 Veranstaltungen jedes Jahr. Daneben können die öffentlich Beschäftigten bei der Stadt bei uns Fortbildungen auf Anfrage realisieren, die sie mit uns zusammen dann planen und die wir dann finanzieren. Die gleiche Zielgruppe kann bei uns Praxisberatung oder Supervision erhalten. Daneben führen wir ein großes Qualifizierungsprogramm für die Kindertagespflege durch, eine Grundqualifizierung und dann berufsbegleitende Qualifizierungen. Wir haben ein großes Programm seit 2012 neu im ASD, das kennen sicherlich doch etliche von Ihnen. Das ist ja in vielen Anfragen im politischen Raum immer

mal wieder gefragt. Und seit 2020 haben wir neu bei uns das Praxisbüro zur Begleitung des Dualen Studiums, das wir ja mit dem Rauhen Haus zusammen durchführen als Freie und Hansestadt.

Dann will ich kurz was sagen eben, weil es ja heute um Arbeitsstrukturen und Fachkräfte eben in der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe geht, möchte ich zu ein paar zentralen Themen was sagen, zu denen wir einen Beitrag leisten. Und zwar erstens zur Fachkräftegewinnung. Durch unser Praxisbüro, das ich eben schon erwähnt habe, sind wir ja in der Betreuung von Praxisausbildenden in dem Dualen Studium und aber auch der dual Studierenden eben einfach mit am Ball bei der Fachkräftegewinnung, seit 2020 eben. Die ersten zwei Studiengänge sind schon abgeschlossen und im nächsten Wintersemester wird die Anzahl der Studierenden von 40 zurzeit auf 55 pro Studiengang sogar erhöht.

Dann führen wir ja auch eben die Grundqualifizierung in der Kindertagespflege durch, seit 2005 schon, und wir führen jetzt seit zwei Jahren auch für den Bereich Hilfen zur Erziehung für die stationären und teilstationären Hilfen eine Qualifizierung zur Fachkraft durch für eben Menschen, die Studiengänge studiert haben, die nicht soziale Arbeit sind, die Maßnahme heißt QuerStart HzE, wo wir in einem halben Jahr einen Kurs anbieten mit Grundqualifizierungsmaßnahmen, den müssen die dann noch vertiefen mit ein paar Modulen aus unserem Jahresprogramm und dann werden sie als Fachkräfte anerkannt. Und dazu bieten wir, um laufend neue Führungskräfte zu gewinnen, immer Orientierungsseminare an für Führungskräfte. So viel zur Gewinnung von Fach- und Führungskräften.

Dann der Bereich Qualitätsentwicklung und -sicherung. Fortbildung ist natürlich immer ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung und -sicherung, zumindest, wenn wir es schaffen, wirklich die Themen, die die Teilnehmenden wirklich bewegen, da auch zu erreichen und anzusprechen und zu bearbeiten in den Veranstaltungen. Das ist natürlich unser Anspruch.

Dann haben wir ja diese Weiterbildung neu im ASD, nannte ich schon, als Flaggschiff seit 2012, und jetzt neu haben wir auch neu in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und für die Bereiche Amtsvormundschaft und Beistandschaft machen wir auch immer wieder bei Bedarf Einführungsfortbildungen.

Dazu ist eben dieser Bereich Praxisberatung und Supervision zentral wichtig mit über 200 Veranstaltungen bei uns unter diesen 650, weil, mit diesem Instrument können die Fachkräfte ja laufend ihre Praxis vor Ort reflektieren und daran arbeiten, was da ihnen Probleme macht und wie sie da Lösungen vor Ort finden können.

Das zahlt natürlich auch gleichzeitig auf das Thema Arbeitsbedingungen ein, das ist mein letzter Punkt schon, die Arbeitsbedingungen. Führungskräftefortbildungen sind natürlich entscheidend für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor Ort und das Wohlbefinden aller Mitarbeitenden. Deshalb ist das bei uns eben immer ein Bereich, Führungskräftefortbildung, und da versuchen wir eben, den Führungskräften zu helfen, die ständig neuen Herausforderungen ja, die sich da stellen, ob durch neue Technologien oder was da alles eben aktuell jeweils kommt, dass sie ihre Herausforderungen und dann den Arbeitsalltag bewältigen können und die Anforderungen in den Arbeitsalltag integrieren können.

Und als allerletzter Punkt ist natürlich der Bereich Resilienz und Gesundheitsförderung wichtig für die Arbeitsbedingungen, die psychische Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Führungskräfte und auch aller Mitarbeitenden, um Krisen zu bewältigen und generell eben gesund das Arbeitsleben heutzutage zu bewältigen.

Okay, so viel erst mal von mir. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen, Herr Voß, schön, dass Sie da sind. Ich würde Sie, Herr Baer, nun bitten, in drei bis fünf Minuten einmal sich vorzustellen. Danke schön.

Thorsten Baer: Ja, sehr gern. Mein Name ist Thorsten Baer, ich leite im Bezirksamt Wandsbek das Dezernat Steuerung und Service. Davor, bis Ende letzten Jahres, habe ich den Fachbereich Ressourcensteuerung in Wandsbek geleitet. Das Bezirksamt Wandsbek ist Federführer für das Thema Jugendhilfe, Jugendamt in den Bezirksämtern, und ist zusammen mit der entsprechenden Fachbehörde dabei, die Themen zu bearbeiten. In diesem Zuge habe ich miterlebt, wie das Qualitätsmanagement eingeführt worden ist, und habe die erste Personalbemessung von 2013 bis 2015 begleitet, und in meinem Bereich ist derzeit die Personalbemessung, die im nächsten Jahr fertiggestellt werden soll, angebunden.

Weitere Themen, die wir eben halt haben, sind vielfältig rum um organisatorische Fragestellungen. Wir begleiten das Jugendamt in der Organisationsentwicklung und sind da der zentrale Ansprechpartner.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen. Bevor ich nun Frau Post-Martens das Wort erteile, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass Frau Post-Martens aufgrund dessen, dass heute keine Präsentationen möglich sind aufgrund des Livestreams, ein Roll-Up mitgebracht hat, welches sich im hinteren Teil des Raumes befindet. Also werfen Sie gern an dieser Stelle einen Blick darauf. Frau Post-Martens, ich würde mich freuen, wenn Sie sich für drei bis fünf Minuten vorstellen würden. Danke.

Anja Post-Martens: Ja, vielen Dank. Auf dem Roll-Up sind Postkarten von jungen Menschen, wo sie schreiben, was die offene Kinder- und Jugendarbeit für sie bedeutet. Mein Name ist Anja Post-Martens, ich bin Geschäftsführerin vom Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e. V. Der VKJH betreibt als Träger mittlerweile über 20 eigene Einrichtungen, unter anderem Bau- und Abenteuerspielplätze, Jugendklubs, Spielhäuser, Kinder- und Familienzentren, einen kinderfreundlichen Raum, ein Stadtteilprojekt, das Projekt MiMi, sowie die Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe.

Als Dach- und Fachverband sind wir für die Beratung, Qualifizierung, Vernetzung und Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und ihrer angrenzenden Arbeitsfelder zuständig und Interessenvertretung für Trägereinrichtungen und Kolleg:innen.

Ich vertrete heute hier auch aber die IVOA, das ist die Interessenvertretung Offene Arbeit, ein Hamburg-weiter selbstorganisierter Zusammenschluss von Fachkräften, die nach den Grundprinzipien der Offenheit, Freiwilligkeit, Niedrigschwelligkeit, Parteilichkeit und Partizipation sowie der Subjekt- und Lebensweltorientierung arbeiten. Damit spreche ich also auch für die Jugendsozialarbeit, die Jugendverbandsarbeit, die Spielmobile, die Familienförderung und frühen Hilfen, die sozialräumlichen Angebote, die Sinnprojekte und Projekte der Mehrbedarfe für geflüchtete Menschen sowie für Selbstvertretungen junger Menschen.

All diese Arbeitsfelder sind unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien in dieser Stadt und advokatorische Stimme für deren Interessen und Bedürfnisse. Junge Menschen haben ein Recht auf diese Angebote. Der gesetzlich vorgeschriebene, angemessene Anteil für Jugendarbeit an den Gesamtaufwendungen der Kinder- und Jugendhilfe wird im 11. Kinder- und Jugendbericht mit mindestens 15 Prozent beziffert. In Hamburg schrumpft dieser Anteil kontinuierlich auf aktuell leider auch im bundesweiten Vergleich beschämende 2 Prozent.

OKJA-Einrichtungen sind Orte der Selbstermächtigung frei von Erwachsenenerwartungen. Sie ermöglichen Vielfalt und Teilhabe, sind Schutzräume und dringend notwendige Orte der Demokratie und politischen Bildung. Das Personal wird von jungen Menschen als wichtigste Ressource in den Einrichtungen genannt. Unsere Kolleg:innen sind fachlich eng mit ihrem Arbeitsauftrag identifiziert und hoch motiviert, sich anhand der Themen junger Menschen weiterzuentwickeln. Die offene Arbeit ist das einzige Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe, in der es bundesweit einen Abbau von Personal gibt. Strukturell ist die offene Arbeit in Hamburg über die Rahmenzuweisung prekär und unterfinanziert. Das

Zuwendungswesen ist ein Bürokratiemonster und Zuschussgeschäft. Seit Ende 2024 weisen die AG-Träger und auch die Wohlfahrtsverbände dringlich darauf hin, dass ohne strukturelle Verbesserungen der Rahmenbedingungen diese Arbeitsfelder in Gefahr sind. Hierzu möchte ich Ihnen gern in dieser Anhörung ausführlich Auskunft geben und ich freue mich sehr und hoffe auf Ihre Fragen.

Angesichts der aktuellen Kürzungsankündigung muss ich aber im Auftrag meiner Kolleg:innen jetzt deutlich die politisch Verantwortlichen, die leider hinter mir sitzen, und wir hatten noch gehofft, dass Herr Dressel dabei ist, adressieren. Entgegen jeglicher Ankündigung in Wahlprogrammen, im Koalitionsvertrag, in Bürgerschaftsreden brechen Sie Ihr Versprechen, die offene Arbeit mit jungen Menschen zu sichern und deren Rahmenbedingungen zu verbessern. Sie streichen 3 Millionen bei den Mehrbedarfen für geflüchtete Menschen. Sie wissen, dass für die Bestandssicherung der Angebote mindestens 5 Millionen in den Rahmenzuweisungen fehlen. Sie tun dies entgegen jeglichen Empfehlungen und Beschlusslagen aus Wissenschaft, Fachwelt, allen Bezirken, allen Jugendhilfeausschüssen, der eigenen Behörde und den Überzeugungen aller Fachsprecher:innen und Bezirkspolitiker:innen, auch Ihrer eigenen Parteien. Sie nehmen sogar in Kauf, dass ihr Amtsleiter unglaubwürdig dasteht. Sie ignorieren gemeldete Bedarfe. Es ist unmöglich, im Dezember für Januar diese Kürzungen anzukündigen. Den Trägern kündigen Sie damit einseitig die partnerschaftliche Zusammenarbeit, übrigens auch gesetzlich vorgeschrieben.

Kolleg:innen wissen nicht, ob sie im Januar noch einen Job haben. Junge Menschen und Familien verlieren ihre Bezugspersonen und Unterstützungsangebote. Die Kürzungen der Mehrbedarfe trifft als Erstes die besonders vulnerable Gruppe junger Geflüchteter, obwohl diese nach Gesetz besonders zu schützen sind. Das ist tatsächlich politisch skandalös. Es ist auch hochgradig unvernünftig zu glauben, dass steigende Kosten bei Kita und HzE durch Einsparungen in den Rahmenzuweisungen kompensiert werden könnten. Finanziell würde nicht einmal die komplette Streichung unserer Arbeitsfelder ein relevantes Sparpotenzial entfalten. Ganz im Gegenteil: Jedes geschlossene Haus und gestrichene Angebot kostet mindestens das Dreifache an teuren Einzelfallhilfen. Fachlich findet eine weitere Abkehr vom positiven Gestaltungsanspruch des SGB VIII und der Jugendhilfe hin zur defizitorientierten, kontrollierenden Krisenintervention statt.

Wir möchten als Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb wirken wir auch im Bündnis Tu was, Hamburg! mit. Der tatsächliche Grund für steigende Kosten ist nämlich, dass einer reichen Stadt wie Hamburg eben nicht gelingt, was gesetzlich gefordert wird, nämlich positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu schaffen. Stattdessen sind zunehmend junge Menschen und Familien von Armut betroffen und müssen teilweise unter unwürdigen und kindeswohlgefährdenden Umständen in Wohnunterkünften überleben.

Revidieren Sie also bitte diese Fehlentscheidung, halten Sie Ihr Versprechen, dass wenigstens der Bestand an Angeboten gesichert wird. Die dafür notwendigen 10 Millionen Euro zusätzlich in 2026 für die Rahmenzuweisung SIN-Mittel und Mehrbedarfe sind Peanuts im Haushalt. Sie sind in Begründungsnöten, warum Sie nicht einmal Peanuts für Ihren gesetzlichen Pflichtauftrag zur Verfügung stellen. Wir bieten Ihnen engagierte Beteiligung für die fachliche Weiterentwicklung, wir können das. Wir gestalten mit Ihnen eine beteiligende, sozialräumliche, inklusive Jugendhilfeplanung und stehen als progressive Akteur:innen der Zivilgesellschaft sehr gern an Ihrer Seite, wenn es um die Zukunftsfähigkeit und Verteidigung von Demokratie und Kinder- und Jugendrechten geht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzende: Frau Post-Martens, ich als Abgeordnete freue mich über Ihre klaren Worte, mit denen Sie sicherlich viele Fragen, die an Sie gerichtet waren, vielleicht

vorweggegriffen haben. Ich möchte trotzdem der Fairness halber noch einmal darauf hinweisen, dass es in dieser Runde darum geht, sich und Ihre Institutionen vorzustellen. Und ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, da es meine Aufgabe als Vorsitzende ist, dass, ja, Bekundungen, Beifalls- oder Missfallensbekundungen in diesem Ausschuss leider nicht gestattet sind gemäß unserer Geschäftsordnung.

Frau Sudmann.

Abg. Heike Sudmann: Frau Vorsitzende, wir haben Sachverständige eingeladen, damit die Sachverständigen ihren Sachverstand kundtun und es gibt keine Begrenzung darauf zu sagen, sagt bitte nur schön, wie ihr heißt, was eure Institution macht, darauf möchte ich gern auch in diesem Ausschuss hinweisen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Sudmann. Ich möchte das an dieser Stelle auch gar nicht unterbinden, und deswegen habe ich das auch nicht getan, und habe ja auch gesagt, dass, ja, der Raum dafür gegeben sein muss und vielleicht vielen Fragen vorweggegriffen wurde. Ich möchte das einfach nur den Vertreter:innen, unseren Expert:innen untereinander …, da ich vorab gesagt hatte und, ja, das so zum Teil schon getan wurde, noch einmal darauf hinweisen, ohne das unterbinden zu wollen an dieser Stelle, und habe mich bei Frau Post-Martens ja auch bedankt für ihren Wortbeitrag.

Herr Prieß, ich würde Ihnen nun das Wort geben und Sie bitten, sich einmal vorzustellen.

Ronald Prieß: Ja. Ronald Prieß, 70 Jahre, als Pädagoge …, in sehr vielen Bereichen habe ich gearbeitet, unter anderem zehn Jahre Erziehungsstelle und auch lange Jahre Kita-Leitung. Mir geht es heute um die Lebensumstände und -bedingungen von 200 000 Hamburger Familien mit Kindern. Es geht um 380 000 junge Menschen, davon 330 000 unter 18 Jahren. Diese Zahl ist seit 2019 um 15 000 gewachsen. 57 Prozent, 2019 waren es 53 rund, von ihnen haben Migrationshintergrund. 52 400 Kinder unter 15 Jahren beziehen Bürgergeld. Alle Zahlen sind aus der Statistik und aus dem Koalitionsvertrag.

Es geht auch um die Lage der minderjährigen Obdachlosen. Wir haben festgestellt, mindestens 150, Dr. Bange und auch das KIDS gehen von etwas mehr aus. Dieser Zustand ist nicht gesetzeskonform. Es geht um fast 16 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Wohnunterkünften, sie sind aufgrund der Lage in ihrem Herkunftsland, den Bedingungen auf der Flucht und der Unterbringung oft sehr traumatisierte Kinder. Solche Kinder besuchen 135 Kitas, 18 Einrichtungen betreuen dabei 23 Prozent dieser Kinder, eine bedenkliche Überforderung einzelner, weniger Kita-Einrichtungen in der Stadt.

Es gibt 116 Unterkünfte und Unterbringungen in Hotels, in denen Minderjährige und junge Erwachsene leben müssen. Aber bis jetzt haben nur bis zu 18 Unterkünfte kinderfreundliche Räume. Den im Koalitionsvertrag vorgesehen Ausbau unterstützt das Tu-Was!-Netzwerk Hamburg, dem ich auch angehöre. Wir hoffen, dass dieser Ausbau nicht haushaltlichen Begründungen zum Opfer fällt. Den einstimmig gefassten Beschluss im Landesjugendhilfeausschuss am letzten Montag, am 8. Dezember, das Jugendparlament in den Wohnunterkünften zu unterstützen, unterstützen wir auch, berührend der Vortrag der Kinder und Jugendlichen im Landesjugendhilfeausschuss. Das Tu-Was!-Netzwerk unterstützt auch den Antrag der CDU zum beschleunigten Ausbau der kinderfreundlichen Räume. Der Antrag ist zu Recht in den Fachausschuss überwiesen und damit komme ich zu den Arbeitsbereichen.

Ich bin Mitglied des AK Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft von 1765. Unser Schwerpunkt dieses Jahr war die Kinderarmut anlog der grundsätzlichen Beschäftigung mit der Armut, was sich die Patriotische Gesellschaft als Gesamtprojekt für dieses Jahr vorgesehen hatte. Unsere Arbeitsgruppe oder unser Arbeitskreis unterstützt die Menschen … oder beschäftigt sich seit Langem mit der Lage der jungen Menschen in den Wohnunterkünften, dem Kinderschutzkonzept und dem Ausbau der kinderfreundlichen Räume. Der Arbeitskreis ist Teil des Tu-Was!-Netzwerkes und unterstützt die

AG Wohnungen bei dem Projekt, Wohnungen für Straßenkinder zu generieren. Und in dem Zusammenhang haben wir eben halt auch unsere Räume zur Verfügung gestellt, damit der zweite Kinder- und Jugendhilfegipfel am 4. April stattfinden konnte. Gleichzeitig hat in diesem Jahr auch ein Armutsgipfel in unseren Räumen stattgefunden am 15. Oktober und jeweils 180 Personen waren über den Tag da.

Als Zweites, und das betrifft dann sozusagen weitere Möglichkeiten der Auskunft, bin ich Botschafter der Straßenkinder seit 2015 gemeinsam mit Carolin Becker vom Paritätischen und wir arbeiten zusammen mit dem MOMO-Büro und dem KIDS und haben auch Kontakt zur Fachbehörde, insbesondere zu Dr. Bange, der uns sehr unterstützt.

Ich bin Mitinitiator des zivilgesellschaftlichen Bündnisses gewesen, das sich für die Einsetzung eines Enquete-Kommission eingesetzt hat und war gemeinsam Sprecher mit Wolfgang Hammer zusammen und kann vor diesem Hintergrund natürlich auch Aussagen machen zu den Jugendämtern, Inobhutnahmen, Pflegekinderfamilien, Arbeitsstrukturen und Fachkräften. Ich bin Mitinitiator diverser Volksinitiativen, die eine hat Olaf Scholz 2011 ausgekauft nach Verhandlungen mit dem LEA, und war als Experte in diesem Bereich 2004 von der SPD eingeladen.

Und als Letztes, ich bin Mitinitiator des Tu-Was!-Netzwerkes. Ausgangspunkt für uns war der Brandbrief der Jugendamtsleiter im Dezember 2023. Unser Netzwerk hat 450 Kontakte, wir gucken mit kritischem Blick auf die Kinder- und Jugendhilfe, aber wir wollen auch Verbesserungen erarbeiten. In diesem Sinne haben wir diese zwei Kinder- und Jugendhilfegipfel 2024 und ’25 organisiert, einen Fachtag Wohnungen für Straßenkinder gemeinsam mit der Evangelischen Hochschule und dem dortigen AStA organisiert, an dem auch Abgeordnete der GRÜNEN und der SPD teilgenommen haben im Podium und auch Dr. Bange. Und wir haben in Kooperation mit First Contact auch an der Organisierung uns beteiligt von zwei Fachtagen des Jugendparlaments, auf denen auch Dr. Bange stets anwesend war.

Abschließend, wir haben den Kontakt zu den Parteien aufgenommen und beteiligen uns gern an dieser Anhörung, um den Dialog mit den Parteien und der Verwaltung fortzusetzen, auch wenn wir uns eine öffentliche Anhörung gewünscht haben. – Ich danke.

(Beifall)

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich möchte noch mal auf den eben genannten Punkt hinweisen, auch weiterhin sind Beifalls- und Missfallensbekundungen seitens der Gäste während des Ausschusses nicht gestattet.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Prieß, und gebe Ihnen, Frau Alheit, das Wort.

Kristin Alheit: Ja. Ganz herzlichen Dank auch für die Einladung. Ich bin Kristin Alheit, die geschäftsführende Vorständin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, das ist einer der fünf Wohlfahrtsverbände mit über 400 Mitgliedsorganisationen aus dem gesamten Spektrum der sozialen Arbeit. Wir haben einen Bereich von ungefähr 80 Trägern, die bei uns in der Jugendhilfe organisiert sind. Von daher sind wir aus Verbandssicht auch Experten für den Bereich Jugendhilfe. Wir sind in dem Bereich …, begreifen wir uns als konstruktiv-kritische Partner auch der Behörde bei der Finanzierungsentwicklung, aber auch der inhaltlichen Weiterentwicklung dieses Bereiches, wir sind Interessenvertreter unserer Mitglieder, bringen das in die verschiedensten Bereiche ein, arbeiten mit Hochschulen zusammen, gucken also auch, dass Qualifizierung ein ganz wichtiger Bereich ist.

Als Paritätischer gucke ich aber auch auf diesen Bereich unter den gesellschaftlichen Entwicklungspunkten. Jeder kennt hoffentlich unsere jetzt fast 30-jährige Armutsberichtserstattung, wo wir auch auf viele Bereiche von Armut hingucken, die leider mit dem Bereich Jugendhilfe auch was zu tun haben. Und von daher bin ich auch für diesen Bereich als Expertin hoffentlich heute hier und werde Dinge gefragt und kann gut Auskunft erteilen. – Danke schön.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen. Ich gebe das Wort Ihnen, Herr Göz.

Markus Göz: Guten Tag. Ja. Mein Name ist Markus Göz, ich arbeite beim Rauhen Haus. Das Rauhe Haus ist ein Träger mit ganz unterschiedlichen Bereichen, Teilhabe mit Assistenz, Sozialpsychiatrie, Jugendhilfe, Fachhochschule, das ist ein richtig großer Träger, kennen wahrscheinlich auch viele. Mein Bereich ist …, ich bin Regionalleitung in Altona und Eimsbüttel. Da sind wir hauptsächlich mit dem Bereich Hilfen zur Erziehung …, haben wir da zu tun, mit Familienhilfen, Erziehungsbeistandschaften, trägereigenem Wohnraum und Wohngruppen auch nach Paragraf 34. Das ist so der Schwerpunkt, aber wir haben auch SAJF-Projekte, Schulprojekte, andere Projekte noch, die über SAJF finanziert werden. Das ist so der Bereich, für den wir stehen, für den ich verantwortlich bin.

Ich sage einfach, die Themen, die mich, uns gerade beschäftigen, sind die Umsetzung des inklusiven SGB VIII, das ist ganz spannend, ganz schwierig, spannend, schwierig – herausfordernd ist das richtige Wort. Wie können wir es schaffen, diesen neuen Bereich noch mal fachlich so aufzubereiten, wie können wir Strukturen schaffen, dass wir als Jugendhilfe dort auch Kinder mit und ohne Behinderungen, Familien mit und ohne Behinderungen auch gut versorgen können, was erst mal Zeit dauert und was nicht einfach ist.

Weitere Themen, die uns beschäftigen, sind natürlich alle, die das Thema Kinderschutz betreffen, jeder Bereich vermutlich in der Kinder- und Jugendhilfe, aber bei uns ganz speziell ist immer wieder Thema Kinderschutz.

Weitere Themen, die uns beschäftigen, sind der stationäre Bereich, der sehr schwierig ist im Gegensatz zum ambulanten Bereich, wo der Fachkräftemangel nicht so erkennbar ist. Bei uns ist es im stationären Bereich richtig schwierig, Personal zu bekommen. Die Strukturen sind so, dass Jugendliche mit komplexen Problemlagen tatsächlich schwer durch die Leistungsvereinbarung abgedeckt sind, es ist personell einfach schwierig, und wo Leute immer mehr abwandern in andere Bereiche. Da gibt es ja auch jetzt aufgrund dieses Fachkräftemangels im stationären Bereich, ich nenne es immer so die Positivliste, wie kann man da Personal generieren, das nicht Sozialpädagogik studiert hat.

Von den Themen her ist noch bei uns die Selbstvertretung ganz wichtig. Wie können wir es schaffen, Familien nicht nur zu beteiligen, das ist ein Punkt, aber auch Selbstvertretung, Organisationsstrukturen zu schaffen, wo sich Kinder und Jugendliche selbst organisieren und wie sie selbst zu Wort kommen können, um für ihre Belange einzustehen. Das ist erst mal auch was, wo wir vor großen Herausforderungen stehen zu sagen, okay, machen wir doch schon immer, aber wir merken, so richtig nachhaltige Strukturen zu schaffen, ist nicht einfach. Das sind die Themen.

Ein weiteres Thema ist, wie ist unsere Kooperation mit dem ASD, finden Hilfeplangespräche statt? Wie ist die Fluktuation bei uns, aber auch im ASD? Wie kann man trotzdem gute, verlässliche Arbeit leisten? Das ist auch immer sehr herausfordernd, da muss man gucken irgendwie, gerade im ambulanten Bereich, wo man sagen müsste, vielleicht könnten auch Hilfen kürzer sein, aber dann müssten Hilfeplangespräche stattfinden. Also das sind so Themen, mit denen wir es zu tun haben. Ja.

Das ist, glaube ich, ich gucke noch mal auf den Zettel, ob ich noch was habe. Mit der Behörde ist bei uns die Frage, also so Amt für Familie, wie werden die Musterleistungsvereinbarungen Paragraf 34 … Wann wird es umgesetzt, wann wird die Leistungsvereinbarung nach Paragraf 32 Tagesgruppe umgesetzt? Neu, würde ich sagen, das kriege ich jetzt eh … Ich bin nicht selbst in Strukturen, aber was ich von meinem Chef mitbekomme, es gibt eine hohe fachliche Identität zwischen Dachverbänden, Trägern und Bezirken und Fachbehörde, was anscheinend nicht immer so war, aber da gibt es häufig einen fachlichen Konsens, aber die Umsetzung von bestimmten Leistungen, dass es dort teilweise hakt oder schwierig ist. Warum auch immer.

Ja. Das sind erst mal so diese Themen, mit denen ich so beschäftigt bin, und wenn es Fragen zu diesem Themenkomplex gibt, stehe ich gern zur Verfügung. – Danke schön.

Vorsitzende: Wir danken Ihnen vielmals, nun würden wir uns über die Vorstellung von Frau Mayer freuen.

Andrea Mayer: Und dann haben Sie es auch geschafft, fünf Minuten sind wenig, Sie haben es gemerkt. Mein Name ist Andrea Mayer, ich bin Diakonin, ausgebildet als Diplom-Sozialpädagogin und Kriminologin, und bin heute hier in meiner Funktion als Regionalleitung der GM Jugendhilfe, einer Tochter der Großstadtmission.

Ich möchte an dieser Stelle einmal die Zeit kurz nutzen, um mich bei der CDU zu bedanken und bei Frau Seif und auch Frau Blees, dass wir als Großstadtmission, ich als Großstadtmission als professionelle Expertin heute hier sprechen darf, stellvertretend für die eigentlichen Expertinnen, und ich sage das ein bisschen provokant, die heute ausgeladen sind.

Unsere Kinder, unsere jungen Menschen, unsere Familien werden heute nicht gehört. Herr Göz und ich, ich bin dankbar, dass wir zu zweit hier heute sprechen können als direkte Träger. Wir beide arbeiten in diakonischen Einrichtungen, die seit mehr als hundert Jahren in Hamburg tätig sind in der Kinder- und Jugendhilfe. Beide Einrichtungen haben sich gegründet in der Kinder- und Jugendhilfe. Wir haben uns in der Tradition jungen Menschen angenommen, die in verschiedenen Problemlagen kein Zuhause mehr hatten und Unterstützung brauchten. Wir haben in diesem Zuge natürlich auch die Entstehung unseres heutigen Wohlfahrtstandes unserer Demokratie begleitet, ich würde auch sagen als diakonische Einrichtung maßgeblich geprägt in der Arbeit, und das Rauhe Haus, das sind jetzt nun nicht wir, aber das Rauhe Haus als diakonische Einrichtung hat auch maßgeblich zur Ausbildung von Fachkräften in ganz Deutschland beigetragen. Insofern freue ich mich auch total, dass ich gerade vor der Tür ganz, ganz viele junge potenzielle neue Kolleginnen gesehen habe, die heute vom Rauhen Haus hier sind und zuhören, das freut mich.

Wir geraten zunehmend in die Situation, in der unsere wichtigste Versäulung des Wohlfahrtstaates nicht mehr auskömmlich unterstützt werden kann durch professionelle Hilfesettings. Gerade in heutigen Zeiten, in Zeiten von Unsicherheiten, ist das eine Katastrophe. Die anstehenden angekündigten Kürzungen, insbesondere in den Bereichen Integration beziehungsweise Inklusion, der für uns innerhalb der Jugendhilfe weit mehr ist als das Integrieren von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund, und ich will es nicht kleinreden, aber es ist eben größer. Inklusion ist eine Grundhaltung, die auf der einen Seite durch ein gesellschaftliches Grundverständnis getragen werden muss, auf der anderen Seite braucht es an vielen Stellen professionell Gehaltenes und Gesteuertes. Und es kostet uns als Gesellschaft Geld, das wurde uns versprochen, das wird gerade ein bisschen verringert. Es ist aber gut investiertes Geld, das ist Geld, was wir in unsere Jugend investieren, was wir in eine der Keimzellen unserer Gesellschaft, in die Familien, investieren.

Wir konnten ganz viele Jahre als soziale Einrichtung, freie Jugendhilfeträger in Kooperationen mit den öffentlichen Jugendhilfeträgern dies gewährleisten. Die zusätzlichen Kürzungen, die uns angekündigt wurden, beschränken weiter unsere Handlungsfähigkeit als freie Träger. Und das wird unsere Gesellschaft vor eine ganz große Herausforderung stellen, wenn wir zunehmend keine Jugendhilfeangebote mehr bereitstellen können.

Mein konkreter Arbeitsbereich als Regionalleitung ist in den Bezirken Wandsbek und Hamburg-Nord. Die Großstadtmission ist auch tätig in Altona und Eimsbüttel, wo der Kollege hier vom Rauhen Haus zuständig ist. Ich selbst bin zuständig für die Hilfen zur Erziehung stationär und ambulant. Wir haben auch Projekte der SIN-Mittel-Finanzierung, wir haben 8 der 18 kinderfreundlichen Räume, die wir begleiten, betreuen dürfen. Dazu

kann ich gern Auskunft geben zu den Fachkräften, die uns fehlen. Ich versuche, mich ein bisschen kürzer zu halten, weil alle schon alles jetzt gehört haben.

Wir haben 50 Prozent der jungen Menschen, die in unseren stationären Hilfen leben könnten, wenn wir sie denn hätten in Hamburg …, sind auswärtig untergebracht. Sie werden nicht in Hamburg untergebracht. Und ich gebe das Wort an Sie alle, Sie alle sind Kinder, sie sind zum Teil Eltern von Kindern. Stellen Sie sich vor, morgen muss Ihr Kind stationär untergebracht werden, aus den verschiedensten Gründen, und es kann nicht hier untergebracht werden, es wird nach Bayern geschickt.

Ich hoffe, dass das ein kurzer Überblick war und Sie wissen, wohin Sie die Fragen bei mir stellen können und bin total gespannt auf Ihre Fragen und Ihr Interesse an unserer Arbeit.

Vorsitzende: Im Namen des Ausschusses möchte ich mich bei Ihnen sieben für Ihre Vorstellung bedanken.

Wir fahren nun in dem bereits erläuterten Prozedere, welches mit den Obleuten besprochen ist, fort. Demnach werde ich als Nächstes Herrn Berk für die SPD-Fraktion, dann Frau Seif für die CDU-Fraktion, dann Frau Kern für die GRÜNEN, Frau Sudmann für Die Linke und Herrn Seiler für die AfD in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen das Wort erteilen. Somit folgt als Erstes Herr Berk.

Abg. Cem Berk: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Expert:innen, liebe Kolleg:innen, meine Damen und Herren! Heute widmen wir uns einem Bereich, der im Kern unsere gesamte Gesellschaft betrifft, den Arbeitsstrukturen und den Fachkräften der Hamburger Kinder- und Jugendhilfen und unseren Familien. Es freut mich sehr, dass so viele Menschen aus der Praxis heute hier sind, denn es zeigt die enorme Bedeutung dieses Themas. An dieser Stelle möchte ich zu allererst für Ihren Einsatz, für Ihr Engagement und für Ihr Herzblut für unsere Kinder und Jugendlichen Danke sagen.

Aus unserer Sicht ist die Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg ein starkes und vielfältiges System. Jeden Tag sorgen Fachkräfte dafür, dass junge Menschen geschützt, gefördert und begleitet werden. Gleichzeitig wissen wir, die Anforderungen wachsen seit Jahren. Die gesetzlichen Leistungen, gerade im Bereich der Hilfen zur Erziehung, steigen dynamisch. Das ist ein wichtiger Ausdruck von Bedarf und von Verantwortung, führt aber auch gleichzeitig zu einer Haushaltslage, die politische Spielräume zunehmend einengt. Hamburg gibt jährlich rund 5,6 Milliarden Euro für Bildung, Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen aus, das sind über 25 Prozent des gesamten Hamburger Haushalts. 3,7 Milliarden für Schule und 1,8 Milliarden für Kita und Jugendhilfe. Das ist eine klare Prioritätensetzung der rot-grünen Regierungskoalition in dieser Stadt. Zugleich ist es unsere Aufgabe als Politik dafür zu sorgen, dass diese Mittel zielgerichtet wirken, dass Strukturen tragfähig bleiben und dass Sicherungssysteme funktionieren, natürlich immer im engen Schulterschluss mit Ihnen.

Wir erhoffen uns von der Expertenanhörung, dass wir die größten Herausforderungen in diesem System herausarbeiten können. Wir wollen hören, was Fachkräfte brauchen, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Und wir wollen ausloten, wie Stadt, Träger und Verbände noch enger und verlässlicher zusammenarbeiten können. Denn eines ist auch klar: Nur gemeinsam können wir gewährleisten, dass Hamburgs Kinder- und Jugendhilfe auch in Zukunft stark bleibt und wir zu echten Verbesserungen kommen.

Ich weiß, dass viele heute hier sind, weil wir nicht mehr alle Mehrbedarfe bei den SIN-Mitteln abdecken können. Ich spreche das an, weil mir persönlich sehr wichtig ist, dass wir auf der einen Seite die Herausforderungen nicht kleinreden und niemals so tun sollten, als sei alles perfekt und es läuft alles super. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch, ich bin jetzt erst seit drei Monaten Fachsprecher meiner Fraktion für diesen Bereich, sagen, weil ich mit vielen von Ihnen sehr intensiv im Gespräch war, dass ich auch viele tolle Projekte und viele gute Punkte gesehen habe, die mich zu dem Schluss kommen lassen,

dass nicht alles schlecht ist in Hamburg, was wir tun, und ich würde auch sagen, dass nicht alles kaputtgespart wird.

Meine erste Frage geht an alle. Wo sehen Sie aus Ihrer fachlichen Perspektive die zentralen Ursachen für die wachsenden Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere im Hinblick auf steigende Fallzahlen und Bedarfe? Ich warte kurz. Wenn alle einmal hochgucken, weiß ich, es kann weitergehen. Perfekt.

Frage 2 würde ich gern an Herrn Voß, Frau Alheit und Herrn Göz stellen. Welche Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung funktionieren gut und wie wirken beispielsweise Projekte wie QuerStart HzE oder die Positivliste?

Und meine dritte Frage kann ich schon mal, weil, Sie geht direkt nur an Herrn Baer. Die Enquete-Kommission „Kinderrechte und Kinderschutz weiter stärken“ hat sehr deutlich herausgearbeitet, welche zentrale Rolle die Jugendämter, insbesondere der ASD, im Kinderschutz, in der Fallsteuerung und in der Kooperation mit den freien Trägern spielen. Seit Abschluss der Enquete-Kommission haben wir in Hamburg bereits zusätzliche Stellen geschaffen, gleichzeitig hören wir aus der Praxis, dass die Belastungen in den Allgemeinen Sozialen Diensten hoch sind und sich Fallzahlen und Anforderungen weiter stark verdichtet haben.

Vor diesem Hintergrund würde mich Ihre Einschätzung interessieren: Welche strukturellen Voraussetzungen brauchen die ASD-Teams in Hamburg, um ihren gesetzlichen Auftrag dauerhaft gut erfüllen zu können und wie bewerten Sie die Entwicklung der Personalstellen im ASD seit der Enquete-Kommission? – Vielen Dank.

Vorsitzende: Das waren drei konkrete Fragen, die erste an alle gerichtet, die zweite an drei und die letzte an eine Person. Wer von Ihnen möchte starten? Ich gebe Ihnen auch ruhig noch einen kleinen Augenblick. Vielen Dank, Herr Göz, bitte.

Markus Göz: Können Sie die Frage einmal wiederholen, wie die neue Herausforderung für die Kinder- und Jugend… oder die Veränderung …

Da kann ich auf jeden Fall für unseren Bereich …, ich spreche jetzt, wie gesagt, immer für den Bereich Hilfen zur Erziehung, Wohngruppen, Familienhilfen, Erziehungsbeistandschaften. Da ist es offensichtlich eklatant, dass die Herausforderungen, alles, was mit psychischen Erkrankungen, Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen, Kinder mit vielen Problemlagen, Armutsthemen, massiv zugenommen hat. Es ist natürlich …, ein Stichwort ist immer Corona, wo man sagen muss, da gab es wahrscheinlich noch mal einen Schub, aber insgesamt kann man sagen, jetzt so von unserer Praxis her, die ganz normalen, einfachen Fälle so, die irgendwie ein Problem haben und dann sind sie kurz da, und eine kurze Verweildauer, und dann bringen wir sie auf den Weg, die gibt es fast gar nicht mehr. Also auch bei den Familien, so im Rahmen von Familienhilfe, wie aber auch in den Wohngruppen sind es Menschen, wo es einen hohen Hilfebedarf gibt, einen hohen Unterstützungsbedarf gibt, und das hat massiv zugenommen. So.

Das Thema Sucht spielt oft noch mit eine Rolle, also oft ist es eine psychische Erkrankung oder Sucht …, also es korreliert zum Teil. Was war zuerst? Erst die Sucht, dann die psychische Erkrankung oder die psychische Erkrankung, die dann durch Drogen teilweise entsteht, also was noch dazukommt. Diese Fälle haben wahnsinnig …, diese Kinder und Jugendlichen haben bei uns unglaublich zugenommen. Und es ist sehr schwierig, wo wir tatsächlich ein großes Netz brauchen, um dem wirklich begegnen zu können, also wo man sagen kann, das ist nicht mehr irgend so ein Thema, hier ist das Thema Drogen und Sucht. Da müssen wir kooperieren, da müssen wir auch auf andere Institutionen übergreifen. Das ist so jetzt aus unserem Bereich gesehen, wo sich massiv was verändert hat.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen. Wer mag als Nächster? Bitte. Herr Voß.

Olaf Voß: Okay. Also nach den Bedarfsmeldungen, die wir bekommen, und unseren Gesprächen mit unseren Zielgruppen sind es einerseits die – so, wie Sie gesagt haben – kumulierenden Problemlagen bei den Kindern und Jugendlichen, insbesondere eben die zunehmenden psychischen Erkrankungen und Störungen. Da haben wir einfach viel Nachfragen, dass wir solche Veranstaltungen anbieten, und gleichzeitig eben auch das Thema Erzieherische Kompetenz aufseiten der Eltern, wo einfach eine größere Verunsicherung in den letzten 10, 15 Jahren ist, die sicherlich auch in Coronazeit noch mal deutlich angewachsen ist, mit den Schwierigkeiten, die da auf Erziehungspersonen einfach zugekommen sind. Und dann natürlich, wie das alles zusammen sich eben kumuliert hat. Das als zentrale Ursache, Überforderung auf allen Seiten.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen. Frau Alheit, Sie wollten sich auch dazu äußern.

Kristin Alheit: Ja, danke schön. Also ist schon ein Teil gesagt worden. Also die immer komplexer werdenden Lebenslagen der Familien in unserer Stadt, die sind sicherlich eine Ursache. Die sind nicht … Es gibt keine einzelnen Ursachen, sondern das kumuliert sich tatsächlich, das Thema Sucht, wir haben aber auch das Thema Medien natürlich, was dazu führt, dass Familien dysfunktionaler werden und das abgefangen werden muss. Und das ist was, das will ich als Gedanken einmal reingeben, wo wir tatsächlich insgesamt darüber nachdenken müssen, ob das SGB VIII die einzige Möglichkeit ist, das abzufangen. Da müssen wir sicherlich größer denken und gesellschaftlich noch mal anders rangehen, aber solange wir diese Gesetzeslage haben, gefällt mir die Formulierung mit politischem Spielraum nicht so gut. Weil, wir haben hier eine klare Gesetzeslage. Und Herr Voß hat das eben schon erwähnt, und auch Herr Göz, wir haben festgestellte Bedarfe, die zu erfüllen sind. Und dass das im Moment tatsächlich nicht geschehen kann, das führt zu großem Unmut im Feld und zu einer großen Unzufriedenheit. Und da müssen wir tatsächlich reagieren, glaube ich, sonst werden wir da nicht mehr handlungsfähig bleiben.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen. Herr Prieß, bitte.

Ronald Prieß: Ja, ich glaube, es gibt eine ganze Menge Ursachen dazu. Also der Anstieg sozusagen von psychischen Belastungen im Zuge der Pandemie sind eben schon erwähnt worden, da kann ich mich nur anschließen. So. Da sind insbesondere Kinder und Jugendliche betroffen, deren Familien auch von Armut betroffen sind, und das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist aber, dass die Problemlagen insgesamt zugenommen haben in der Kinder- und Jugendhilfe und dass es ist nicht nur um Armut dabei geht, sondern auch um steigende Zahl, konstant hohe Zahl von Scheidungen, Trennungen, Streit ums Sorgerecht, auch um steigende und konstant hohe Zahlen von Inobhutnahmen, wo die Ursachen nicht immer deutlich sind, weswegen wir mit einer Arbeitsgruppe ja auch schon, an der auch ich beteiligt war, aber nicht nur ich, eine größere Arbeitsgruppe, gesagt haben, das muss mal untersucht werden, wir brauchen eine Studie zu Inobhutnahmen. Genau.

Es gibt eine steigende Zahl von Minderjährigen und Erwachsenen, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen und die aber auch keinen Zugang zum Hilfesystem finden. Das heißt, wir haben eine steigende Zahl von jungen Menschen, deren Mittelpunkt die Straße ist. Und auch das ist sozusagen weder gesetzeskonform noch hinzunehmen.

Das sind jetzt so auf die Schnelle einige Befunde. Ach genau. Und wir haben natürlich auch noch ein Kita-Gutscheinsystem, das dort gut funktioniert, wo der Zukauf von Leistungen stattfinden kann. Das funktioniert dort gut, wo die Personalkosten unter den gezahlten Pauschalen liegen, und es funktioniert dort gut, wo viele Einrichtungen Ganztagsplätze generieren. Die Fünf-Stunden-Gutscheine waren ja auch Thema in der Enquete-Kommission. Britta Herrmann von den GRÜNEN hat da im Arbeitsstab ja auch dazu gearbeitet. Das heißt also, wir haben auch in den Regelsystemen Problemlagen, die dazu führen, dass wir nicht an den sozialen Sicherungen dort gut arbeiten, sondern dann in den nachgelagerten Systemen der Kinder- und Jugendhilfe. Und ich glaube, da müssen

wir auch genau noch mal auf die Strukturen gucken. Ich hoffe, das werden wir im weiteren Verlauf des Ausschusses tun. – Danke.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen. Herr Baer, bitte.

Thorsten Baer: Ja, ich kann ja nur für die Mitarbeiter des Bezirksamtes oder der Bezirksämter sprechen, da wäre Verlässlichkeit vielleicht nicht das richtige Wort, aber hinsichtlich der Personaldeckung ist das ein wichtiges Thema, dass es uns gelingt, die Stellen auch alle zu besetzen. Das ist eine Herausforderung, dieses auch entsprechend umzusetzen. Und das andere, wir kommen ja gleich noch dazu, das Thema Personalbemessung, es ist ein System, was wir dort entwickelt haben, was fortgeschrieben werden muss, und da ist uns die Mitarbeit wichtig, das kann nur so gut sein, wie dort auch die Erfahrungen und die Bedürfnisse der Mitarbeiter einfließen können.

Vorsitzende: Frau Mayer, dann Herr Prieß.

Andrea Mayer: Ich kann mich dem allen anschließen, würde aber tatsächlich noch einen Punkt dazunehmen, und zwar die zunehmende Bindungslosigkeit von jungen Menschen. Ich habe gerade überlegt, ob ich sage, veränderte Netzwerke, aber ich bin doch bei fehlenden Netzwerken, fehlenden Nachbarschaften. Das ist einfach verändert, wir leben in einer sich verändernden Gesellschaft diesbezüglich. Dazu kommen dann entwurzelte, nicht gut integrierte, abgehängte junge Menschen, und das ist schon was, was wir auch in den stationären Hilfen zunehmend feststellen, die Bindungslosigkeit, Bindungsfähigkeit, die kaum noch gegeben ist bei vielen jungen Menschen, die bei uns landen. Was dann in der Folge, wenn wir bei den Fachkräften keine konstanten Kolleginnen vor Ort haben, natürlich dazu führt, dass das Ganze in eine Spirale kommt.

Vorsitzende: Danke. Herr Prieß, bitte.

Ronald Prieß: Ja, ich wollte das nur eben bestätigen, was Herr Baer noch mal gesagt hat irgendwie, was den … sozusagen nicht besetzte Stellen angeht. Da gibt es ja die Anfrage der CDU, Drucksache 23/1375, danach sind in unseren Bereichen 1 380 Stellen nicht besetzt. Das heißt also, das belegt das dann ja auch, was er eben gesagt hat.

Vorsitzende: Frau Post-Martens.

Anja Post-Martens: Ja, tatsächlich habe ich ja in meinem Einstiegsstatement durchaus schon gesagt, dass ich der Auffassung bin, das Kinder- und Jugendhilfegesetz sagt, unser vordringliches Ziel und unser Auftrag ist, gelingende, individuelle Vergesellschaftung, aber auch kollektive Vergesellschaftung zu ermöglichen und gute Aufwachsensbedingungen zur Verfügung zu stellen. Ich denke schon, dass das die Hauptursache ist, dass es diese eben so nicht gibt für junge Menschen, dass die Notwendigkeit der steigenden Hilfen tatsächlich vorhanden ist. Prinzipiell glaube ich aber, dass vieles gesagt ist. Es sind Armutslagen, das ist so klar wie Kloßbrühe, da muss man sich fragen, gerade in der Zeit der letzten Jahre nach Corona ist, ich glaube, die Milliardärsdichte in dieser Stadt … hat sich verdoppelt und durchaus auch mit Zuwachs die Armut bei Familien und jungen Menschen. Das wäre vielleicht was, was man sich angucken sollte, ob man da vielleicht etwas ursächlich relativiert.

Und tatsächlich glaube ich aber, geht es vor allen Dingen darum, dass man jungen Menschen eben nicht ermöglicht, Teilhabe zu haben, dass sie tatsächlich Einfluss auf ihre Lebensbedingungen haben, dass es Ausgrenzung gibt, dass es massive Stressoren gibt, weil enorm hohe Erwartungsleistungen von ihnen irgendwie gesellschaftlich gefordert werden. Schule ist ein großer Stresspunkt, den junge Menschen immer wieder nennen, weil sie sagen, sie kommen mit dem Druck nicht zurecht, der auch hochgradig selektiv ist. Es gibt sehr unterschiedliche Möglichkeiten für junge Menschen. Beispielsweise haben die jungen Menschen, Kinder und Jugendliche, die im Landesjugendhilfeausschuss waren von First Contact, mitgebracht die Expertise, was für psychische Stressoren es bedeutet, wenn man als Kind und junger Mensch in Wohnunterkünften leben muss. Wir produzieren also

mit dem, was wir jungen Menschen hier in dieser Stadt zur Verfügung stellen, auch durchaus Anlässe, nicht nur für Hilfen zur … teure Hilfen zur Erziehung.

Dann teile ich die Auffassung, weil ich glaube, da sollten wir gucken, aus wessen Perspektive wollen wir denn dann Lösungen schaffen, ob wir vielleicht jungen Menschen zuhören bei dem, was sie als problematisch beschreiben, und dementsprechend dann Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, die in der Regel niedrigschwellig und freiwillig sind, oder ob wir Erwachsenenerwartungen, Anpassungsnormativerwartungen an sie stellen und versuchen, diese mit Einzelhilfen dann tatsächlich auch durchzusetzen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, wir betreiben auch die Ombudsstelle, es ist aber immer wieder die Rückmeldung von jungen Menschen und ihren Familien, dass sie vielfältig nicht gehört und nicht als Expert:innen, wie hier gesagt wurde, ihrer eigenen Lage gesehen werden. Und ich glaube, das produziert dann auch nicht gelingende Hilfen. Also neben überarbeitetem oder nicht vorhandenem Personal und allem, was gerade genannt wird. Das sind alles Dinge, die wir uns angucken sollten. Ich möchte sagen, es gibt diverse Orte in dieser Stadt, wo junge Menschen Jugendhilfe unterstützend nutzen können, die nicht unbedingt explodierende Kosten produzieren. Auch da sollten Sie, wenn Sie sagen, es geht darum, gezielt zu gucken, vielleicht schauen, wo ausgebaut werden sollte.

(Beifall)

Vorsitzende: Ich danke Ihnen und schmunzle an dieser Stelle einfach nur. Sie nehmen wahr, was ich schon mehrfach gesagt habe, es gilt noch immer. Frau Seif, ich möchte Ihnen das Wort erteilen.

Abg. Silke Seif: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ja, vielen Dank an die Experten. Eigentlich haben wir in der letzten Wahlperiode, ich glaube, es war Ende vergangenen Jahres, schon die Diskussion gehabt, aber bei diesem Wahlkampfstress, sage ich mal vorsichtig, und die Themen … wäre es wahrscheinlich auch untergegangen, haben wir gemeinsam in der ersten Sitzung darüber gesprochen und alle Parteien haben zugestimmt, dass wir eine Expertenanhörung machen. Der Termin ist heute, kurz vor Weihnachten.

Ich möchte Ihnen eine Nachricht vorlesen von einer Fachkraft, weil, heute ist ja die Anhörung Arbeitsstrukturen und Fachkräfte in der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe. Gestern Morgen um 7.30 Uhr, ich sage jetzt mal, es ist eine Hundefreundin, also eine Bekannte, die ich auf der Hundewiese kennengelernt habe, sie hat die Posts mitbekommen, sie hat das Thema mitbekommen und schreibt mir gestern Morgen … mich an: "Meine Arbeitsstelle ist komplett aus den SIN-Fördermitteln finanziert nach aktuellem Konzept. Und sie ist so, so wichtig. Viele Eltern und von Babys, Kindern und Jugendliche sind wirklich auf Hilfe und Beratung angewiesen. Du kannst dir nicht vorstellen, mit welchen Existenznöten geflüchtete Familien mitten in Hamburg zu tun haben. Und wir sind die niedrigschwelligen, offenen, leicht zugänglichen Angebote. Hier findet man leicht Zugang um weitere Unterstützung, wenn man das Hilfesystem selbst verstehen, überblicken kann. Wir unterstützen, bevor Dinge schlimm werden, Kindeswohlgefährdung und so weiter. Und genau da zu sparen, ist völlig paradox. Mehr Prävention, weniger Krisen, komplexe, tiefe Problemlagen, man kann so viel vorbeugen. Ich habe eine coole Teamleiterin, heute Mittag habe ich ein Gespräch mit ihr." Die WhatsApp-Nachricht von 15.30 Uhr: "Du wirst es nicht glauben, ich habe gekündigt bekommen. Happy New Year."

Ich wollte nur so einsteigen und fange mal an mit meinen Fragen an die Experten. Ich fange an einmal, wo sehen Sie Handlungsbedarf, einmal das Stichwort natürlich Enquete-Kommission, und welche Auswirkung kann die angespannte Lage der Kinder- und Jugendhilfe haben, Stichwort Folgekosten und vor allem Kinderschutz. Die Frage stelle ich an Herrn Prieß, aber auch an Sie, Frau Post-Martens. Wie können Sie bei knappen Mitteln Beratung, Jugendverbandsarbeit, Straßensozialarbeit überhaupt noch gewährleisten? – Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass von Herrn Berk nicht alle Fragen, besonders oder vor allem auch die Frage zu der Fachkräftegewinnung, nicht beantwortet werden. Vielleicht können Sie das in Ihrem Statement gleich noch mal mit einbinden. Danke.

Wer wünscht zum Ersten … Und zum ASD die Frage an Sie, Herr Baer, gerichtet, auch gern noch einmal. Wer wünscht zu den beiden Personen das Wort? Herr Prieß, bitte.

Ronald Prieß: Also zur Enquete-Kommission, natürlich kann man nicht auf alle 70 Empfehlungen eingehen, das ist klar. Das wird ein Fachtag leisten müssen. Wir hoffen, dass das Versprechen, was zweimal gegeben worden ist, einmal bei einer Veranstaltung in Wilhelmsburg, das war eine Veranstaltung des Kinderschutzbundes, da hat Dr. Schulhoff das Versprechen gegeben, dort einen Fachtag zu organisieren mit der Zivilgesellschaft, um so was auf den Weg zu bringen. Das zweite Mal haben wir das im Rahmen des zweiten Kinder- und Jugendhilfegipfels vorgetragen und dort hat Dr. Bange dann das entgegengenommen und danach auch das Versprechen abgegeben, dass das passieren soll. Das heißt also, wir warten auf einen Fachtag, der das umfassend sozusagen erörtern kann. In diesem Rahmen kann man nur sozusagen bestimmte Sachen sagen, ich gehe aus von den fünf Kernforderungen der Enquete-Kommission, das heißt, erstens Kinderrechte stärken, zweitens Pflegekinderhilfe, auch die Kinder in den Mittelpunkt stellen, und dann natürlich die jeweiligen Themen, die auch hier heute aufgerufen sind, qualifizierte, professionelle Arbeit der Fachkräfte ermöglichen, für Arbeitsfähigkeit und Zusammenarbeit der Organisation sorgen, fünfter Punkt, Anerkennung der Zivilgesellschaft, die Anerkennung der Zivilgesellschaft einfordern, habe ich eben schon was eingangs gesagt. Das betrifft dann sozusagen den Fachtag, auf den wir warten.

Insgesamt zu den Arbeitsstrukturen, und damit beantworte ich vielleicht auch eine Frage von Herrn Berk, die Anstrengungen, die dort von Herrn Baer unternommen werden, sind natürlich zu begrüßen, aber sie genügen nicht. Sie sind ein Tropfen auf einen heißen Stein. Und diese Stellenbemessung, es sind ja jetzt wieder 30 Personalstellen gekommen, das ist praktisch sozusagen in die Vergangenheit geschaut. Die haben schon in der Vergangenheit gefehlt und jetzt werden sie ergänzt. Davon abrechnen muss man die nicht besetzten Stellen, da haben wir eben auch schon drüber geredet, wie viel das in Gänze sind, aber das betrifft nur zum Teil den ASD, davon abrechnen muss man die Langzeiterkrankten – das hat gerade die CDU abgefragt, kann man in der Drucksache nachlesen –, davon abziehen muss man die Kollegen in Einarbeitung, 18 Monate Einarbeitung für eine neue Kollegin, einen neuen Kollegen, 6 Monate Einarbeitungszeit für den Kinderschutz. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, da beziehe ich mich auch auf Christian Schrapper, den Vorsitzenden der Enquete-Kommission, der hat in seinem … hat ein Lagebild gemacht zum ASD und hat da mal erwähnt, wie die gängige Fachliteratur die Arbeit der Jugendämter aufteilt. Sozusagen nach Fachliteratur: ASD 50 Prozent für direkten Kontakt mit den Klient:innen, 30 Prozent kollegiale Beratung, 20 Prozent Dokumentation und Kontrolle. Die Enquete-Kommission hat festgestellt, dieses Verhältnis stimmt in Hamburg gar nicht, und das ist auch ein Ergebnis der Enquete-Kommission, das war auch ein zentraler Auftrag, diesen Anteil an Kontrolle und Dokumentationspflichten zu reduzieren. Das wäre ein sehr wichtiges Thema für so einen Fachtag.

Dann komme ich zum Stellenaufbau in der Kinder- und Jugendhilfe. Auch ein bisschen eine Frage, die von Herrn Berk schon gestellt worden ist. Der Stellenaufbau in der Kinder- und Jugendhilfe ist in der Tat beträchtlich. Das Phänomen ist auch bundesweit. Und mit weit über eine Million Beschäftigten in diesem Bereich kann man sagen, das ist mehr als die Automobilindustrie. Also von daher, ja, wir sind ein Riesenkomplex. Die Sachen sind allerdings auch politisch motiviert. Wir wollen … Also 75 Prozent aller Stellen sind natürlich Stellen, die aufgebaut worden sind in den Kitas. Und das ist eine politische Entscheidung. Wer sozusagen die Berufstätigkeit der Frauen will, der muss das auch umsetzen. Das hat

hier in Hamburg auch … haben die Senate auch gemacht. Das ist auch richtig. Das führt aber zu beträchtlichen Kosten. Die muss man dann aber auch gesamtgesellschaftlich einordnen. Die generieren nämlich das Vierfache an Bruttosozialprodukt. Das heißt also, sie sind nachhaltig. Und von daher sind das Kosten, die zwar die Stadt betreffen und wo man überlegen kann, ob der Bund sich an solchen Kosten beteiligt und in welcher Form er sich beteiligt, wenn er Gesetze macht, die alle dazu verpflichten, aber es sind Kosten im Haushalt, die sozusagen erforderlich, notwendig und richtig sind.

Das ist so mal zu sagen, und diese Entscheidung, sozusagen die Volksinitiative zum Beispiel im Kita-Bereich 2011 zu übernehmen, von Olaf Scholz, die war richtig. Und die wurde auch, wenn ich mich richtig erinnere, von allen hier im Raum, von allen Parteien, die damals anwesend waren, mitgetragen. Das ist eine ganz wichtige Entscheidung an der Stelle.

Und dann haben wir allerdings eine steigende Zahl oder beziehungsweise auf hohem Niveau stagnierende Zahl von Inobhutnahmen, und das ist schon so, dass die auf ein hochschwelliges Hilfesystem treffen. Und dazu gehört unter anderem, dass zum Beispiel – wir haben das so ein bisschen mal durchgerechnet, als wir unser Projekt gestartet haben Wohnungen für Straßenkinder, die … – nach Seckinger/Meierhofer zum Beispiel ist das so, dass ab acht bis zehn Plätzen diese Einrichtungen rentabel arbeiten können. Und wenn das so ist, dann haben wir dort ein Problem. Weil, wir haben ganz viele Kinder und Jugendliche und Jungerwachsene, die zum Beispiel aufgrund ihrer Biografie nicht in Gruppen dieser Art funktionieren. Und wir brauchen dort andere Angebote, über die ich nachher noch sprechen kann. An dieser Stelle würde ich dann erst mal das darauf sozusagen belassen. Aber wir brauchen auch eine Untersuchung, auf welcher Grundlage eigentlich diese steigenden Inobhutnahmen seit 2005 passiert sind, die jetzt auf hohem Niveau stagnieren, wo man sagen kann, okay, mal geht es ein bisschen hoch und mal ein bisschen runter bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die aber auch mit reingerechnet werden, die ja seit 2017 gesondert sozusagen geführt werden, aber im Endeffekt bewegen wir uns auf ganz hohem Niveau und immer auch noch auf steigendem.

Es gibt einzelne Fachleute, die sich damit beschäftigt haben, die dann auch einen Zusammenhang sozusagen zu Armutslagen und den mit der Hartz-Gesetzgebung verbundenen Entscheidungen das sehen. Der zeitliche Zusammenhang ist zumindest gegeben. Aber das muss untersucht werden, ich will da jetzt nicht spekulieren, aber es gibt eben halt Fachleute, die das sozusagen überlegen.

Genau. Und von daher ist noch ein weiterer Punkt zu sehen, diese steigenden Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung sind natürlich auch ein bisschen hausgemacht. Und zwar an der Stelle, wo man die soziale Infrastruktur nicht hat, oder sich nicht dafür entschieden hat, die soziale Infrastruktur, darauf hat Anja Post-Martens ja auch schon hingewiesen, dass man die nicht hat wachsen lassen. Und das führt in den nachgelagerten Systemen zu erhöhten Kosten. Das heißt, wer sozusagen am Anfang der Kette nicht eingreift, muss sich nicht wundern, wenn am Ende die Kette sehr teuer wird. Das ist einfach der Zusammenhang, den wir dort haben.

Und, ja, ich glaube, das sind jetzt sozusagen ein paar Punkte. Beim Kita-Gutscheinsystem, sage ich jetzt mal so zu dem, was ich da vorhin gesagt habe, wäre zum Beispiel … Es gibt ja, soweit ich weiß, gibt es sowohl von der SPD als auch von den Linken die Idee, zum Beispiel das Frühstück umsonst zur Verfügung zu stellen, um dann hungernde Kinder zu vermeiden, am Nachmittag und so weiter, also diese ganzen Geschichten, das heißt, dass man bestimmte Leistungen im Kita-Gutscheinsystem zu Regelleistungen für alle macht, damit dann sozusagen wir nicht nachfolgend bestimmte Problemlagen haben. Ja, das sind so ein paar Befunde, die ich da jetzt zum Besten gebe. Das war es.

Vorsitzende: Danke schön. Wer wünscht als Nächstes das Wort? Frau Post-Martens, bitte.

Anja Post-Martens: Ja, also vielen Dank. Zu den Personalstellen möchte ich noch mal sagen, insbesondere die offenen Angebote der sozialen Infrastruktur, dort sinken Personalstellenanzahlen zunehmend.

Ich würde gern als Erstes was zu der Frage der SIN-Mittel und der Mehrbedarfe sagen und dem konkreten Beispiel. Es gibt leider dieser Tage diverse Kolleg:innen, die tatsächlich genau diese Mitteilungen bekommen. Ich kann Ihnen von heute Morgen erzählen, es steht in einer Kleinen Anfrage, die jetzt aktuell da ist, dass für 2026 für die Bereiche Frühe Hilfen, das sind die Hebammen, die in den Wohnunterkünften tatsächlich Beratungen und Unterstützung leisten, die Familienförderung, immer noch keine Zusage da ist, ob diese Mittel jetzt eigentlich fließen oder nicht, also diese Kolleg:innen immer noch nicht wissen, ob sie im Januar noch beschäftigt sind oder nicht. Und wir bekommen dann als Träger mitgeteilt, ziehen Sie doch bitte Ihren Antrag zurück, das ist sonst echter Verwaltungsstress, wird ja eh nicht bewilligt. Also das ist die Situation, in der wir aktuell gerade uns befinden, und das ist wirklich nicht tragbar. Das geht nicht. Es gibt auch einen sogenannten Vertrauensschutz, auch im Zuwendungswesen, das möchte ich einmal deutlich sagen, aber ich finde, bisher haben wir wirklich kritisch-konstruktiv, wie hier gesagt wurde, immer gut miteinander gearbeitet. Und diese Entscheidung zerhaut wirklich jegliches Vertrauen zwischen der freien und öffentlichen Jugendhilfe, und das sollten wir unbedingt rückgängig machen. Das möchte ich einmal deutlich sagen.

Dann möchte ich sagen, noch am 25. Februar hat die damals noch zuständige Sozialsenatorin, Melanie Schlotzhauer, zu eben diesen SIN- und Mehrbedarfsmitteln deutlich gesagt, dass für 2025 die 12,2 Millionen Euro dringend notwendig sind und dieser Bedarf auch weiterhin festgestellt wird. Sie hat in einer Mitteilung an die Bürgerschaft auch deutlich gesagt, dass es ein enormer Aufwand ist für die Beteiligten, die sowohl beim öffentlichen … also Träger in den Bezirken als auch bei freien Trägern – diese Angebote überhaupt zur Verfügung zu stellen. Es ist nämlich nicht nur eine Katastrophe, Menschen zu entlassen, es ist auch relativ schwierig, innerhalb von kürzester Zeit mehrere Personalstellen zu besetzen. Das hat hier alles stattgefunden, und ich möchte einmal zitieren, sie hat sehr deutlich gesagt, dass diese Bedarfe auch fürderhin für notwendig erachtet werden. Das war im Februar dieses Jahres. Und hat dazu geschrieben: "Die Umsetzung war möglich, weil die beteiligten Einrichtungen und Träger in Hamburg gemeinsam mit Fach-, Honorar- und ehrenamtlichen Kräften das bestehende Regelsystem aufgefächert und zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten integriert und erweitert haben. Für das Förderprogramm SIN ist die Sicherung der bestehenden Ausgestaltung auch im nächsten Doppelhaushalt '25/'26 im Bedarfsfall einer Anpassung an veränderte Bedarfslagen von großer Bedeutung."
Sie sagt ausführlich, welche Bedeutung diese Mittel für diese Stadt haben. Und von daher sind es nicht Einzelfälle auf der Hundewiese, es betrifft wirklich sehr viele Kolleg:innen, das sind 3 Millionen Euro und es betrifft vor allen Dingen junge Menschen, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien in Unterkünften. Das sind Lebensbedingungen, wo keiner von uns niemals wohnen möchte.

Und deshalb möchte ich sehr dafür plädieren, dass Sie das rückgängig machen, und es muss bald geschehen, weil jetzt wirklich diese Kürzungslisten aktiv vorhanden sind. Übrigens auf diesen Kürzungslisten der Bezirke stehen auch kinderfreundliche Räume. Das ist heute nachzulesen, auch wenn hier ausdrücklich gesagt wurde, nachdem die Ankündigung, sie sollten ausgebaut werden, weil der Bedarf allen bekannt ist, dass jetzt zumindest die bestehenden nicht gestrichen werden. Es stehen kinderfreundliche Räume auf diesen Streichlisten.

Und dann möchte ich kurz was sagen dazu, wie können wir bei diesen knappen Mitteln überhaupt arbeiten. Also tatsächlich war ich letztens als Verband auf einer bundesweiten Fachtagung, da ging es um die inklusive, offene Kinder- und Jugendarbeit. Da haben wir solche Dinge diskutiert wie, dass es vielleicht in der Kinder- und Jugendarbeit möglich wäre, weil wir es fachlich so dringend notwendig finden, einen inklusiven Anspruch

umzusetzen und insbesondere, so wie es im Gesetz steht, auch jungen Menschen mit Behinderungen den Zugang zu unseren Einrichtungen, zu unseren Angeboten zu gewährleisten. Da war dann der Vorschlag, wir sollten doch kreativ sein und vielleicht finden wir eine fachlich kompetente Praktikantin, die dann entsprechend die Inklusion für uns umsetzen kann.
Ich muss ehrlich sagen, ich finde, es gibt auch fachlich irgendwann einen Punkt, wo wir hier deutlich sagen müssen, unter diesen Bedingungen können wir es dann eben nicht mehr. Weil, eine Praktikantin kann nicht dafür verantwortlich sein, Inklusion in unseren Einrichtungen umzusetzen. Das geht nicht. Von daher eine klare Antwort, und das möchte ich einmal deutlich sagen, hier spreche ich jetzt für die Träger in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und im gesamten Zuwendungsbereich, also auch Familienförderung und so weiter, es ist deutlich gesagt, die Finanzierung über die Rahmenzuweisungen ermöglicht uns eigentlich nicht mehr lange, die Angebote noch zur Verfügung zu stellen. Es ist so, in '23/'24 sind elf OKJA-Einrichtungen hin- und hergeschoben worden, es gibt viele Einrichtungen der offenen Arbeit, die sogenannte Graswurzelgewächse sind, da gibt es ehrenamtliche Vorstände, die schon lange, lange in Rente sind, aber mit glühender Überzeugung irgendwie versuchen, diesem Bürokratieberg gerecht zu werden, die geben aber reihenweise mittlerweile auf. Und Sie können sich sicher sein, es wird niemand mehr nachkommen, der unter diesen Bedingungen das weiter tun wird.

Sie finanzieren über diese Zuwendungen in der gesamten Kinder- und Jugendarbeit und offen in der offenen Arbeit, also auch in der Familienförderung, dem Zuwendungswesen, überhaupt gar keine Trägerstrukturen. Es würde in allen anderen Bereichen überhaupt niemand auf die Idee kommen, dass man einen Riesenbürokratieaufwand ohne eine einzige Verwaltungsstelle gewährleisten können soll. In unseren Bereichen, in denen wir den meisten Aufwand haben durch die Zuwendung, gibt es keine Verwaltungsstellen. Ich liebe die Antwort der Bezirke in dieser Anfrage, wo irgendwie drinsteht … Suche ich nachher mal raus. Habe ich das nicht in meiner Rede? Egal, sage ich gleich noch mal, es ist einfach nicht vorgesehen. Stattdessen müssen das bei uns Pädagoginnen und Pädagogen machen, die tatsächlich in der Eingruppierung und auch in der Honorarbezahlung deutlich schlechter, deutlich schlechter bezahlt werden in allen anderen Bereichen, auch der Kinder- und Jugendhilfe. Vergleichen Sie mal, was in der Schulsozialarbeit an Honoraren bezahlt wird, mit dem, was bei uns in offenen Plätzen gezahlt wird, das ist die Hälfte.

Tatsächlich sind auch die Eingruppierungen bei uns … Das sind Hausleitungen mit einer S8b, das ist eine Erzieherinnenstelle, die machen die Hausleitung von zum Beispiel Spielhäusern inklusive sämtlicher Verwaltungstätigkeiten, sämtlicher Berichterstattung, Sachberichte, Zuarbeit von Verwendungsnachweisen, Honorarkraftbeaufsichtigung, Kassenführung und so weiter und so fort. Da bekommen in anderen Bereichen der Jugendhilfe Leitungen gute Gehälter oder zumindest halbwegs angemessene Gehälter für. Das macht bei uns eine Erzieherin in einem gesamten Haus und hat damit die Gesamtverantwortung und macht nebenbei auch noch das Gesamtangebot, weil sie nämlich die einzige Hauptangestellte in dieser Einrichtung ist. Täglich wird sie dann auch noch besucht von mindestens 40 bis 60 Kindern. Das möchte ich einmal klarstellen. Es ist also fast gar nicht mehr möglich, deshalb sind wir ja auch in vielen Verhandlungen mit der Behörde gewesen.

Es ist uns einiges zugesagt worden. Es ist uns zugesagt worden, dass gesprochen werden soll über die sogenannten Intendanzmittel, das sind die Mittel, die wir dafür bekommen, unsere Trägerstrukturen irgendwie aufrechterhalten zu können, die sind teilweise wirklich minimal in den Bezirken. Das tun die Bezirke nicht, weil sie böswillig sind, sondern weil die Rahmenzuweisungen ansonsten nicht für das pädagogische Angebot reichen.

Wir sind in Verhandlungen und diskutieren über die Frage der Eingruppierung, Einstufung und der Stellenbewertungen unserer Kolleginnen und Kollegen, sodass das, was sie täglich arbeiten, tatsächlich auch angemessen finanziert wird. Wir sind in Verhandlungen

darüber, wie wir dazu kommen können, dass bürokratische Hürden verringert werden können, dass zum Beispiel Zuwendungen länger sind. All unsere Einrichtungen, die bestehen teilweise … Den Verband Kinder- und Jugendarbeit, den gibt es seit über 50 Jahren, über 53 Jahren. Tatsächlich gibt es sehr viele unserer Einrichtungen, die seit Jahrzehnten in dieser Stadt arbeiten und tätig sind.

Wir müssen jährlich neue Projektanträge stellen, jedes Jahr neu, als würden wir irgendwie mal so ein besonderes Projekt sein. Wir brauchen eine Strukturförderung und wir brauchen – leider gibt es auch das bei uns nicht – tatsächlich dynamisierte Haushalte und einfach die Zusage, dass wir uns darauf verlassen können, dass, wenn wir unausweichliche Kosten haben, so was wie Tarifkostensteigerungen, weil auch wir nach Tarif bezahlen wollen, aber auch andere Kostensteigerungen, wie Sachmittelkostensteigerungen auf einem Bau-Event, dass Holz plötzlich das Zehnfache mehr kostet als vorher, dann können wir nicht mit weniger Sachkosten zurechtkommen. Dann gibt es ein BAUI ohne Holz. Was soll das? Ein BAUI ohne Bauen, dann gibt es die Einrichtung nicht mehr sinnvoll. All das muss berücksichtigt werden in unseren Zuwendungen dafür, dass wir weiterhin sinnvoll arbeiten können, das ist auch bekannt.

(Beifall)

Vorsitzende: Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Als Vorsitzende ist es meine Aufgabe, die Geschäftsordnung umzusetzen und deswegen sage ich es an dieser Stelle noch einmal klar und deutlich, das Klatschen ist verboten. – Danke schön.

Wer möchte zu … Herr Baer, bitte.

Thorsten Baer: Ja. Auf die Fragen von Herrn Berk. Wir haben in 2015 die erste Personalbemessung abgeschlossen mit einem Stellenzuwachs von 75 Stellen. Und dazu muss man wissen, den haben wir weitestgehend im Vorwege genehmigt bekommen, um die Gewinnung des Personals schnellstmöglich zu gestalten. In 2018 hatten wir den Auftrag bekommen, die Personalbemessung zu evaluieren, das Ergebnis waren weitere 26 Stellen knapp. In 2023, bedingt durch die Zuwanderungsentwicklung, gab es 30 Stellen und jetzt vor Kurzem – die Pressemitteilung ist, glaube ich, heute rausgegangen – gibt es noch mal weitere 30 Stellen für den ASD auf den Vorgriff des Ergebnisses der Personalbemessung, das, was wir nächstes Jahr zum Haushalt dann präsentieren werden.

Eine Personalbemessung ist grundsätzlich ein betriebswirtschaftliches Instrument. Das gibt es an ganz vielen Stellen, das schlechteste Beispiel mag vielleicht bei Herrn Ford liegen, der dann da mit Stoppuhren Zeitprozesse aufgenommen hat. Das machen wir in der Form so nicht. Wir haben es mit sozialer Arbeit zu tun und deswegen haben wir 2013, als das Qualitätsmanagementsystem entwickelt worden ist, was Prozesse beschrieben hat. Das ist eine verbindliche Grundlage, um überhaupt eine Bemessung durchzuführen, haben wir uns mit Herrn Professor Dr. Christian Schrapper zusammengesetzt und haben uns beraten lassen, welche Methoden es dort gibt. Und der hat uns da umfangreiche Beispiele genannt. Und die Stadt hat sich damals dazu entschieden, ein zeitbasiertes Verfahren, was mittlerweile auch durchaus Standard ist in allen möglichen Konstellationen, einzuführen, prozessbezogen, Prozessdurchlaufzeiten zu erheben und darüber eben halt eine Personalbemessung für den Zeitpunkt, wo man diese Erhebung durchführt, durchzuführen.

Unsere wissenschaftliche Begleitung hatte damals in diesem Ausschuss 2015 gesagt, wir können nur eine bestmögliche Annäherung auf ein zu erwartendes Arbeitsvolumen für unseren ASD ermitteln. Darum ist es so wichtig, dieses Instrument, was modular aufgebaut ist, fortzuschreiben, Veränderungen aufzunehmen und in diesem System nachzuhalten, um dann eben halt den Bedarf aufzuzeigen. Herr Schrapper hatte damals gesagt, es gibt drei wesentliche Punkte, die zu erfüllen sind.

Das ist einmal die Personalwerbung, also die Personalgewinnung, dann die Personalentwicklung und die Personalbedarfserhebung. Diese drei Bausteine erfüllen wir mittlerweile und die Enquete-Kommission hatte ja uns vieles in die Stammbücher reingeschrieben, es gab zwischenzeitlich von der Sozialbehörde damals eine Antwort auf die einzelnen Punkte. Als wir die Personalbemessung wiederaufgenommen haben, haben wir festgestellt, dass viele von den Forderungen durchaus mittlerweile gesetzlichen Charakter haben und deswegen anders in die Personalbemessung eingeflossen sind. Wie gesagt, das Ergebnis kommt nächstes Jahr, es ist auch wieder eine wissenschaftliche Begleitung mit am Start, und unser Ziel ist auch, eine wissenschaftliche Expertise zu dem Personalbedarfsbemessungssystem zu erhalten. Personalbemessung kann nur in bestimmten Rahmenbedingungen funktionieren und die habe ich gerade eben versucht zu beschreiben.

Und es gibt oftmals Kritik, Hinweise, das nehmen wir ernst, das nehmen wir auf und bringen das in einer Fortschreibung auch entsprechend mit unter. Wir haben uns auf den Weg gemacht zusammen mit der Fachbehörde, den großen Kritikpunkt des Verwaltungsanteils bei den ASD-Fachkräften uns näher anzugucken. Dafür gibt es ein eigenes Projekt, Optimierung der Kinder- und Jugendhilfe, wo bestimmte Sachen identifiziert worden sind, aber dann auch organisatorisch begleitet und umgesetzt werden müssen. Und da gibt es durchaus viele kleine und größere Hindernispunkte, die man dann nehmen muss, und da sind wir bei und bereiten das weiterhin vor. Das wird auf die Arbeit des ASD gewisse Auswirkungen haben und auch einen Entlastungseffekt erzielen.

Zu der Ausstattung: Jetzt muss man im Nachhinein sagen, Corona sei Dank, war auf einmal der Bedarf an Notebooks in der Stadt sehr hoch gewesen und wir konnten das nutzen, um sämtliche ASD-Mitarbeiter mit einem Notebook auszustatten. Es wurde eine JUS-IT-App entwickelt, die auf einem iPad den Mitarbeitern zur Verfügung gestellt wird, um eben halt effizienter zu arbeiten, gerade diesen Punkt von Wegezeiten gut aufzunehmen, das wird diesem Punkt entsprechen. Und wir haben bei der Ausstattung überall nachgelegt, ob es jetzt Monitore sind, ob es die Mobilität ist, ob es die Arbeitsplatzausstattung ist.

Wir haben mittlerweile, das haben noch mal mir von den Kollegen bestätigen lassen, in allen ASD WLAN, auch wenn es da hin und wieder mal Probleme mit Kapazitäten geben mag, aber wir haben WLAN in den Dienststellen. Und für Wandsbek kann ich sagen, dass wir eine Regelung haben, die es ermöglicht, Homeoffice an zwei Tagen in der Woche vorzunehmen, wer das möchte. Und bei den Räumlichkeiten, dem Quervergleich, den ich da bekommen habe, waren keine großen Auffälligkeiten. Eine Auffälligkeit betrifft leider unseren Bezirk, das ist der ASD Steilshoop, wo wir immer noch in Mietvertragsverhandlungen sind und deswegen noch nicht genau sagen können, wie sich das entwickeln wird, aber wir sind an den Themen dran, um das kontinuierlich zu verbessern.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen. Als Nächstes haben sich Herr Göz und dann Frau Alheit gemeldet.

Markus Göz: Ja. Ich wollte noch mal ganz kurz zum Thema Fachkräftegewinnung …, das war ja auch kurz das Thema, wie das funktioniert und was nicht, und da möchte ich so von unserer Praxis erzählen, dass es so ist, dass es … Es betrifft also nicht alle Bereiche, es gibt Bereiche, wo es durchaus Fachkräfte immer wieder gibt und wo man die findet. Das hat was mit dem zu tun, wo man anbietet, ob ich jetzt in Harburg, ob ich in Altona oder wie auch immer Stellen ausschreibe, das hat was mit dem zu tun. Es hat was mit dem zu tun, gibt es verlässliche Strukturen. Das hat gerade in der offenen Arbeit …, das ist ja ganz wichtig. Ich muss planen können, wenn ich … Ja. Also wenn ich fixe Kosten habe, muss ich wissen, dass ich nicht jedes Jahr neu gucken muss, das ist auch ganz wichtig.

Und so finde ich, hat es auch ganz viel mit dem zu tun, wie die jeweilige Ausgestaltung ist der Arbeitsplätze. Und es gibt bei uns Bereiche, wie zum Beispiel bei den ambulanten

Hilfen, da kriegen wir fast immer Arbeitskräfte. Im Bereich stationär ist es ganz schwierig, weil es dort auch Bedingungen sind, die teilweise sehr schwierig sind. Wie gesagt, das sind teilweise Situationen, Wohngruppen, die einfach wirklich schwierig sind. Es fällt Personal aus, man muss einspringen, man hat keinen wirklichen Feiertag oder Freizeit, wenn man nicht weiß, ruft jetzt gleich jemand an, du musst einspringen, weil, es gibt eine 24-Stunden-Versorgung, das muss sein, das ist gewährleistet, weil rund um die Uhr heißt, es muss immer jemand da sein.

Und dann finde ich das auch immer ganz spannend, ASD wird zum Beispiel besser bezahlt als bei uns und trotzdem gibt es viele freie Stellen. Also woher kommt das zum Beispiel? Also da ist vielleicht dieser Verwaltungsaufwand auch zu viel. Das wäre für mich auch noch eine Frage, wie werden Arbeitsstellen ausgeschrieben? Ist es herausfordernd, ist es nicht? Gibt es Personalentwicklung? Ist es überhaupt möglich, Personalentwicklung zu machen? Bei uns im Rauhen Haus ist es möglich, wir sind ein großer Träger, da ist es durchaus möglich. Wir können über Instagram Werbung machen, wie auch immer, es gibt ein bestimmtes Kontingent, und dann buhlt man darum, wie kann man irgendwie an Arbeitskräfte kommen? Wie können wir dual Studierende einsetzen? Das machen wir jetzt verstärkt, was auch prima ist, und so zu gucken, wie kann man kreative Lösungen finden, um an Personal zu kommen.

Einen Punkt noch mal, weil es im stationären Bereich so schwierig ist, Personal zu bekommen. Es gibt da die sogenannte Positivliste, wo es möglich ist, auch andere …, also Menschen mit anderen Ausbildungen auch als Fachkräfte anerkennen zu können, was dann zwar etwas Zeit dauert, aber was erst mal von den ersten Erfahrungen, die wir haben, eigentlich eine positive Erfahrung ist. Das ist fachlich sehr gut, das ist anscheinend wirklich so, die lernen wirklich in diesem halben Jahr was, von Trägern ein bisschen ambitioniert, weil, die Person fällt dann auch aus. Also man stellt jemand ein, aber es ist klar, also die Person ist dann auch erst mal reduziert da. Aber dieses Instrument, was ja nur dort reinkommt, wo es eine Knappheit gibt und wo man kein Personal bekommt, finde ich aber als Instrument erst mal eine sinnvolle Geschichte und ich finde auch, da hat was gut funktioniert. So weit.

Vorsitzende: Danke, Frau Alheit, dann Herr Prieß, dann Frau Post-Martens.

Kristin Alheit: Ja. Danke. Ich kann direkt daran anknüpfen, weil ich auch direkt auf die von Herrn Berk gestellte Frage noch antworten wollte, wo es um Quereinstieg und die Positivliste ging. Da ist genau das, was Herr Göz sagt, richtig. Das sind mittlerweile ja in allen Bereichen bewährte Instrumente, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken können. Es wäre nur völlig irrig anzunehmen, es würde das Fachkräfteproblem lösen. Da haben wir nämlich mit Zahlen zu tun, die mit dem Fachkräfteproblem nicht wirklich was zu tun haben. Und es ist angedeutet worden, es ist durchaus auch ein Faktor, der ein bürokratisches Moment hat, für das Träger Zeit haben müssten. Dann könnte man das sicherlich auch noch mal anders nutzen.

Das Gleiche gilt übrigens besonders im Bereich Jugendhilfe dann für die Möglichkeit zugewanderter Fachkräfte, was da überhaupt nicht wirklich genutzt wird. Da ist der bürokratische Aufwand unglaublich groß, könnte aber für bestimmte Bereiche der Jugendhilfe, die ja auch viel mit Jugendlichen zu tun haben, die migrantischen Hintergrund haben, ein echter Gewinn sein. Aber da wird irgendwie gar nicht richtig dran gedacht.

Eine der simpelsten Geschichten zum Thema Fachkräftegewinnung aus meiner Sicht ist, es gibt unglaublich viele junge Menschen nach wie vor, die in diesen Beruf rein wollen. Die kriegen keinen Studienplatz, weil nicht genug Studienplätze da sind. Also das wäre sozusagen was, wo man sehr früh und gut ansetzen könnte und einfach mal den Raum eröffnen würde.

Auch das duale Studium, irgendjemand hat es ja schon angesprochen, ist ein Instrument, wo man tatsächlich die Jugendlichen auch mit einer Bindungswirkung an das Feld heranführen kann. Das wäre was. Na ja, solange es nicht finanziert wird für die Träger, ist

das für die Träger nicht so wahnsinnig interessant. Das wäre aber was zur Bindung von Fachkräften und man kriegt dann auch Fachkräfte, die wissen, was sie erwartet, das wäre, glaube ich, ein sehr wirkungsvolles Instrument.

Und auch das ist eben hier schon gesagt worden, die Fachkräftesituation ist ja sehr unterschiedlich. Also im stationären Bereich ist wirklich, das höre ich jetzt seit zwei Jahren, eigentlich niemand mehr wirklich zu kriegen. Und ich weiß nicht, was passieren muss, bis deutlich wird, dass das auch was mit der dort vorhandenen Arbeitssituation zu tun hat. Wir haben es eben hier gehört, wenn man sich nicht darauf verlassen kann, dass man an dem Feierabend dann auch in den Feierabend gehen kann, weil dann jemand anruft, auch wirklich krank ist. Es ist einfach niemand da, der es sonst machen könnte.

Und die Fachkräfte in diesem Bereich sind, nachdem, was ich miterlebe, unglaublich verantwortungsvoll und Frau Mayer hat ein bisschen was zur fehlenden Bindungswirkung schon gesagt. Es geht erstens nicht, dass gar keiner da ist und wenn, dann … Man kann nicht jemanden von der Straße holen und ihn da reinsetzen, das müssen wirklich die Kräfte sein, die mit den Kindern regelhaft arbeiten. Und das ist ein Punkt, da muss einfach was am Fachkräfteschlüssel getan werden.

Und ich will nicht … Wir haben ja heute ganz offensichtlich das Thema SIN-Mittel so sehr im Fokus, aber ich muss einmal das Thema Nachtwachen ansprechen. Das ist auch was, was zu großer Frustration in dem Bereich führt, dass, und das hatte auch schon jemand gesagt, dass fachlich ausdiskutierte Bereiche mit der Fachbehörde und den Verbänden …, die werden wegen finanzieller Mittel nicht umgesetzt. Und das ist tatsächlich was, was Sprachlosigkeit hinterlässt. Und dann müssen wir, wenn wir das Feld nicht verlieren wollen, weil da ist eine gute Arbeit und so unglaublich wichtig, da müssen wir total ran.

Und einen letzten Punkt, bin ich noch nicht gefragt worden, aber wer weiß, wie viel man noch drankommt. Jemand anders hat das auch gesagt, wenn wir Dinge verändern wollen und die Herausforderungen, vor denen wir stehen, wir müssen früh ansetzen. Wir wissen über Wirkungen in dem Bereich ja nicht ganz so viel wie in anderen Bereichen, aber was klar ist, wenn man früh ansetzt, kann man mit weniger Hilfen mehr erreichen.

(Ronald Prieß: So ist es!)

Und da was zu machen, und die Stadt Hamburg ist da im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht schlecht, aber es reicht ganz offensichtlich nicht, das sehen wir im Moment. Und dass wir frühe Hilfen ausbauen, bei Kitas genau hingucken, das sind meiner Ansicht nach Dinge, die wir tun können, um in dem Bereich was zu bewegen. – Danke schön.

Vorsitzende: Als Nächstes habe ich Herrn Prieß, Frau Post-Martens und Herrn Voß, in dieser Reihenfolge.

Ronald Prieß: Ja. Ich wollte an Herrn Baer anschließen, der ja da auch die Aufgabenkritik benannt hat. Das stimmt mich positiv, dass es dazu ein Projekt gibt und auch positiv, dass da wissenschaftliche Expertise herangezogen wird. Ich muss aber trotzdem gleichwohl noch mal einfach die, will ich mal sagen, Fakten im ASD dann auch noch mal benennen. Und da liegt ja jetzt auch eine neue Anfrage der CDU-Fraktion vor zur Lage und das Stellensoll ist richtig beschrieben. Wir sind bei 502 Stellen, 470 Vollzeitäquivalenten, und da sind auch die durchschnittlichen Fallzahlen angegeben, aber die Realität ist: Heute hat mich ein Kollege anrufen aus dem ASD und der ist gerade am Absaufen und hat 33 Fälle. Also da warte ich dann auf den Absturz einer weiteren Abteilung, weil, das haben wir ja eben halt die ganze Zeit. Wir haben frühes Ausscheiden aus dem Berufsfeld, das ist jetzt die neue Anfrage in 2024, 85 Kolleg:innen sind ausgeschieden. In diesem Jahr sind es jetzt schon 87 Kolleg:innen, alles aus der Drucksache 23/2334 gerade neu zu entnehmen. Die haben Langzeiterkrankungen, viele Überlastungsanzeigen, teilweise von ganzen Abteilungen. Immer mal wieder, das rotiert, mal ist es der eine Bezirk, mal ist es der andere, mal stabilisiert sich wieder was. Und da ist mein Rat wirklich Aufgabenkritik und

das ist gut, dass das jetzt da also auch angedacht ist. Wir haben wahrscheinlich, das ist nicht ganz deutlich in den neuen Zahlen, weil da manchmal ein X steht, aber ich schätze mal, das sind über 40 Langzeiterkrankte. Das heißt, wir haben große Probleme in der ganzen Situation.

Und wir als Tu-Was!-Netzwerk haben uns halt deswegen auch mit den Studien von Elke Alsago und Nikolaus Meyer beschäftigt und die im Rahmen dieser beiden Gipfel diskutiert. Und ich gebe da mal einfach einen Einblick auf das, was die herausgefunden haben, einfach nur einige Ergebnisse:

„Über alle Arbeitsfelder der sozialen Arbeit hinweg arbeitet mehr als ein Drittel, 38,9 Prozent der Befragten, regelmäßig drei oder mehr Stunden wöchentlich zusätzlich. Und über 65 Prozent der Befragten stehen bei ihrer Arbeit unter Zeitdruck. Die Gründe hängen unmittelbar mit der Coronapandemie zusammen. Die gestiegenen Hilfebedarfe der Klient:innen, der Personalmangel und die daraus entstehende Mehrarbeit können nur durch die hohe Aufopferungsbereitschaft der Beschäftigten und Überstunden bewältigt werden. Lediglich 17 Prozent der Befragten würden nicht regelmäßig Überstunden leisten. Fast die Hälfte schleppt sich krank zur Arbeit, verzichtet auf Ruhepausen und etwa die Hälfte der Befragten schafft es häufig nicht, die anfallende Arbeitsmenge zu bewältigen. Dabei scheint das Alter keinen Einfluss auf das Burnout-Risiko zu haben. Die Ergebnisse der Befragung, egal, ob jung oder älter, waren bis zur Nachkommastelle identisch.“

So weit Befunde aus deren Studien. Das zeigt dann, warum die Realität so ist, wie sie ist, warum so viele Kolleginnen aus diesem Bereich aussteigen wieder, die man vorher gewonnen hat, die man lange eingearbeitet hat. Ich habe mit einer Kollegin aus dem Bezirk Wandsbek gesprochen, die sagt, ich bin nur noch am Einarbeiten, ich mache gar nichts anderes mehr. Also die ist rund um die Uhr damit beschäftigt, neue Kolleginnen einzuarbeiten. Und da zeigt sich natürlich auch wieder die Anfrage der CDU, die mir vorliegt, 115 Fachkräfte haben weniger als ein Jahr Berufserfahrung. Also ich meine, das zeigt doch, dass diese Kollegin recht hat, dass sie nur am Einarbeiten ist, die Zahlen belegen das ganz eindeutig, da gibt es nichts dran zu deuteln.

Und ich möchte dann aber noch mal auf eine Sache hinweisen. Es geht nicht um sozusagen diesen Eindruck, bei dieser Studie geht es ja auch um bundesweite Überlegungen, also nicht nur um Hamburg. Also Hamburg ist keine Insel sozusagen an dieser Stelle, sondern es ist eine Situation, die überall da ist. Und zwei Kolleginnen, nein, zwei Kollegen in diesem Fall, einer davon war ich, waren beim zweiten Expert:innentreffen der DAG-ASD, bundesweiter Zusammenschluss, und dort sind folgende Kernforderungen der DAG verabschiedet worden:

Forderung 1: Schutz und Teilhabe garantieren, keine Einsparungen im Kinderschutz, in Prävention, Inklusion und Familienunterstützung.

Forderung 2: Fachkräfte-Offensive 2030, bezahlte Praktika, duale Studiengänge an staatlich refinanzierten Hochschulen, gebührenfreie Ausbildung, Entlastung durch Verwaltungspersonal und Digitalisierung.

Forderung 3: Kommunen handlungsfähig machen, Beteiligung des Bundes an Pflichtaufgaben, Dynamisierung der Förderungsprogramme, faire Konnexität.

Forderung 4: Strukturen modernisieren, agile intersektorale Zusammenarbeit und Entbürokratisierung fördern sowie unabhängige Beschwerdestellen einrichten, die nicht nur Adressat:innen, sondern auch Fachkräfte der Jugendämter zur Verfügung stellen.

Forderung 5: Kinderschutz umfassend denken durch wirksame Stärkung von Familien, konsequente Sicherung der Kinderrechte und die Einführung eines Kinderbeauftragten.

Genau. Und das wären dann die Forderungen. Und insgesamt gibt es ein Bündel unterschiedlicher Strategien, die notwendig sind. Und da kann man eigentlich sagen, ob man bei der AGJ guckt, ob man bei der IGFH guckt, bei DIJuF, alle sprechen von den

gleichen Phänomenen. Und das, was eben nicht gelingt, ist, dass die Fachkräfte im Sinne ihrer Berufsethik handeln können und daraus folgt Frust und daraus folgt das Verlassen des Berufsfeldes. Das sind die Zusammenhänge, mit denen wir es da zu tun haben. Und deswegen haben wir eine Superleistung bei der Anwerbung von Fachkräften im ASD und gleichzeitig fließen sie hinten wieder alle raus irgendwie aus verschiedensten Gründen, das sind eben halt strukturelle Gründe, Arbeitsbelastungsgründe, aber natürlich auch ganz normale Fluktuationsgründe. So.

Und das ist die Situation sozusagen an dem Punkt ASD/Jugendämter und deswegen hatten wir auch den Brandbrief der sieben Jugendamtsleiter:innen, das war der Ausgangspunkt für eine Diskussion in der Kinder- und Jugendhilfe, die dann zum Bündnis Tu Was!, zum Tu-Was!-Netzwerk geführt hat, weil, da sind die Sicherungen durchgegangen und dann haben die Leute sich zusammengesetzt und wir hoffen, dass wir einen Beitrag dazu leisten können, dass das besser wird. – Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank Ihnen. Frau Post-Martens.

Anja Post-Martens: Ja. Ich wollte noch mal sehr viel kürzer, aber doch dringlich darauf hinweisen, dass selbstverständlich eine ganze Menge getan werden kann und auch das SPFZ mit Fortbildungen ganz sicher hervorragend Personal qualifiziert, davon bin ich fest überzeugt aus meiner eigenen Erfahrung.

Ich habe ja vorhin die Zeit, um meine Person vorzustellen, ein bisschen gestrichen. Ich habe durchaus in diversen stationären Einrichtungen gearbeitet, ich habe in ambulanten Hilfen gearbeitet. Und ich habe in sogenannten Schulkooperationsprojekten die Schüler:innen betreut, wo Schulen sich verweigert haben, diese zu beschulen, gearbeitet über lange Jahre und viel mit Kolleg:innen auch aus dem ASD zu tun gehabt. Die Erfahrung zeigt, dass selbst, wenn dann Kolleginnen gefunden werden für die Stellen … Wenn ich ständig nicht meinen eigenen fachlichen Ansprüchen gerecht werden kann in dem, was meine Arbeitsverhältnisse mir ermöglichen zu tun, dann ist das so frustrierend, dass ich sehr schnell wieder den Platz verlasse. Ich glaube, das sollten wir dringend berücksichtigen.

Dann möchte ich noch einmal eine Lanze für die offene Arbeit biegen trotz miserablen und deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen, also zum Beispiel immer in der Regel in den Nachmittags- und Abendstunden, immer in der Regel auch am Wochenende und schlecht eingruppiert, ist die Bindungswirkung sehr hoch. Kolleg:innen sind mit hoher Überzeugung dort und tun mit hoher Überzeugung, was sie dort tun, aber tatsächlich wird es immer schwieriger, unter immer schlechteren Bedingungen in Konkurrenz zu anderen Arbeitsfeldern überhaupt Arbeitsplätze zu besetzen und Kolleginnen zu finden.

Und ich möchte noch eine Frage stellen, weil, tatsächlich gab es durchaus Unmut angesichts der jetzt angekündigten neuen Stellen. Also wir haben kein Problem damit, dass neue Stellen, ganz im Gegenteil, geschaffen werden im ASD, aber es ist schon irritierend, jetzt mitgeteilt zu bekommen, dass im ASD nun für Fachkräfte 30 Stellen geschaffen werden sollen für sozialräumliche Netzwerkarbeit, weil dann besserer Kontakt zu jungen Menschen und ihren Familien hergestellt werden möge, insbesondere auch über Vereine und sozialräumliche Angebote, in die dann vermittelt werden soll, sodass dann eben tatsächlich auch mehr Beteiligung der jungen Menschen in ihrem Lebensumfeld möglich sein solle, und das alles während Sie tatsächlich die soziale Infrastruktur gerade an ihre Existenzgrenze bringen. Das ist nicht erfreut aufgenommen worden, möchte ich deutlich sagen.

Und mich würde dann tatsächlich wundern, was eigentlich die Kolleg:innen denn in diesem Sinne dann tun sollen. Also sollen die dann mit einzelnen Kindern an der Hand gemeinsam vor dem Haus der Jugend stehen, das wegen Schimmel leider nicht geöffnet ist oder sollen die Kolleg:innen dann das elterninternationale Frühstück im Flur auf dem ASD anbieten. Oder treffen sich die Kolleg:innen mit 60 jungen Menschen, so wie bei uns in den Einrichtungen, auf der Straße und spielen? Das ist uns nicht klar, und auch da

fänden wir, dass es angemessen wäre, wenn tatsächlich sozialräumliche Stärkung realisiert werden soll, dass Sie als Allererstes die Kürzungen zurücknehmen und sozialräumliche Infrastruktur ausbauen, das wäre toll.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Post-Martens. Ich vermute mal, Ihre Frage wird mitgenommen in den nächsten Ausschuss, in dem der Senat befragt werden kann, dort – ich sehe ein Daumen-Hoch hinter Ihnen – können Sie dann eben diese Frage noch mal beantwortet sehen, vielleicht.

Als Nächstes habe ich Herrn Voß.

Olaf Voß: Ich wollte zurückkommen auf Ihre Frage, Herr Berk, zum Thema Positivliste und QuerStart und aus unseren Erfahrungen berichten. Wir haben zwei Kurse jetzt durchgeführt, QuerStart im Rahmen der Positivliste, einmal 14 Teilnehmende und einmal 13 Teilnehmende, und davon haben bisher 22 Absolvent:innen tatsächlich das Zertifikat erworben. Bei fünf steht das noch aus. Die haben aber auch noch ein halbes Jahr Zeit, weitere Seminare zu besuchen, um das abzuschließen, und es sieht gut aus, dass die das auch schaffen werden. Die sind alle auf dem Weg und abgebrochen hat also bisher niemand aus diesen beiden Kursen. Insofern, nach unserer Erfahrung ist das eben bisher ein Erfolg und so habe ich das ja auch von den Kolleg:innen hier gehört. Das also dazu, zu dieser Maßnahme.

Und ich wollte eine Sache erwähnen, weil ja vieles einfach schwierig ist in diesen Zeiten, aber eine positive Sache will ich erwähnen, weil ich da selbst mit in einer Steuerungsgruppe bin, die gerade frisch angefangen hat. Es gibt ein neues Projekt in der Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung, nämlich das Projekt Weiterentwicklung Übergang Kita, Schule. Das ist gerade frisch gestartet am 1. Oktober und hat sich jetzt eben neu gefunden, die verschiedenen Arbeitsgruppen, die da erforderlich sind, ist auf drei Jahre angelegt, und da soll eben dieser schwierige Übergang aus dem System Kita in das Schulsystem, das bisher ja nicht immer optimal gelaufen ist, wie vielleicht alle wissen, die Kinder gehabt haben in dem Alter. Da wird eben jetzt dran gearbeitet in diesem Projekt mit vielen Expert:innen, was wir da verbessern können in dieser Stadt. Das ist ein sehr lohnenswertes Vorhaben, finde ich.

Vorsitzende: Danke Ihnen. Frau Mayer.

Andrea Mayer: Ich muss leider einmal was zu dem Thema QuerStart sagen, weil ich da ein sehr ambivalentes Verhältnis zu habe. Wir haben zwei von den 22 Kolleg:innen gerade zertifiziert bekommen und mir ist einfach wichtig, dass alle hören, was sind das für Menschen, die da qualifiziert werden. Diese beiden Kolleginnen sind beide zwischen 30 und 40, sind hochqualifizierte Psychologinnen mit jahrelanger Berufserfahrung vor der Qualifikation im einschlägigen Bereich. Sie haben stationäre Kinder- und Jugendhilfe schon vorher gemacht. Das eine ist eine hochqualifizierte Kollegin aus dem Iran, die vorher in der psychiatrischen Kinder- und Jugendhilfe im Iran schon gearbeitet hat, und es ist ein bisschen ad absurdum, dass wir die beiden jetzt zur Anerkennung als Fachkraft in der stationären Kinder- und Jugendhilfe, was sie jeweils schon zehn Jahre lang getan haben, qualifizieren müssen, um sie anerkennen zu lassen. Das sind keine Kolleginnen, die neu ins Berufsfeld gekommen sind.

Zwei von den 22 … Ich kann für die anderen 20 nicht sprechen und die Qualifizierung. Deswegen bin ich ambivalent. Die Kolleginnen sind hochgradig begeistert. Die haben nach jedem Durchlauf rückgemeldet, wie gut die einzelnen Seminare sind, also gar keine Kritik irgendwie an der Durchführung selbst. Die haben sehr profitiert, die Teams haben profitiert, die haben Sachen zurückgespielt, ganz, ganz toll, hochqualitativ, aber die beiden Kolleginnen hätten auch ohne diese Qualifizierung arbeiten können.

Vorsitzende: Danke Ihnen. Ich sehe von Expert:innenseite aus keine weiteren Wortbeitragswünsche zu diesen beiden Fragen. Dann wäre als Nächstes Frau Kern für die GRÜNE-Fraktion.

Abg. Lisa Kern: Ja, vielen Dank auch von meiner Fraktion dafür, dass Sie sich jetzt schon seit zwei Stunden hier mit unseren Fragen beschäftigen.

Ich würde gern noch mal auf den Punkt, der hier auch schon gemacht wurde, zurückkommen, nämlich die Frage von Beteiligung und Selbstorganisation der Kinder in der Jugendhilfe und auch – das war, glaube ich, ein Punkt von Ihnen gewesen, Herr Göz – und mich würde aber auch interessieren, Herr Baer, inwieweit und in welcher Form in den Jugendämtern die Kinder beteiligt werden bei den konkreten Hilfeplangesprächen und bei der Auswahl von Maßnahmen und diesen ganzen Fragen.

Dann würde mich interessieren, Sie haben ja viel – geht auch an Herrn Baer – über die Personalbemessung gesprochen, und da habe ich verstanden, es ist eine betriebswirtschaftliche Betrachtung, aber wird zum einen angeguckt, ob und wie die ASD unterschiedlich arbeiten, werden Beschäftigte gefragt und wird bei Digitalisierung auch aufs Thema Usability geguckt oder nur ein Endgerät hingestellt. Das würde mich interessieren. Und weil, ich habe so rausgehört, bei den Ursachen, dass wir viel auch über Eltern reden, also die Möglichkeiten von Eltern in unserer Zeit, da würde mich interessieren – ich glaube, das war auch Herr Göz, ich weiß nicht, ob Sie es noch waren, Frau Alheit –, wie Sie also für die Elternarbeit die Wirksamkeit von Vernetzungen und Weiterbildungsangeboten für die Fachkräfte beurteilen, ob das Maßnahmen sind, die tatsächlich auch bei den Kindern dann ganz konkret ankommen. – Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Kern. Ich schaue in die Runde. Bitte, Herr Göz.

Markus Göz: Ich habe den Punkt Selbstbeteiligung angesprochen, was ja auch gesetzlich verankert ist in Paragraf 4 a im SGB VIII und was uns vor große Herausforderungen stellt, was im Prinzip ja dieser Gedanke, dass Partizipation, was ja auch in jedem Bereich sein soll, in der OKJA wurde es sehr stark gemacht, aber auch im stationären, im ambulanten, egal in welchem Bereich, ist ja einheitlich klar, umso mehr Beteiligung, desto mehr Selbstwirksamkeit da ist, desto besser ist eine Hilfe, desto besser können die Menschen auch wachsen.

Und dann gibt es im Bereich von den Careleavern – also die, die Hilfe verlassen –, gibt es schon länger Strukturen, wo es auch Treffen gibt. So genau inhaltlich bin ich da gar nicht drin. Ich weiß nur, dass es diese Treffen gibt und dass dort wir Leute auch immer animieren, aber selbst bei uns jetzt gar nicht so viele daran teilnehmen, aber ich weiß, dass es da Strukturen gibt, die da geschaffen werden, wo junge Menschen, die die Hilfe verlassen, also die HzE-Hilfe, selbst gucken, wie können sie sich selbst organisieren und wo sind eigentlich ihre strukturellen Probleme, um zu gucken, wie können wir in Wohnungen kommen, wie können wir unser weiteres Leben dann ohne Hilfen zur Erziehung trotzdem erfolgreich weiterlaufen lassen.

Bei der Selbstbeteiligung bei uns geht es ganz stark bei den Wohngruppen, das ist so das Klassische. Und da ist aber Selbstbeteiligung und Partizipation noch eine kleine Differenz, also wo gesagt wird, na ja, klar, es gibt einen Gruppenabend und da könnt ihr teilnehmen und ist auch ganz wichtig und da könnt ihr auch Wünsche äußern und so. Das ist erst mal der eine Punkt, also Beteiligung, wie kann man beteiligen, wie können Einrichtungen ausgestaltet werden, wo kann es ein Mitspracherecht geben, können Kinder möglichst frühzeitig die Schlüssel bekommen, wo auch eine Eigenverantwortlichkeit schon früh gefördert wird.

Und da gibt es einen Punkt Selbstbeteiligung und da geht es darum, eigene Strukturen zu erarbeiten und da sind wir gerade dran zu gucken, wie kann so was passieren und wie können wir da Strukturen schaffen, die wirklich nachhaltig sind und wo man die jungen Menschen, die in Wohngruppen sind, die zu animieren und zu sagen, wo können wir unterstützen, dass ihr eure Rechte selbst auch wahrnehmt. Das ist ein Prozess, der ist nicht so einfach da, sondern das ist ein mühsamer Prozess, und es funktioniert manchmal besser, manchmal weniger. Da gibt es auch von der Stadt Hamburg – Birte Wenke ist da, also das ist auch in der Diakonie angegliedert – eine Person, die das schon seit ganz

Langem macht. Die kommt auch in Wohngruppen und unterstützt dabei auch, um zu gucken, wie kann so was eigentlich funktionieren und wie kann man so was aufbauen.

Das ist ein ganz spannender Prozess und, wie gesagt, es ist immer so up and down und wir sind jetzt dabei, in den Qualitätszirkel stationär zu gucken, wie können wir dort Best-Practice-Beispiele vorstellen und wo ich sagen will, es gibt tatsächlich wirklich schon schöne Sachen und woanders passiert gar nichts. Das hat auch oft mit Gruppenkonstellationen zu tun. Das hat mit ganz vielen Gründen zu tun. Das hat mit der Sensibilität der jeweiligen Pädagog:innen auch zu tun. Also es sind mehrere Faktoren, aber ich denke mal, auf die Dauer ist es ein ganz, ganz wichtiger Punkt und weil Pädagogik dadurch auch wirksamer wird, aber da Strukturen zu schaffen, ist ein Prozess, und da sind wir dabei.

Vorsitzende: Danke schön. Frau Post-Martens, bitte.

Anja Post-Martens: Ja, vielen Dank für dieses Thema. Tatsächlich, finde ich, ist es dringend nötig, über Beteiligung, Selbstorganisation und Selbstvertretung, Interessenvertretung insbesondere auch junger Menschen zu sprechen. Wir tun das in dieser Stadt relativ viel. Das möchte ich einmal deutlich sagen.

Es hat im Landesjugendhilfeausschuss verschiedene Initiativen gegeben und auch Beschlüsse. Beispielsweise haben wir fürs letzte Jahr einen sehr geringen Betrag – ich glaube, es waren ungefähr 500 000 Euro – dafür gefordert, dass der Paragraf 4 a zumindest ansatzweise umgesetzt werden kann. Viele Fachkräfte haben intensiv gemeinsam mit Kolleg:innen und Fachreferentinnen aus der Behörde Konzepte entwickelt, sich damit auseinandergesetzt, was sind überhaupt Selbstorganisationen, welche wollen wir da ansprechen, wie schätzen wir die eigentlich ein, was ist Interessenvertretung in den Trägern, was ist Beteiligung junger Menschen in den Gremien dieser Stadt der Kinder- und Jugendhilfe, was ja auch umgesetzt werden soll.

Viel Zeit haben wir da investiert, und irgendjemand hat es vorhin gesagt, fachlich sind wir uns einig und dann hapert es irgendwie an der Umsetzung. Es waren nicht mal diese 500 000 Euro übrig. Ich glaube, ungefähr so viel kostet jetzt die Übertragung der Öffentlich-Rechtlichen für die Silvester-Sause. Die waren aber nicht da, weshalb es jetzt zum Beispiel so ist, dass ein selbstorganisierter Träger, der sich auch im Landesjugendhilfeausschuss und im bezirklichen Jugendhilfeausschuss in Altona vorgestellt hat, Basement, kämpfen musste, über ein Jahr. Das sind junge Menschen, die ein offenes Angebot der Kinder- und Jugendarbeit anbieten, in Eigen- und Selbstorganisation, unfassbar sich die Füße wund rennen mussten und nun wieder aus irgendwelchen Geldern, die in irgendwelchen Sondertöpfen gefunden wurden, irgendwie vielleicht wenigstens ihre Miete finanziert bekommen, und das ist eine Katastrophe.

Wenn man wirklich will, dass junge Menschen sich beteiligen und sich selbst organisieren, dann muss man dafür Strukturen schaffen und dann muss man dafür Erwachsene zur Verfügung stellen, die ihre Expertise nutzen und anfordern lassen, die also nicht sagen, was zu tun ist, sondern die tätig werden, wenn ihre Hilfe gebraucht wird. Das, finde ich, ist wirklich wichtig. Es sind junge Menschen in den Ausschüssen gewesen, haben dort ihre Positionen vorgetragen. Unter anderem gibt es ein Jugendparlament geflüchteter junger Menschen, die unfassbar aktiv, die sitzen heute auch hier, dabei sind zu sagen, dass Kinderrechte selbstverständlich auch für sie gelten, durch alle Gremien dieser Stadt ziehen und jetzt, gerade aktuell, auch wieder betroffen sind von den angekündigten Kürzungen. Also wenn man es denn will, dass junge Menschen sich beteiligen in dieser Stadt, und wir sollten das dringend wollen, weil, wenn sie es nicht tun, dann werden sie uns sonst auf andere Weise irgendwann ihre Meinung sagen, und das haben wir dann zu verantworten. Wenn wir das wollen, müssen wir dafür Gelder zur Verfügung stellen. Im Paragraf 4 a steht ganz klar, die Stadt ist verpflichtet zu fördern. Auch das sollte man vielleicht angucken, gesetzliche Verpflichtungen sollte eine reiche Stadt wie Hamburg einhalten, insbesondere wenn es um Kinder- und Jugendhilfe geht.

Zur Frage der Selbstorganisation möchte ich einmal sagen, dass viele Träger, wirklich viele Träger mittlerweile eine hohe Bereitschaft haben, auch Interessenvertretungsstrukturen in ihren Angeboten zur Verfügung zu stellen. Auch hier braucht man Personal und Unterstützung und Zeit. Das tut sich nicht einfach so. Es ist ein Riesenaufwand, tatsächlich irgendwie jungen Menschen zu ermöglichen, dass sie sich miteinander austauschen können. Es gibt eine ganze Menge Initiative in dieser Stadt hier. Wir müssen aber bereit sein, das zu tun.

Und dann möchte ich noch eine Sache sagen. In all diesen Gremien sitzen auch erwachsene Fachkräfte. Auch die beteiligen sich daran, dass die Jugendhilfe, die Strukturen und Personalsachen in dieser Stadt sich positiv weiterentwickeln. Und ich kann Ihnen sagen, viele dieser Erwachsenen sagen – und das sind auch die Ihrer Parteien – in diesen Gremien, ich mache mir große Sorgen, dass junge Menschen hierherkommen, weil wir ihnen nichts versprechen können. Wir sorgen doch dann nur dafür, dass Politikverdrossenheit entsteht. Ja, aber die entsteht auch bei den Fachkräften. Das möchte ich einmal deutlich sagen. Ich weiß nicht, wie viel Zeit und Engagement wir in den Gremien dieser Stadt verbringen gemeinsam mit Ihnen, mit ehrenamtlichen Politiker:innen, aber auch mit Kolleg:innen aus den Bezirken und aus der Behörde, und gemeinsam darum ringen, kluge und sinnvolle Entwicklungen und Beschlüsse zu fassen. Dann tun wir das und werden einfach ignoriert.

Also wir haben deutlich Luft nach oben in Bezug auf Beteiligung in dieser Stadt.

(Beifall)

Vorsitzende: Danke schön. Bitte denken Sie daran, das Klatschen ist verboten. Vielen Dank. Herr Prieß bitte.

Ronald Prieß: Ja, an dieser Stelle in Ergänzung zu dem, was schon gesagt worden ist, ein Beispiel, wo ich denke, dass Hamburg da frühzeitig gut reagiert hat. Ich bin ja Botschafter der Straßenkinder seit 2015 und es gibt in Hamburg seit langer Zeit schon – und da war Hamburg mit weit vorn – ein Büro, das MOMO-Büro hier in Hamburg, und die sind beim Paritätischen angegliedert, sozusagen basis & woge.

Das KIDS kümmert sich sozusagen um die Begleitung des MOMO-Büros auch und dort ist etwas entstanden damals, was sozusagen – wie soll ich das sagen? –, dem entspricht, was die COPSY-Studie da auch sagt, Programme zur Förderung der Selbstwirksamkeit und Residenz. Und zwar ist das so organisiert, dass es drei Stellen gibt, Bundesfreiwilligendienst und eine Teilzeitstelle als Begleitung, und mir liegt ein Sachbericht vor, den haben die Jugendlichen selbst geschrieben. Es sind insgesamt 39 Jugendliche, die ihren sogenannten Dienst dort angetreten haben oder ein Praktikum gemacht haben, und die haben dort eine sehr gute Entwicklung genommen und unter anderem, sag ich jetzt noch mal so, die haben sich immer Jahresprojekte genommen. Die haben in der Theatergruppe mitgearbeitet, die stationären Hilfen sozusagen sich angeguckt, aus ihrer Sicht dort Berichte gemacht. Sie haben aber auch, zwei von ihnen haben sogar mitgeschrieben an dem Eckpunktepapier Wohnungen für Straßenkinder, also an einer Konzeption, die sich an dem Konzept der Werkstatt Solidarität Essen in Nordrhein-Westfalen orientiert, einem großen Träger, der Straßenkinder in Wohnungen erfolgreich gebracht hat. Das heißt, die haben daran direkt mitgeschrieben, gemeinsam mit Kolleg:innen aus den Jugendämtern, gemeinsam mit Kolleg:innen aus verschiedensten Fachbereichen, aus den Hochschulen und natürlich anderen. Das heißt also, da ist eine ganz minimale Struktur gelegt worden und es ist eine hohe Effektivität, hat sich das gezeigt, und die Kids haben einen guten Weg genommen.

Das wollte ich jetzt nur mal als Beispiel nennen, welche Effekte das hat, wenn man denn sozusagen dort nach vorn geht. – Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank. Als Nächstes habe ich Herrn Baer.

Thorsten Baer: Ja, auf die Frage, wie die Jugendlichen in den Jugendämtern eingebunden werden, kann ich Ihnen erst mal nur sagen, dass das beim Hilfeplangespräch passiert, aber da bin ich nicht der richtige Ansprechpartner. Da müssten Sie jemanden aus dem Bereich direkt fragen. Die Usability bei Softwareprodukten, bin ich leider auch nicht der richtige Ansprechpartner. Da habe ich schon mal zwei Fragen ausgeräumt.

Aber zur Personalbemessung. Es sind insgesamt 21 Prozesse. Das macht deutlich, wie komplex die ganze Arbeit ist. Diese Prozesse haben wir in einem System besprochen mit Kolleg:innen, also Sachbearbeitung, Leitungskräften, direkten Leitungskräften, höheren Leitungskräften, wissenschaftliche Begleitung, Qualitätsmanagementkollegen und eben halt auch den Personalrat, der an der Stelle eben halt einzubeziehen ist, und haben die Prozesse dann teilweise auch noch wieder in Teilprozesse aufgeteilt und haben mit den Kollegen besprochen in einer Methodik, wie lange einzelne Schritte in den Prozessen stattfinden, welche Verzweigungen wie oft eingenommen werden, welche Zeiten daraus entstehen, und haben da dann eben halt Mengengerüste entwickelt, die so ein Prozess an Durchlaufzeiten hat. Und das wurde dann hinterher noch mal in einer zweiten Gruppe mit dem Ergebnis aus 2015 verglichen. Ableitungen oder Veränderungen, unterschiedliche Sichtweisen wurden da berücksichtigt, und dieses Verfahren hat sich bewährt und das würden wir auch auf jeden Fall so weiter fortführen.

Vorsitzende: Danke. Ich habe Frau Post-Martens. War das ein, ich bin vom Fach, ich möchte was sagen? Ja? Bitte.

Anja Post-Martens: Ja, wir betreiben ja auch die Ombudsstelle OHA! Verstärker für Kinder- und Jugendrechte in der Kinder- und Jugendhilfe und tatsächlich kann ich dazu viel sagen. Ich sage es aber möglichst kurz.

Also die Frage Jugendämterbeteiligung: Hilfeplangespräche zum einen, muss man sagen, hinsichtlich auch dieser Alarmmeldungen ist leider auch ein Beschluss gewesen, dass nur noch einmal im Jahr Hilfeplangespräche stattfinden. Also wirklich viel Beteiligung kann es da nicht geben. Ein Großteil der Anfragen von Ratsuchenden, die sich in der Ombudsstelle melden, beklagt, nicht beteiligt zu werden. Es geht darum, nicht gesehen zu werden, nicht gehört zu werden und nicht als Expert:innen des eigenen Lebens ernst genommen zu werden.

In Bezug auf die Beteiligung junger Menschen weiß ich, dass tatsächlich von Careleaver:innen, aber auch vom Team Junge Menschen, was in der Ombudsstelle organisiert ist und dort tätig ist, eine ganze Menge auch bundesweit getan wird, um deutlich zu machen, was eigentlich nötig wäre, um echte Beteiligung in Hilfeplangesprächen zu realisieren.

Ich hätte hier jetzt mal eine Liste, was junge Menschen sagen, was ihnen da so passiert und sie nie wieder wissen möchten, zum Beispiel dann so was wie, weißt du eigentlich, was du kostest, fängt an, die Liste aufzuzählen, ich glaube nicht, dass du das wirklich erlebt hast, du bist halt zu komplex, du wirst niemals allein wohnen, ich stelle dir aus Prinzip keine Bescheinigungen für einen Dringlichkeitsschein aus. Also es gibt richtig tolle Sachen und Formate. Diese jungen Menschen machen auch Fortbildungsangebote für Kolleg:innen und ich muss auch einmal sagen, auch in den ASD gibt es eine hohe Bereitschaft, sich damit kritisch auseinanderzusetzen, wie man Beteiligung ermöglichen kann und wie man Beteiligung verhindert.

Da möchte ich jetzt einmal den Bezirk Mitte nennen, weil der tatsächlich jetzt sich auf den Weg gemacht hat, und das Jugendamt entwickelt auch ein Schutzkonzept. Ich war ein wenig erschrocken, dass es in Jugendämtern keine Verpflichtung dazu gibt, Schutzkonzepte zu haben. Nun gut, die tun das und die beteiligen tatsächlich das Team Junge Menschen von der Ombudsstelle von OHA! in ihrem Schutzkonzepte-Prozess, und das ist eine echt tolle Angelegenheit. Wir haben viele Kämpfe kämpfen müssen, unter anderem dafür, dass junge Menschen für ihre Fachexpertise, also ihre

Lebenserfahrungsexpertise, die sie zur Verfügung stellen, auch Gelder bezahlt bekommen, wenn sie sie zur Verfügung stellen, wie alle anderen Fachkräfte auch, aber das gelingt, und das ist toll. Also es findet auch Gutes statt.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen. Als Nächstes habe ich einmal Herrn Göz und dann Herrn Voß.

Markus Göz: Ja, da möchte ich anknüpfen. Im Positiven ist es ja auch wichtig, auch im Bezirk Eimsbüttel und im Bezirk Wandsbek gibt es die Dialogräume, wo sich tatsächlich ASD-Kräfte mit Jugendlichen zusammengesetzt haben, mit jungen Menschen und sie gefragt haben, was sie stört eigentlich, was sie sich wünschen würden. Und da haben sich neue Vorgehensweisen entwickelt, die wir auch in … 78 besprochen haben, und das sind eigentlich ganz gute Ansätze, wo man sagen muss, wo können Hilfeplangespräche stattfinden, wo gibt es auch Stoppstellen, wo man sagt, das geht mir jetzt zu weit, also wo können junge Menschen einfach mit beteiligt werden, und zu sagen, sie sind Subjekt und sie sind der Grund, warum eigentlich das HPG stattgefunden hat oder stattfindet. Also da gibt es schöne Ansätze tatsächlich. Das Problem ist tatsächlich, viele HPGs finden nicht statt. Also es ist ein Grunddilemma so, aber es gibt auf jeden Fall gute Ideen. Wenn die weiter fortgeführt werden würden, wäre das sehr zu begrüßen.

Ein anderer Punkt bei Beteiligung, finde ich, was heute so gar nicht kommt, ist alles, wie gehen wir mit Menschen mit Beeinträchtigungen um, die ganze inklusive Lösung, wie können wir da Menschen auch beteiligen, wenn sie kognitiv eingeschränkt und wie auch immer … Das sind Bereiche, finde ich, das heute gar nicht Thema ist, aber was uns in Zukunft auch beschäftigen wird, wo wir uns als Kinder- und Jugendhilfe auf den Weg machen müssen, wie können wir auch Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen oder anderen Beeinträchtigungen trotzdem partizipativ mitnehmen. Das finde ich auch noch mal einen ganz spannenden Punkt, wo ich denke, da gibt es noch viel Arbeit für uns.

Vorsitzende: Vielen Dank. Als Nächstes hätte ich dann Herrn Voß und dann Frau Alheit.

Olaf Voß: Ich wollte nur ergänzen. Ich war ja nicht gefragt, aber trotzdem ergänzen. Also wir arbeiten auch mit den Careleavern zusammen, dass die eben die Chance haben, den Fachkräften im ASD das mitzugeben, wie die das erleben im Hilfeplanverfahren und was die für Tipps und Hinweise haben für ASD-Fachkräfte. Und ich weiß auch, einfach durch Hörensagen über Kollegen, dass auch der Bezirk Wandsbek solche Veranstaltungen gemacht hat. Das nur als Info dazu.

(Zuruf: In Eimsbüttel!)

Vorsitzende: Danke. Frau Alheit bitte.

Kristin Alheit: Danke schön. Nur tatsächlich ergänzend. Es ist schon viel gesagt. Was ich bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen immer wieder wahrnehme, jetzt auch sozusagen in der Art, wie wir hier sitzen, die Erwartung ist dann, eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fände statt in den Rahmen der Strukturen, die wir so, ich sag jetzt mal, als Erwachsene, oder wie wir hier jetzt drei Stunden in so einer Sitzung sitzen, erleben. Das habe ich in meinen letzten 20 Jahren … das funktioniert nicht besonders gut. Was gut funktioniert, was Herr Göz meinte, dass man so einzelne Dinge hervorhebt und dann eine echte Beteiligungssituation schafft, die aber auch Veränderungen schafft.

Für die anderen Fälle kann ich vielleicht noch ergänzen, der Paritätische hat ja jetzt seit über zehn Jahren die Koordinierungsstelle, wo eben besonders herausfordernde Jugendliche besonders betrachtet werden, und da ist einer der Gelingensmomente tatsächlich, die Jugendlichen, die betroffen sind, ganz anders und mit mehr Zeit mit reinzuholen und dann sozusagen Settings um sie herum zu kreieren, die dann auch verbindlich sind für alle. Das heißt, ich glaube wirklich, auch gerade in schwierigen Fällen ist die Beteiligung, die echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein echter Gelingensmoment. Bei Trägern erlebe ich es so, dass das ein unglaublicher Wunsch ist,

aber ganz häufig die Möglichkeiten dazu fehlen, auch weil die Kontinuität der Betreuung nicht so gegeben ist.

Frau Kern hat ja auch ein bisschen was zu den Eltern gefragt. Ich glaube, das war eher das, was Frau Mayer angesprochen hat. Ich sage aber sehr gern was dazu, weil ich schon auch erlebe, und das hatte ich vorhin ja mal in einem Beitrag gesagt, dass an der Stelle Gesellschaft sich wirklich verändert, weil soziale Strukturen, die lange bestimmte Dinge sozusagen gerahmt haben und aufrechterhalten sind, einfach wegbrechen in der, na ja, für uns gewohnten Form ist ja schon wieder falsch, wie wir sie lange kennengelernt haben … Dadurch ist sozusagen auch die Familie als Moment, die viel abfängt, weggefallen, und Sie stehen jetzt eben da mit dem SGB VIII und wollen das versuchen zu lösen. Das glaube ich nicht, dass das so gut gelingt. Da müssen wir anders drüber nachdenken, auch gerade wenn wir sozialräumliche Strukturen, wenn wir darüber nachdenken und die aufbauen.

Was tatsächlich so ist, das muss man an der Stelle sagen, wo das stattfindet, mit Vernetzung und Eltern mit reinholen, und das ist unglaublich wichtig, ich habe ein ganz konkretes Beispiel auch aus dem Paritätischen. Wir haben ja das Projekt A: Aufklaren Kinder psychisch kranker Eltern. Das heißt, wir wissen, dass es umgekehrt natürlich unglaublich was auslöst, wenn die Eltern klar nicht funktionieren, wenn wir dann die Kinder rechtzeitig abholen. Und natürlich ist es andersrum auch so, wenn wir die Eltern stabilisieren, in eine gute soziale Struktur führen, dass sie auch bessere Erziehungsarbeit leisten. Jetzt muss man ehrlicherweise sagen, das sind genau die räumlichen, sozialräumlichen Strukturen, die eben Geld kosten und wo die Wirkung nicht 1:1 nachgewiesen ist, und von daher überlegen Sie sich, was Ihnen wichtig ist.

Vorsitzende: Vielen Dank. Da ich keine weiteren Wortbeitragswünsche Ihrerseits sehe, wäre dann als Nächstes Frau Sudmann für die Linksfraktion.

Abg. Heike Sudmann: Vielen Dank und vielen Dank auch erst mal an Sie als Sachverständige, nicht nur für die Inhalte, auch weil Sie meine Bewunderung haben, wie Sie mit dem Mangel seit Jahrzehnten umgehen. Das muss ich wirklich sagen, auch wie ruhig Sie das hier vortragen und nicht auf den Barrikaden stehen.

Herr Berk hat ja zu Anfang dargestellt, was aus seiner Sicht alles gut läuft und wie viel Geld der Senat gibt. Meine Kollegin Frau Boeddinghaus hat zehn Jahre lang in der Bürgerschaft immer wieder darauf hingewiesen, was alles fehlt und was schlecht läuft, und das war genau das Thema Geld und Personal. Und ich weiß gar nicht, wie viele Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, es gedauert hat, bis mal irgendwann die Tarifsteigerung weitergegeben wurde und Sie nicht aus Ihrem Budget die Tarifsteigerung bezahlen mussten beziehungsweise dann einfach die Personalstellen quasi kürzen mussten. Ich weiß nicht, was alles an Infrastruktur die ganzen Jahre immer nicht gemacht wurde. Ich kann es gar nicht alles aufzählen.

Was ich aber weiß, ich war im Februar '25 auf der ver.di-Stadtversammlung, und dort gab es wirklich bewegende Beiträge von Mitarbeiter:innen vom ASD, von Mitarbeiter:innen von den Trägern und die wirklich auf die aus ihrer Sicht kaum ertragbare Situation hingewiesen haben und die auch wieder deutlich gemacht haben, wie – wie soll ich sagen? – anfällig, wie erpressbar Menschen sind, die in der sozialen Arbeit tätig sind, die einfach bis zum Anschlag alles mitmachen und denken, ja, wir müssen aber, wir können doch nicht auch noch gehen. Sie haben es mit der Nachtwache beschrieben, oder wenn jemand krank ist, dann bleibe ich eben da. Und das hat mich wirklich sehr bewegt und ich habe da leider auch gelernt, Herr Baer, dass dieses Programm (…), das Programm neu beim ASD, eher auch so gesagt wird, noch beim ASD, weil, dort wurde mir geschildert, neu beim ASD, ich mache diese Ausbildung sozusagen, dann bin ich eine anerkannte Fachkraft und dann bin ich ruckzuck weg, weil gerade auch beim ASD die Verantwortung so irre hoch ist.

Ich habe in den letzten Jahrzehnten ja leider, wie Sie alle, die verschiedenen Todesfälle miterleben müssen und ich weiß, wie die Kolleg:innen im ASD belastet waren, weil sie noch mehr aufschreiben mussten und sich alle absichern mussten und die Kolleg:innen

dann aber die Verantwortung tragen, wenn was schief geht und nicht die, die die Gelder dafür nicht geben. Deswegen kann ich nur sagen, dass die Wertschätzung sich nicht durch ein Dankeschön oder durch irgendwie warme Worte ausdrückt, sondern wirklich dadurch, dass sie eine bedarfsgerechte Ausstattung bekommen.

Und der Umgang mit dem Personal, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich muss das wirklich mal deutlich machen –, wir reden hier über Menschen, die im November, Dezember nicht wissen, ob sie im Januar weiterarbeiten. Und vielleicht können Sie es besser nachvollziehen, wenn Sie mal daran denken, wie immer die Aufregung ist kurz vor der nächsten Bürgerschaftswahl. Dann sagen wir Abgeordnete, oh, ich weiß gar nicht, ob ich wieder gewählt werde, was passiert dann. Da sind Sie auch schon alle in größter Not. Aber wenn Sie nicht wieder reinkommen sollten in die Bürgerschaft, gehen Sie zurück in Ihren alten Beruf oder machen irgendwas anderes, aber es stehen nicht auf einmal auch Kinder, Jugendliche da, die nicht mehr betreut werden. Und das muss Ihnen, glaube ich, wirklich mal klar werden, was das für eine Belastung ist. Also ich möchte nicht wissen, wenn ich mit einer hohen Verantwortung den Job ausübe und dann weg bin, weil, Sie gehen als Person weg, aber die Kinder, die Jugendlichen, die Familien bleiben ja alle da. Also insofern muss wirklich viel passieren.

So viel zur Vorrede. Ich bin ja heute nur die Vertretung der Vertretung, aber ich muss sagen, einige Sachen kann ich gar nicht verstehen. Das müssen Sie mir noch mal erläutern. Ich habe jetzt von Frau Post-Martens gehört, dass 15 Prozent der Gesamtaufwendungen für Kinder und Jugendhilfe eigentlich in die Jugendarbeit gehen müssten, das sei vorgeschrieben, dass es in Hamburg aber nur 2 Prozent sind. Frau Alheit sagte, ich glaube, als Erwiderung auf Herrn Berk, nein, es ist kein politischer Spielraum, die Entscheidung, es ist eine Gesetzeslage. Können Sie mir sagen, wieso der Senat sich darüber hinwegsetzen kann? Also ich verstehe es gerade nicht, weil, wenn es dann gesetzlich festgeschrieben ist, sind Sie zu leise, haben Sie keine Lobby im Senat oder … Das verstehe ich nicht. Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage: Ich habe jetzt es so verstanden, wenn wirklich mehr Geld in OKJA, in Familienförderung, in aufsuchende Arbeit gesteckt wird, brauchen wir wahrscheinlich weniger Geld für Hilfen zur Erziehung, also für die individuellen Probleme, die dann wieder aufgefangen werden. Können Sie noch mal deutlich machen, was mit weiteren Kürzungen, die jetzt ja auch schon anstehen, was mit weiteren Kürzungen passiert? Also was passiert, wenn Sie noch weniger Geld haben für OKJA, für Familienförderung, für aufsuchende Arbeit, für alles? Sie kennen Ihre Arbeit besser. Was passiert dann eigentlich? Was heißt das? Was heißt das auch, es ist ja schon teilweise angeklungen, für die Gesellschaft, für die Jugend? Also ich höre immer jetzt im Rahmen von Olympia, wir wollen die beste Jugend schaffen und sonst was, aber da geht doch was echt den Bach runter.

Und meine dritte Frage: Ich habe ja gestern auch die Pressemitteilung gesehen zu den 30 zusätzlichen Stellen beim ASD, habe zuerst gedacht, wow, so eine Anhörung bewirkt ja auf einmal Wunder, habe aber auch … die Fragen werden ja noch sicherlich gestellt werden, wenn der Senat angehört wird: Wie viel Stellen sind eigentlich besetzt, wie viel Stellen sind seit ewigen Zeiten unbesetzt? Das kommt ja alles noch. Aber in dieser Pressemitteilung stehen auch so schöne Sachen drin, zum Beispiel von der Staatsrätin: "Mit diesen Maßnahmen setzt die Stadt ein deutliches Zeichen für eine moderne, engagierte und wirksame Jugendhilfe."

Ich habe verstanden aus Ihren Vorträgen, dass fast die Hälfte der OKJA-Einrichtungen mit weniger als zwei Vollzeitäquivalenten, also zwei Vollzeitpersonen, arbeiten, dass die Nachtwachen irgendwie schlecht besetzt sind beziehungsweise das gar nicht als vollständige Arbeit zählt. Deswegen würde ich gern von Ihnen wissen, von Ihnen allen, die in den Bereichen tätig sind, also einmal, wie hoch schätzen Sie den Personalbedarf ein? Und dann aber auch wirklich: Was brauchen Sie, jetzt zitiere ich noch mal: "Was brauchen Sie an Ausstattung, personell und auch Infrastruktur, auch baulich, – Sie sprachen von

Inklusion –, was brauchen Sie für eine moderne, engagierte und wirksame Jugendhilfe?" – Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank. Da mir eine unserer Expertinnen mitgeteilt hat, dass sie um 17 Uhr pünktlich gehen muss, würde ich Sie an dieser Stelle fragen, ob Sie … Ich sehe noch ein Nicken. Frau Post-Martens, müssen Sie auch …

(Zuruf)

Okay. Deswegen einmal die Frage, ob Sie zuerst starten möchten mit Blick auf die Uhr.

Kristin Alheit: Wenn Sie mich meinen, genau, ich muss der Fairness halber sagen, Der Paritätische hat „Hand in Hand“ im Moment, und heute Abend ist die Benefizgala. Da muss ich hin. Ich muss durch den Freitagverkehr. Deswegen also, ich will hier nicht gehen. Ich sage gern was dazu, auch wenn ich relativ sicher bin, dass Frau Sudmann nicht ganz glücklich ist, wenn ich geantwortet habe, weil ich ihr das nicht so ganz umfänglich beantworten kann.

Aber … Also, es ist eine gesetzliche Aufgabe und natürlich muss sie im Einzelnen aber jeweils geeint werden. Aber das Beispiel der Nachtwachen ist eigentlich ein ganz schönes, weil, da haben wir tatsächlich auf fachlicher Ebene, soweit ich die fachlich Beteiligten richtig im Blick habe, geeint, dass die Nachtwache unbezahlt nicht weiter geht. So. Es ist trotzdem kein Geld da. Und ich kann Ihnen sagen, das hat mich tatsächlich – ich habe ja auch mal auf einer anderen Seite gesessen – an der Seitenwechselgeschichte schon sehr verwundert, dass ich wahrnehme, dass die Träger im Feld … Angst ist jetzt nicht das richtige Wort, aber die Abhängigkeit von denen, die ihnen Sachen zuweisen, die ist eindeutig. Das heißt, meine Verbandsaufgabe ist an der Stelle tatsächlich auch dann, etwas lauter zu sein, aber gleichzeitig müssen wir ja die Dinge auch gut ausverhandeln. Das ist nicht ganz trivial. Aber die politische Welt ist, wie sie ist. Aber an der Stelle müssen eben fachliche Dinge geeint werden und dann muss das Geld politisch zur Verfügung gestellt werden. Und das passiert an manchen Stellen meiner Ansicht nach auch rechtlich unzulässig nicht.

Und Sie können sich jetzt fragen, warum da jetzt noch keiner geklagt hat, zum Beispiel. Das … Genau. Und natürlich ist klar, der stationäre Bereich und der ambulante Bereich sind da etwas unterschiedlich ausgestattet. Der ambulante Bereich ist natürlich viel flexibler in der Ausgestaltung und da muss man eben sozusagen tatsächlich auch politische Entscheidungen treffen, auch auf Situationen eingehen, und nicht alles, was wünschenswert wäre, ist plötzlich gesetzlich vorgeschrieben. Das ist auch ganz klar. Und deswegen ist es da sozusagen … gibt es da andere Spielräume durchaus. Aber, Frau Post-Martens hat es ja auch schon gesagt, es gibt durchaus sozusagen ganz klare Regelungen, die im Moment hier an der Stelle nicht eingehalten werden. Das ist richtig.

Vorsitzende: Danke. Wer möchte als Nächstes? Herr Göz.

Markus Göz: Bei uns geht es ganz stark um den stationären Bereich. Also ich glaube, wenn die Strukturen, wenn die Rahmenvereinbarungen im stationären Bereich sich nicht verändern, glaube ich, ist … das Arbeitsfeld steht auf der Kippe. Das glaube ich schon tatsächlich. Also ich denke, da braucht es eine deutliche Verbesserung des … Das ist auch fachlich klar. Das sagen auch … das sagt auch die Behörde, das sagt auch … das sagen die. Es passiert aber nichts. Es scheitert irgendwo, keine Ahnung, Finanzbehörde, wie auch immer, zu sagen, geht nicht. Und ich glaube, es ist … auf die Dauer ist das fatal, glaube ich. Und da ist es so, dass es also Leistungsvereinbarungen gibt für Kinder von sechs bis 18, die sind komplett identisch. Aber ein sechs- oder achtjähriges Kind braucht was anderes als ein 16-jähriges Kind. Es braucht einfach mehr Betreuung, morgens, abends, ins Bett gehen und so weiter und so fort. Da wird aber gar keine Rücksicht drauf genommen. Das heißt, wenn ich Wohngruppen aufmachen muss, muss ich immer Einzelvereinbarungen machen. Das klappt auch oft. Aber das ist nicht der Weg, glaube ich. Der Weg müsste sein, es muss strukturell so sein, dass egal ist, dass es klar ist, die

Bedingungen sind so, dass es wirklich gut funktionieren kann, und da nicht unter Vorbehalt der Finanzlage oder wie auch immer. Ich glaube, die Folgekosten werden höher sein, und ich denke, da ist ein extremer Handlungsbedarf da, und da bewegt sich, glaube ich, gerade recht wenig.

Und es ist bei uns im Bereich jetzt gerade das absolut Vordringlichste. Also da ist zum Beispiel: Nachtdienste fangen dann um 10 Uhr an, dann ist es im Prinzip nicht mehr refinanziert. Aber die sind nicht um 10 Uhr im Bett, die Kinder oder Jugendlichen. Das heißt irgendwie, dann gibt es nur noch 25 Prozent und so. Das ist aber nicht realitätsnah, das funktioniert nicht. Es gibt ab 18-Jährige … es gibt einen abgesenkten Satz. Die brauchen aber … im Prinzip irgendwie so ist es unlogisch, irgendwie zu sagen, ob jetzt jemand 17-einhalb ist oder 19, dann braucht er weniger Betreuung, weil, er ist ja schon so selbstständig, weil, dann müsste er nicht mehr in einer 34er-Einrichtung sein. Dann wäre es sinnvoll, in trägereigenen Wohnraum zu gehen, wie auch immer. Aber wenn er einen Rund-um-die-Uhr-Platz braucht, dann müssen die Bedingungen auch vorhanden sein. Und da, finde ich, da müsste sich noch was bewegen. Und es ist, glaube ich, die Folgekosten werden höher sein, glaube ich, wenn man da nicht jetzt rechtzeitig reagiert.

Und die auswärtige Unterbringung ist auch kein Schlüssel. Also das hat mit der sozialräumlichen Unterbringung nichts zu tun. Und in den anderen Bundesländern wird es auch problematischer, die kriegen auch keine Fachkräfte mehr. Also, es ist nicht nur in Hamburg schwierig, es ist auch drum rum, wo das früher oft so war, dass es besser war, die haben auch Probleme. Also da, das ist so, von unserem Bereich, würde ich mal sagen, spreche ich, glaube ich, für uns beide, dass es … dass da dringender Handlungsbedarf ist.

Vorsitzende: Frau Mayer.

Andrea Mayer: Ich schließe mich da gleich an, auch mit dem HzE-Bereich natürlich, und wir haben so vier Forderungen, die betreffen tatsächlich alles. Die betreffen die Fachkräftegewinnung, die Ausbildung und die Betreuung der Kinder und Jugendlichen, und da ist der eine Punkt die Doppelbesetzung der Dienste. Wir haben Kollegen, die bewerben sich bei uns und die drehen direkt auf der Hacke um, wenn sie sagen, wie, ich soll allein arbeiten, 24 Stunden mit acht Kindern und Jugendlichen, noch mal das Alter, von null bis 21, und wenn wir diese Wohngruppen … Also in der Regel bis 21, können sie durch sein …

Markus Göz: Also unter sechs ist ja meistens, dass es Lebensgemeinschaften sind.

Andrea Mayer: Wir haben es ab null. Wir haben Leistungsvereinbarungen null bis 21. Dass wir nulljährige Kinder aufnehmen, kommt nicht vor, weil, es geht gar nicht, weil wir es gar nicht … Das (…) … unmöglich. Und auch fünfjährige Kinder, acht fünfjährige Kinder in einem Haus mit einer Fachkraft, die in der Musterleistungsvereinbarung … Wir haben Tagdienste, da sind dann mal stündlich Kolleg:innen im Doppeldienst, was aber bedeutet, da ist mal ein Arztbesuch, da ist mal ein Elterngespräch, das soll ja da sein, da ist mal ein Einzelgespräch mit den Kindern, das war es. Das funktioniert nicht. Und dann sollen ja möglichst, das ist in Hamburg, und da sind wir auch Vorreiter gewesen, leider nicht mehr ganz so, eigentlich sollen es Regelangebote sein, die im Sozialraum verteilt sind. Das heißt, jede Wohngruppe sollte eigentlich bei jedem Kind aus dem Sozialraum, was angefragt wird, sagen können, ja, prüfen wir, gucken wir uns an, kriegen wir irgendwie hin. Passiert nicht, können wir gar nicht machen. Weil, dann ist das fünfjährige Kind mit dem 16-jährigen Kind … funktioniert nicht. Es könnte funktionieren, und das sagen uns die Fachkräfte und auch Careleaverinnen, die da auch zu sprechen, und Kinder, eine Doppelbesetzung 24/7, zwei Kolleg:innen, durchfinanzierte Nachtbereitschaften. Das sind keine Nachtwachen, ich bin auch kein großer Fan von Wache, weil das so ein bisschen Geschmäckle hat, das sind einfach unsere Pädagog:innen, die vor Ort sind. Wir haben einige Einzelvereinbarungen, da beginnen die Nächte um 24 Uhr. Das ist so ein bisschen was, wo man sagen kann, das ist an die Realität angepasst. Unsere Kinder sind … also die Kinder ja, aber die Jugendlichen sind nicht um 22 Uhr im Bett.

Die meisten Wohngruppen sind mit dem abgesenkten Schlüssel. Ab 18 kriegen sie keine Betreuung. Das heißt praktisch, dass wir aus diesem 24-Stunden-Dienst Kollegen, sobald die Kinder 18 werden, mit Tag des Volljährigwerdens, müssen wir Kolleg:innen abziehen aus dem Dienst. Das funktioniert nicht, weil wir gar nicht die 24 Stunden abdecken können. Wir hätten Zeiten, wo die Kinder nicht betreut sind, weil ein junger Volljähriger im Haus lebt.

Und dann ist ein ganz großer, ganz wichtiger Punkt: Wir brauchen einen erhöhten Leitungsschlüssel, weil wir immer mehr Teilzeitkräfte haben. Die Systeme sind darauf gebaut, dass wir pro acht Kinder circa vier Vollzeitstellen haben. Diese Kolleg:innen kriegen wir nicht mehr. Wir haben acht Teilzeitkolleg:innen, davon dual Studierende, Berufsanfänger:innen, die geben sich einmal am Tag die Klinke in die Hand. Das geht ohne Leitungskraft nicht, die das koordiniert, und diese Leitungsschlüssel sind wirklich ganz, ganz gering, die müssen angehoben werden.

Vorsitzende: Ich sehe vor allem auch noch die Frage, wie hoch der Personalbedarf ist, als ungeklärt. Möchte dazu oder zu einer der anderen Fragen noch jemand etwas sagen? Ansonsten würden wir weitergehen. Das ist nicht der Fall. Dann … Ja, bitte.

Anja Post-Martens: Ich möchte zu allen Fragen was sagen, selbstverständlich.

Vorsitzende: Bitte, bitte.

Anja Post-Martens: Ich fange mal an mit dem Personal. Es ging ja vor allen Dingen auch um Wertschätzung und Umgang mit Personal, aber auch eben damit, dass fast die Hälfte weniger als zwei Vollzeitäquivalente zur Verfügung stehen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Das ist … tatsächlich sind leider nur noch 249 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, der Offenen, in Hamburg, davon sind 123 mit weniger als zwei Vollzeitstellen. Und diese eine Person, das habe ich vorhin berichtet, ist dann tatsächlich auch die sogenannte Leitung, die Verwaltungskraft und alles andere, was man sich so vorstellen kann, was es sonst noch gibt.

Tatsächlich haben wir glücklicherweise mit Gunda Voigts eine Kollegin aus der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, aus der HAW, die auch zu unserem Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit forscht und sehr deutlich herausgefunden hat Strategien gegen den Fachkräftemangel in unserem Arbeitsfeld. An erster Stelle werden da von den Kolleg:innen genannt mit 93 Prozent, Stellenwert der OKJA gesellschaftlich deutlich machen und wertschätzen. Der zweite Punkt ist Verbesserung der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, zum Beispiel Arbeitszeiten, Bezahlung, Befristung und Teams. Also es gibt Kenntnisse, die durchaus umgesetzt werden könnten. Ich muss aber auch sagen, ich vertrete ja hier mit den Rahmenzuweisungsarbeitsfeldern tatsächlich die marginalisierten Arbeitsfelder. Und Herr Baer, was wären wir glücklich, wenn wir mit Ihnen gemeinsam mal, und meinetwegen auch auf rein technischer Methodik, feststellen würden, was der Personalbedarf in unseren Einrichtungen eigentlich wäre.

Ich habe heute die neue Schutzkonzeptevorstellung, die ist toll, die ist auch super erarbeitet, haben wir uns auch daran beteiligt, haben wir mit dem Bezirk Eimsbüttel einen riesen Fachtag gemacht, alle Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit waren beteiligt, auch mit Behörde, es war super. Aber tatsächlich, wie soll denn das, was dort gefasst ist, umgesetzt werden, wenn ich als Einzelperson in einem zweistöckigen Haus mit 60 Kindern allein bin? Das ist einfach unmöglich und das muss uns klar sein und das gehört zur Wertschätzung in Bezug auf das Personal dazu.

Der zweite Punkt: der gesetzliche Bedarf. Jetzt kann ich auch meine Paragrafen zitieren, das steht nämlich wirklich alles im Gesetz. Also dass es einen angemessenen Anteil an der Kinder- und Jugendhilfe … der Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe geben muss, das steht im Paragraf 79 SGB VIII. Dass es 15 Prozent mindestens sein sollte, ist eine Empfehlung des 11. Kinder- und Jugendberichts. Das hat

die Bundesregierung gemeinsam mit Fachexpertise und wahrscheinlich in diversen Anhörungsverfahren mit Expert:innen erarbeitet. Da stand, mindestens 15 Prozent.

In Sachsen geht es gerade ordentlich zur Sache, da wird massiv gegen Kürzungen gekämpft in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die halten es für eine riesige Katastrophe, dass der Prozentanteil unter 4 Prozent seit Jahrzehnten das erste Mal fällt. Das ist der Vergleich.

Dann steht ganz eindeutig auch im SGB VIII im Paragraf 3: "Leistungen der Jugendhilfe werden von Trägern der freien und der öffentlichen Jugendhilfe erbracht. Leistungsverpflichtungen, die durch dieses Buch begründet werden, richten sich an die Träger der öffentlichen Jugendhilfe." Und dann steht beispielsweise in Paragraf 11: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.“

Und nun gibt es die piffelige Differenzierung, dass zum Beispiel eine Hilfe zur Erziehung, also jede Einzelfallhilfe, auch direkt als Einzelfall eingeklagt werden kann. Es gibt aber auch die sehr klare gesetzliche Ansage, dass die offenen Angebote ganz sicher nicht die freiwilligen Leistungen in der Kinder- und Jugendhilfe sind. Wir sind auch nicht die Vorfeldleistungen, wir sind auch nicht irgendwelche Präventivleistungen, ganz im Gegenteil. Wir sind diejenigen ganz vorn im Gesetz, die ganz entscheidend nach Paragraf 1 der Zielsetzung kommen, die nämlich ganz wesentlich die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen explizit in den Blick nehmen.

Und da möchte ich noch mal was zur Freiwilligkeit vorhin … also nein, ich möchte was zur Wirkung und zur Beteiligung sagen. Unser großer Vorteil ist nämlich, das ist freiwillig. Zur Freiwilligkeit gehört, wenn ich keinen Bock habe, kann ich gehen. Wir müssen also das tun, was junge Menschen interessiert, damit sie kommen. Sonst sind unsere Häuser leer. Und das hat auch viel damit zu tun, dass wir beteiligen und dass etwas freiwillig stattfindet. Und das ist keine irgendwie freiwillige Leistung. Da gibt es sehr deutlich klare Ansagen, das sind sogenannte Pflicht- beziehungsweise Regel-Muss-Leistungen, und sie könnten prinzipiell auch eingeklagt werden. Und ich kann Ihnen sagen, wenn immer weiter vollständig ignoriert wird, wir haben jetzt einen Beschluss der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, wo Fachkolleg:innen aus den Bezirken, Behörde und freie Träger gemeinsam sitzen, aus 2018 gefunden, wo schon vor der jetzigen Situation gewarnt wird. Es werden aus allen Bezirken dauerhaft Beschlüsse gefasst, dass der Bedarf nicht gedeckt ist und dass es Mehrbedarf gibt. Und das wird wissentlich und sehentlich bewusst gemacht und trotzdem gebrochen. Und dann muss man doch Wege finden, dass man solche Bedarfe auch einklagen muss, und dann müssen wir eben notfalls tatsächlich uns auch rechtlich beraten lassen. Ich fände besser, wenn wir gemeinsam fachlich unsere Überzeugung umsetzen könnten, als wenn wir anfangen müssen, irgendwie gegen diese Stadt zu klagen, weil sie die SGB-VIII-Bedarfe nicht erfüllt. Das finde ich schade. Aber es wird vorbereitet, ich kann das sagen, der Landesjugendhilfeausschuss prüft die eigenen Klagmöglichkeiten. Das sollte zu denken geben.

Dann wollte ich kurz was zu Olympia sagen, weil, das ist wirklich der Knaller. Also ich werde jetzt persönlich als Geschäftsführerin VKJH angeschrieben von, ich hörte, acht neu geschaffenen Personalstellen, um diese …

(Abg. Heike Sudmann: 20 für Olympia.)

20? … 20 neu geschaffenen Personalstellen für die Vorbereitung der Olympiabewerbung, und wir sollen da nämlich alle dufte mitmachen, und dann steht in diesem Anschreiben drin: "Geplant ist, die OKJA als Brücke zu nutzen zu den Familien und jungen Menschen." Wir haben dem Kollegen geschrieben, dass das doch ein bisschen ein Hohn in der aktuellen Situation und auch ganz prinzipiell für uns ist. Der hat sich dann auch entschuldigt.

Dann die Frage, was passiert eigentlich bei weiteren Kürzungen. Tatsächlich habe ich das gesagt. Also auch so was wie die Inklusion und die Möglichkeit, dass junge Menschen mit Behinderungen unsere Einrichtungen nutzen können, steht im Gesetz. Und das können wir nicht gewährleisten. Also es gibt jetzt, glaube ich, zwei bis fünf oder vielleicht auch sieben Einrichtungen in Hamburg, die tatsächlich wenigstens barrierearm sind. Wir haben jetzt einen Neubau, da gibt es das Billigste an Aufzug, was es gibt, sodass theoretisch auch ein junger Mensch mit Rollstuhl in den zweiten Stock ins Kinderbüro fahren könnte. Tatsächlich gibt es aber keine Pflegewartung dieses Aufzugs und es gibt auch keinen Warnknopf, weshalb er eigentlich irgendwie auch nicht so richtig genutzt werden kann. Es gibt den Anspruch und das Recht junger Menschen, dass wir diskriminierungs- und nachkritisch darauf achten, dass tatsächlich Barrieren abgebaut werden. Und in dieser Situation sind wir nicht, dass wir das umsetzen und tun können, und in diese Situation sollten wir uns versetzen.

Und auch das möchte ich einmal deutlich sagen: Alle unsere Einrichtungen, insbesondere die OKJA-Einrichtungen, werden insbesondere von der rechtsextremen AfD sehr offensiv angegriffen, sowohl, wenn es um ihre sogenannte Pseudoneutralität geht, als auch, wenn es um die Finanzierung geht. Es ist aber auch bundesweit so, dass systematisch geguckt wird, dass von Rechtsextremist:innen junge Menschen tatsächlich auch in … populistisch davon überzeugt werden sollen, dass es richtig ist, sich zu erheben und besser zu finden als andere Menschen oder Menschengruppen. Es gibt massiv rassistische Diskriminierung, wo junge Menschen davon berichten, dass sie, wenn sie sich hier äußern, übelst, übelst rassistisch beleidigt werden und sich deshalb nicht mehr trauen, sich zu beteiligen. Und wir sollten das bedenken. Es gibt jetzt zwei Bezirke, wo die meisten OKJA-Einrichtungen geschlossen sind, das sind die mit der höchsten AfD-Wähler:innenschaft unter 25. Das ist mit Sicherheit noch keine empirische Erhebung, wäre aber schön, wenn die Stadt auch da ein Auge drauf hätte. Und ich möchte sehr deutlich sagen, dass wir uns da gemeinschaftlich drum kümmern sollten, dass wir da rechtzeitig etwas gegen unternehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Post-Martens.

Sehen Sie, mir ist daran gelegen, dass wir hier heute alle eine tolle Sitzung haben und einander zuhören. Dafür ist aber auch wichtig, dass wir uns an die Regeln halten, die es hier nun mal gibt. Diese Regeln liegen … Die Grundlage dessen ist unsere Geschäftsordnung, und darum darf ich als Vorsitzende nicht müde werden, Ihnen jetzt noch mal mitzuteilen, dass das Klatschen nicht gestattet ist.

Da ich keine weiteren Wortbeiträge sehe, übergebe ich das Wort an den Abgeordneten Herrn Seiler der AfD-Fraktion.

Abg. Eugen Seiler: Vielen Dank. Ja, vielen Dank für die Vorstellung, auch dafür, dass Sie drei Stunden hier mittlerweile sitzen. Ich weise natürlich auf das Schärfste zurück, dass die AfD für irgendwelche Angriffe auf irgendwelche Jugendeinrichtungen verantwortlich ist. Das stimmt einfach nicht. Sie haben gesagt, Sie haben da irgendwie keine Zahlen vorliegen. Ja, es mag sein, dass Sie da irgendwie ein Gefühl (…) was haben, aber wenn Sie dann feste Zahlen haben, dann legen Sie die bitte vor.

Ja, das Geld ist knapp. Es wird in vielen Bereichen sinnlos verbrannt, ohne dass … Also ohne eine Umschichtung bekommen wir keine solide Finanzierung hin. Kerngebiet, die Jugendarbeit ist ein Kernbereich, wir müssen umschichten, ohne eine Umschichtung bekommen wir das nicht hin, dass wir da solide finanzieren. Deutschland hat in den letzten drei beziehungsweise in den letzten Jahren 3 Millionen Einwohner dazubekommen. Die Strukturen sind dementsprechend nicht mitgewachsen. Das betrifft alle Bereiche, auch zum Beispiel Medizin.

Die meisten Fragen sind in der Zwischenzeit von Ihnen schon beantwortet worden. Ich habe jetzt nur zwei konkrete Fragen an den Herrn Prieß, und zwar, es gibt in Hamburg ein Programm, das nennt sich Housing First. Wie bewerten Sie selbst das Programm und spielt das eine Rolle in Ihrer Arbeit mit obdachlosen Jugendlichen? – Vielen Dank.

Ronald Prieß: Ja, das spielt eine Rolle.

Vorsitzende: Herr Prieß.

Ronald Prieß: Und das Housing-First-Programm ist für die Careleaver bestimmt im Wesentlichen, und da sind auch … die Projekte haben angefangen. Wenn es jetzt um das Projekt geht, was ich vorhin angegeben habe, dann geht es um das Projekt Wohnungen für Straßenkinder, und da ist das so, dass wir in Gesprächen mit der Fachbehörde sind seit einem Jahr und versuchen, das gemeinsam umzusetzen. Da ist der Ausgangspunkt das, was ich vorhin schon dargestellt habe, dass es entkoppelte Jugendliche gibt, die in der Stadt sind, mindestens 150 nach den Schätzungen, die wir haben, die sozusagen wir von der Straße runter haben wollen beziehungsweise, mal anders ausgedrückt, die wir überzeugen wollen sozusagen, dann so ein Angebot wahrzunehmen.

Die Idee ist sozusagen, Straßensozialarbeit, integriert mit Einzelwohnen, nach Paragraf 34/35 zu machen, SGB VIII, und Nachsorge, und dann eben halt auch die Wohnungswirtschaft einzubeziehen und über einen Wohnungspool dann auch an die entsprechenden Wohnungen ranzukommen.

Das Konzept, nach dem wir da vorgehen wollen, der Ausgangspunkt ist die Werkstatt Solidarität Essen, die das schon in Nordrhein-Westfalen erfolgreich macht. Die haben dort aufgebaut inzwischen 242 Plätze, ist also ein großer Träger geworden, und 300 Jugendliche in Wohnungen gebracht. Das ist ein großer Erfolg und wir versuchen jetzt, mit der Fachbehörde gemeinsam an diesen Erfolg anzuknüpfen, und verhandeln darüber. Deswegen jetzt in Wohnungen gebracht, weil es so ist, dass dieser Wohnraum von den Minderjährigen, die dann sozusagen rund um die Uhr betreut werden, dann mit 18 übernommen wird. Das heißt also, wir setzen kein Geld ein, um dann danach in Obdachlosigkeit zu entlassen. Das haben wir natürlich, das Problem, und das sind ja dann auch die Angebote für Housing First, die das also auch verhindern sollen. Das heißt also, es geht immer um die Bereitstellung von Wohnraum an dieser Stelle auch, und diese beiden Probleme versuchen wir zusammen zu lösen. Und ich bin hoffnungsfroh, dass wir im März nächsten Jahres dann auch ein erstes Treffen mit einem größeren … ja, mit größerer Anzahl von Wohnungsimmobilienbesitzern haben, die dann mit uns das auch verhandeln werden. Das ist sozusagen die Idee an der Stelle.

Und warum dieses Angebot? Wir haben eben eine ganze Reihe von Kindern und Jugendlichen, hauptsächlich Jugendliche, die von den Angeboten, die es in der Kinder- und Jugendhilfe gibt, nicht erreicht werden. Traumatisierte Jugendliche funktionieren in Gruppen oftmals nicht, und deswegen eben halt dieses Einzelwohnen, deswegen diese Idee dieses Angebotes. Deswegen haben wir das sozusagen aus Nordrhein-Westfalen kopiert, sage ich jetzt mal so, kopiert nicht ganz, weil wir das natürlich auf die Hamburger Verhältnisse sozusagen angeben wollen, und wir wollen auch ein bisschen anders arbeiten in dieser Geschichte, als das in Nordrhein-Westfalen der Fall ist, wo es ein großer Träger ist. Wir haben einen Trägerverbund gegründet hier in Hamburg, da ist dann basis & woge dran beteiligt, da ist SME dran beteiligt, da ist GANGWAY dran beteiligt, alles drei Träger des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Da ist Auf Kurs beteiligt (…), das heißt also, auch hier wird kooperiert. Das ist positiv. Und ich kann sagen, dass das eine super Diskussion ist, die ich da auch begleiten darf.

Und wir haben auch Kontakte geknüpft zum FASD-Fachzentrum, die sich fachlich damit beschäftigen. Das heißt, wir versuchen, ein Netzwerk aufzubauen in alle möglichen Bereiche. Wir haben auch zum zuständigen Fachbereich des UKE Kontakt aufgenommen. Also wir versuchen sozusagen, die ganze Stadt hinter dieses Projekt zu bringen, sodass wir dort dann eben halt auch eine Angebotslücke schließen und einen, sage ich jetzt mal

so, nicht gesetzeskonformen Zustand beenden in der Stadt. Weil, normalerweise müssen die alle in Obhut genommen werden. Funktioniert nicht. Der KJND ist jetzt schon überfüllt. Man stelle sich vor, da kommen noch 150 dazu. Das geht gar nicht. Der KJND muss, wie es aus unserer Sicht richtig drinsteht im Koalitionsvertrag, dezentralisiert werden. Wir hoffen, dass das auch passiert und dass das nicht irgendwelchen Sparbeschlüssen zum Opfer fällt. Das ist wirklich eine gute Sache, die im Koalitionsvertrag drinsteht. Da warte ich persönlich schon sehr lange drauf. Genau.

Und das ist sozusagen ein bisschen der Hintergrund so. Und wir haben jetzt am Montag im Landesjugendhilfeausschuss einstimmig dafür gestimmt, dass dort weiter verhandelt wird mit der Fachbehörde, unter den Prämissen, die ich genannt habe, und da ist noch nicht alles einheitlich, aber ich hoffe, da sind wir auf einem guten Weg. Von daher werden wir versuchen, das auch dann umzusetzen. Erst mal so weit.

Vorsitzende: Vielen Dank. Als Nächstes liegt mir eine Wortmeldung von Frau Post-Martens vor.

Anja Post-Martens: Ja, ich würde gern die Angriffe der AfD auf die Jugendeinrichtungen belegen. Mein Kollege Moritz Schwerthelm, der bei uns im VKJH auch im Vorstand ist, hat gemeinsam mit anderen Kolleg:innen der Uni Hamburg eine Studie dazu bundesweit tatsächlich getätigt, die heißt Stay with the trouble, kann ich sehr empfehlen. Da geht es um die gezielte Strategie insbesondere der AfD, Einfluss zu nehmen auf die Kinder- und Jugendarbeit und insbesondere auch auf die Inhalte und Themen dort. Diese wird im Wesentlichen darüber realisiert, einzuschüchtern und Finanzierungsvorbehalte auszusprechen, auch mit der Forderung nach einem sogenannten Neutralitätsgebot.

(Abg. Eugen Seiler: Ja, das ist doch alles richtig.)

Kolleg:innen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden dort geframt insgesamt als linksextremistisch gefährlich und nicht dem Neutralitätsgebot entsprechend.

Hier in Hamburg werden diverse Anträge in der Bürgerschaft gestellt, dass bestimmten Jugendgruppen beispielweise, dass die überprüft werden mögen. Oder aber, dass ihnen die Gelder entzogen werden, oder aber, dass Einrichtungen, die antirassistische oder diskriminierungskritische Aufklärungsarbeit machen, eingeschränkt werden. Es ist sich explizit ausgesprochen worden gegen queere Gruppen in offener Arbeit. All das sind Angriffe der AfD. Da hat sich diese Stadt sehr klar aufgestellt, wir haben uns unter anderem einen Verfassungsrechtler in die Landesarbeitsgemeinschaft Paragraf 78 OKJA eingeladen, der hat sehr offensiv gesagt, es kann überhaupt gar keine neutrale Haltung gegenüber verfassungsfeindlichen Äußerungen oder Aktivitäten weder im SGB VIII noch im Grundgesetz oder anderen normativen Ordnungen unserer Gesellschaft geben. Ganz im Gegenteil, da stehen ausdrücklich Interventionspflichten. Er hat auch sehr deutlich gesagt, Kinder- und Jugendarbeit darf und muss sich aktiv gegen rassifizierende Äußerungen positionieren oder sich mit rassistischen, antisemitischen, antimuslimischen, sexistischen oder ableistischen Positionen auseinandersetzen.

(Abg. Eugen Seiler: Da wird alles zusammengeworfen.)

Das ist unser Auftrag, dafür werden wir auch von Ihnen angegriffen, und durch das, was bundesweit an Angriffen auch von Ihrer Partei öffentlich gemacht wird, fühlen sich viele Menschen in dieser Stadt dazu aufgefordert, unsere Einrichtungen anzugreifen. Eine Einrichtung in Altona, die ein Angebot für queere junge Menschen hat, ist medial durch die Gegend gezogen worden, es sind Hakenkreuze vor die Tür gelegt worden, es ist die ganze Einrichtung verwüstet worden, …

(Abg. Eugen Seiler: Und das war die AfD, oder wie?)

… es sind Menschen vor die Tür gekommen und haben gefunden, dass es total angemessen ist, rassistische und rechtsextreme Sprüche irgendwie zu brüllen.

(Abg. Eugen Seiler: Aber das war doch nicht die AfD.)

Es gab, insbesondere von Ihrer Partei inszeniert, Angriffe auf die Lenzsiedlung und die Gemeinwesen und offene Kinder- und Jugendarbeit dort. Da sind in Ihren Feeds AfD-Partei Flammenwerfer gebrannt und Menschen mit Ratten verglichen worden …

(Abg. Eugen Seiler: Das ist doch Schwachsinn, das stimmt einfach nicht.)

… und rassistisch übelste Aussagen gemeistert worden und es ist unser Auftrag, uns genau dagegen anzulegen. Und das tun Sie und dafür sorgen Sie, das macht Kindern Angst. Ich kann Ihnen gern Fotos zeigen, wie häufig in letzter Zeit Hakenkreuze aufgetaucht sind, gerade vor unseren Einrichtungen. Diese Stadt steht noch dahinter und deshalb müssen Sie auch die soziale Infrastruktur ausbauen, weil, wir müssen dagegen demokratisch und politisch bilden und das findet statt ganz aktuell.

(Beifall)

Vorsitzende: Danke, Frau Post-Martens. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, zu einzelnen Redebeiträgen darf kein Beifall oder auch Missfallensbeiträge vonseiten der Gäste stattfinden. Ich möchte, dass Sie sich auch daran halten.

Ich habe eine weitere Wortmeldung von Frau Sudmann, bitte.

Abg. Heike Sudmann: Ich habe noch mal eine relativ kurze Frage, die aber leider ein sehr leidiges Thema betrifft. Sie haben verschiedentlich deutlich gemacht, wie viel die Bürokratie Ihre Arbeitszeit kostet. Und wir haben ja … in der Bürgerschaft hören wir immer wieder, es soll überall Bürokratieabbau geben.

Deswegen ist meine Frage, gibt es aus Ihrer Sicht Sachen, wo Sie sagen können, das ist wirklich überflüssig, das dient nur dazu, dass die Behörde, wie auch immer, sich noch mal absichert, das hat aber nichts mit der Arbeit zu tun? Also wie gehen Sie damit um, welche Gespräche führen Sie, um die überbordende Bürokratie aus Ihren Bereichen rauszukriegen? Oder sagen Sie, das geht wirklich nur, wenn die Stadt dran festhält an diesen bürokratischen Vorgaben, dann brauchen wir auch wirklich – Sie sagten, glaube ich, Verwaltungsstellen – mehr Personal?

Also das würde ich von Ihnen einfach gern wissen, weil, ich habe das so oft gehört, seit Jahrzehnten eigentlich immer, wir müssen dokumentieren, dokumentieren, dokumentieren und arbeiten für die runde Ablage oder was auch immer, wir können nicht mit den Menschen arbeiten, für die wir eigentlich da sind. Die Frage geht an alle, die sich dazu berufen fühlen, auch gern an die Verwaltung oder verwaltungsnahe Institutionen.

Vorsitzende: Ich frage an dieser Stelle einmal Frau Alheit, ob Sie los müssen. Nein. Möchten Sie trotzdem starten mit Blick darauf, dass Sie das bald tun müssen? Okay.

Kristin Alheit: Natürlich ist Bürokratieabbau überall ein Thema und zu Recht. Und natürlich haben wir es im Bereich Jugendhilfe mit relativ vielen Dokumentationspflichten zu tun, die sind aber jetzt nicht alle per se blöd, also das muss man ganz klar sagen. Da ist auch ganz viel von notwendig. Aber es ist wie in vielen Lebensbereichen, auch der Arbeitsschutz und der Brandschutz, das ist alles total wichtig, aber zusammen ist es zu viel Bürokratie. Ich kann Ihnen jetzt leider kein Rezept mitgeben, wie Sie das abbauen, aber dass wir da hingucken müssen, ist, glaube ich, mal ganz sicher.

Wir hatten hier einen anderen Bereich schon, der, glaube ich, leichter etwas zu entflöhen wäre, das ist der Bereich Zuwendungen. Also der ist tatsächlich so aufwendig und bürokratisch, dass ich sagen muss, da lässt sich was dran machen. Und es hat aber insgesamt im Feld was mit Vertrauen zu tun. Also auch diese Absicherung, die Träger machen wollen, die Kontrolle, die die Verwaltung machen will, das hat was damit zu tun, dass das System an sich sofort …, also wenn was schiefgeht, wird sofort guckt, wer ist schuld. Und wir sind in dem Bereich in einem Bereich, wo immer etwas schiefgehen kann, obwohl nicht wirklich jemand schuld ist. Da mag es einzelnes Versagen gegeben haben. Da sind so viele Menschen in dem System, das geht gar nicht anders, als dass solche Dinge passieren.

Und natürlich müssen wir gucken, was ist vertretbar, wie müssen wir das System aufstellen. Aber das führt natürlich dazu, dass jeder Interesse daran hat, sein Handeln zu dokumentieren, es in bestimmten Bereichen existenziell wichtig ist, dass insgesamt aber kein wirkliches Vertrauen darin besteht, dass der andere seine Arbeit schon gut macht, obwohl es in vielen Bereichen im Feld durchaus, wir hatten das auch hier vorhin mal, wirklich ein großes Zusammenstehen auch inhaltlich gibt. Es ist überhaupt nicht so, dass alle irgendwie denken, das ist …, also gegenseitig, der andere macht keine gute Arbeit, das nehme ich überhaupt nicht so wahr. Die Belastung ist nur unglaublich groß und alle wollen sich absichern. Und das ist tatsächlich ein Bereich, wo wir gucken müssen. Aber vorhin wurde ja auch schon gesagt, es gibt eben tatsächlich auch Bereiche, wo das gemacht wird und das ist erfolgsversprechend. Man muss es in solidarischem Miteinander machen und man muss dann die Sachen, die man entrümpelt, auch dem anderen zutrauen, dass er seine Arbeit schon ordentlich macht. Und das gilt in jede Richtung meiner Ansicht nach.

Vorsitzende: Ich habe wahrgenommen, dass Herr Prieß was sagen wollte und ich habe Herrn Voß wahrgenommen. Herr Prieß war, glaube ich, ein bisschen früher.

Ronald Prieß: Ja. Also der erste Punkt ist schon genannt mit den Zuwendungen und da kommt die Projektitis, wie ich das immer nenne, das heißt also, es gibt eigentlich keine wirkliche Regelversorgung, sondern eine Stelle setzt sich zusammen aus der Finanzierung verschiedenster Zuwendungen, also Zuwendungen oder verschiedenster Töpfe. Das geht vom Europäischen Sozialfonds, wo man dann Geld kriegt, bis sozusagen in die Regelforderung und dann noch mal alles, Bezirkssondermittel dann noch mal aufstockend und so weiter und so fort.

(Kristin Alheit: Komplex, genau!)

– Genau. Und dadurch entsteht eine Komplexität an dieser Stelle. Das ist der eine Punkt, den ich noch mal sagen wollte.

Der zweite Punkt ist, es gab, glaube ich, nicht umsonst … Ich glaube, es war der Untersuchungsauftrag 15 der Enquete-Kommission, Abbau von Bürokratie, der war speziell – ich war ja an den Verhandlungen beteiligt zur Einsetzung der Enquete-Kommission – mir besonders wichtig. Und vorhin haben wir ja am Beispiel des ASD gesehen, da ist wirklich viel drin, also die sind wirklich auch überreguliert. Und, ja, gut, Dr. Schrapper und auch der Arbeitsstab hatten da ja auch JUS-IT im Blick, also das heißt, die Software ist sehr komplex auch an der Stelle. Und da gibt es einfachere Software aus anderen Städten. Ich weiß noch damals, dass Professor Neuffer gesagt hat, in Nürnberg zum Beispiel gibt es einfachere Geschichten. Das heißt, also diese Software scheint mir auch extrem schwierig zu sein und von daher sehe ich vor allen Dingen bei den Jugendämtern große Probleme und weiß auch von vielen Kolleg:innen, dass die, ja, eigentlich immer noch doppelte Buchführung machen, damit nichts verlorengeht und all solche Sachen. Und das ist schon ein großes Problem. Also in dem Bereich ist das auch schon ein sehr großes Problem und wir müssen gucken, wie wir das reduzieren können.

Ich war ja deswegen auch hoffnungsfroh, das Stichwort Aufgabenkritik ist ja gefallen dort sozusagen bei Herrn Baer. In die Richtung muss viel noch getan werden und ich hoffe da auf diesen Fachtag zur Umsetzung der Empfehlung der Enquete-Kommission gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, dass man dort dann eben halt auch genau dieses Thema da auch noch mal behandeln kann, dass man dort also auch dann sozusagen das, was umgesetzt worden ist von der Fachbehörde, auch noch mal konfrontiert, einem Realitätscheck sozusagen die Kinder- und Jugendhilfe, die Beschäftigten vor Ort also auch dann unterzieht. Und dass man dann noch mal nachsteuern kann an der Stelle. Also das wäre eine Idee, wie man da weitermachen kann auch in Richtung Studien. Genau. Ja, das war es erst mal so weit.

Vorsitzende: Als Nächstes habe ich Herrn Voß und dann Frau Post-Martens.

Olaf Voß: Okay. Da kann ich was Aktuelles berichten zu dem Thema Vereinfachung der Regelungen für den ASD. Das werden die ministeriellen Kollegen in der nächsten Sitzung genauer noch erläutern können, aber ich habe zufällig letzte Woche gerade mit der Wandsbeker Jugendamtsleitung drüber gesprochen, weil die sich von uns Unterstützung wünschte für einen Workshop Anfang nächsten Jahres von Fachbehörde und den Jugendämtern zusammen, weil die sich das eben als Folge der Enquete-Kommission ja schon lange vorgenommen haben, die Regelungen gemeinsam zu vereinfachen. Und da wollen sie jetzt Anfang nächsten Jahres einen Workshop machen, den wir dann unterstützen werden, um das dann im nächsten Jahr zu Ende zu bringen, die Regelungen wirklich mal zu vereinfachen.

Vorsitzende: Danke. Frau Post-Martens.

Anja Post-Martens: Ja. Ganz schnell. Ich möchte einmal sagen, bei uns im Zuwendungswesen ist die Bürokratie tatsächlich auf allen Seiten. sowohl bei den Kolleg:innen in den Bezirken und den Behörden, also unsere Fachbegleiter:innen, als auch wir bei den freien Trägern leiden unter derselben Katastrophe quasi auf zwei unterschiedlichen Seiten zur selben Zeit. Kolleg:innen, also KJLerinnen aus den Bezirken sagen, und das ist unser großes Problem, diese Mehrmitteltöpfe. Dadurch, dass seit Jahrzehnten die Rahmenzuweisungen strukturell unterfinanziert sind, werden ganz viele Löcher durch verschiedene Töpfe gestopft. Das müssen Sie sich so vorstellen, Sie haben einen Kollegen, der ist anteilig mit verschiedenen Stellen-, Stundenanteilen zum Beispiel aus dem Quartiersfonds, anteilig von SIN- Mitteln, ein bisschen Mehrbedarfe für Geflüchtete und der Rest aus der Rahmenzuweisung …, vielleicht mit Glück sogar noch aus unterschiedlichen Rahmenzuweisungen, und so ist das gestückelt. Mein Kollege hat mir letztens tatsächlich so ein Personal-Tetris geschickt, wo er mit vier unterschiedlichen Farben 14 Kolleg:innen unterschiedlich gekennzeichnet hat, damit wir für die Abrechnung in den Zuwendungen klar hatten, welche Stellenanteile wir in welche Abrechnung packen müssen.

Diese Mehrmitteltöpfe bedeuten, dass wir jeweils auch jedes Jahr, jedes Jahr wieder, einen Antrag stellen müssen im Juni. Der wird dann bearbeitet auf der anderen Seite bis Dezember, vielleicht bewilligt oder auch nicht. Dann müssen wir im März einen Verwendungsnachweis für das Jahr davor machen. Dann müssen wir zwischendrin im Juni aber auch Sachberichte abgeben zum Verwendungsnachweis auch und dann gibt es noch verschiedene Statistikmeldungen, die zwischendurch drin sind. Jetzt gibt es ein neues Programm, das macht uns alle auf allen Seiten auch irre, das ist INEZ.Core. Geregelt im Zuwendungsverfahren ist, dass wir im März den Verwendungsnachweis ausgeben, also im Detail im Übrigen mit großen Ordnern, wo wir jede einzelne Rechnung aufgeklebt haben, die dann die Kolleg:innen in die Behörde fahren. Das macht bei uns die Buchhaltung, die wir übrigens aus den Intendanzmitteln finanzieren, knapp, aber zum Glück. Und dann wird das ausgerechnet und dann bekommen wir sozusagen einen endgültigen Zuwendungsbescheid von der Behörde. Die sagen, okay, also ihr habt jetzt 200 Euro zu viel gekriegt oder 5 000 Euro zu wenig. Dieses neue Programm INEZ.Core verunmöglicht jetzt aber die Verrechnung von zum Beispiel zu wenig ausgezahlten Mitteln im Folgejahr. Das heißt, es kann …, also es ist einfach ein Programm, das macht es …, das darf jetzt nicht mehr sein. Das heißt, wir können im Folgejahr, wo wir den Verwendungsnachweis eingereicht haben, gar nicht mehr die Gelder zurückbekommen, die wir vielleicht zu viel ausgelegt haben und die uns noch zustehen. Es ist absurd.

Es gibt verrückte Diskussionen darum, wie wir das jetzt mit den Tariferhöhungen machen, alle wissen, dass es irgendwie kommt, wir dürfen aber nicht im Vorhinein prognostizierte Erhöhungen beantragen, sodass sie schon mal im Antrag stehen und dann einfach nachträglich ausgezahlt werden können, wenn es so ist. Nein, erst wenn es tatsächlich beschlossen ist, dürfen wir Änderungsanträge an unsere Anträge, die in zigfacher Ausfertigung überall hinmüssen, stellen. Das ist absurd und das macht uns alle irre und alle wissen eigentlich, was man da ändern könnte, aber in echt brauchen wir eine

auskömmliche, eine dynamisierte und eine strukturelle Förderung, das wäre wirklich sehr hilfreich, und ich glaube, alle würden glücklich sein. Es gibt eine Kollegin in der Behörde, die sagt, Zuwendungen kommen aus der Hölle.

Vorsitzende: Als Nächstes hat sich Frau Mayer gemeldet.

Andrea Mayer: Erst mal würde ich mich dem komplett anschließen, auch wenn wir nicht mit so vielen Projekten unterwegs sind, aber das ist wirklich …, es ist nervenaufreibend. Wir haben eine Kollegin, die ausschließlich dafür angestellt ist, sich um diesen ganzen Bürokratiekram zu kümmern, die ist nicht refinanziert, die wird irgendwie so …, kann man so durchmauscheln. Die Kollegin grüßt und hat zu der Stelle tatsächlich gesagt, erst mal möge ich berichten, die kinderfreundlichen Räume bei uns sind fürs nächste Jahr durchfinanziert und das begrüßen wir sehr, auch wenn es nur ein ganz, ganz kleiner Teil ist. Und sie hat gesagt, dann sagt doch bitte mit einem Zwinkern, wir kriegen sogar eine Tarifsteigerung eventuell von 1 000 Euro, aber auch die muss extra beantragt werden.

Es ist nur ein kleines Stückchen und da mache ich den Bogen, da würde ich mich nämlich gern der anderen Kollegin anschließen, ich glaube, ein ganz, ganz wesentliches Schlüsselwort ist Vertrauen. Vertrauen zwischen den freien und öffentlichen Trägern, was immer wieder an kleinen Stellen, an größeren Stellen beschädigt wird, und da müssen wir gemeinsam ran. Wir sind da an vielen Stellen auf gutem Weg, manchmal individuell, manchmal strukturell, das Tu-Was!-Netzwerk, dem wir auch angehören, hat da sehr gute Erfahrungen gemacht in der Vergangenheit. Ich wünsche mir sehr, dass das so weitergeht und würde mich freuen, wenn bald wieder zwischen freien und öffentlichen Jugendhilfeträgern in Hamburg ein Handschlag gilt.

Vorsitzende: Es wurde gerade der Wunsch mir gegenüber geäußert und dem möchte ich an dieser Stelle sehr gern gerecht werden, einmal zu erläutern, warum unsere Geschäftsordnung vorsieht, dass nicht geklatscht werden darf. Das hat folgenden Hintergrund.

Damals haben die SS und die SA Ausschüsse geflutet und haben Politiker:innen unter Druck gesetzt, indem Buh-Rufe oder auch Klatschbekundungen stattgefunden haben.

……(Abg. Eugen Seiler: Das erklärt einiges.)

Und deshalb sieht unsere Geschäftsordnung vor, dass Politiker:innen in ihrer Arbeit nicht beeinflusst werden dürfen, das genauso wie in Plenarsitzungen wie auch in Ausschusssitzungen, und deswegen beharre ich auch darauf, dass nicht geklatscht werden darf. Das einmal dazu.

(Zurufe aus dem Publikum)

– Ja, ich möchte bitten, dass Sie sich da an dieser Stelle an unsere Geschäftsordnung halten, denn ich möchte …

(Beifall)

Auch beim Klatschen mir gegenüber möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass ich bitte, die Gäste, das Klatschen zu unterlassen. – Danke schön.

Damit sind wir unter den Obleuten, ja, eben gerade noch beiläufig einmal in Absprache dazu gekommen, dass die Fragerunde nun beendet sein soll. Wir würden Sie als Expert:innen genauso wie die Obleute, die Sprecher:innen der Fraktionen um ein kurzes Statement, eine Zusammenfassung aus Ihrer Sicht bitten. Ich würde an dieser Stelle vorschlagen, dass wir mit unseren Expert:innen starten und würde dieses Mal in anderer Reihenfolge starten und Sie, Frau Mayer, bitten, ob Sie vielleicht starten möchten.

Andrea Mayer: Ich glaube, ich war gerade schon fertig mit meinem letzten Statement, das ist das, was ich mir wünsche. Ich wünsche mir Vertrauen, ich wünsche mir auch bei steigenden Kosten auf unserer Seite, dass das gesehen wird. Wir wissen auch als freie Träger, dass nicht unendlich viel Geld da ist, ich wünsche mir ein bisschen mehr in unsere

Richtung. Ich glaube, es ist wichtig, wichtig, wenn wir unsere Gesellschaft weiter demokratisch formen wollen, dafür sind wir staatlich anerkannte Sozialpädagogen, staatlich anerkannte Erzieher:innen, auch gut, wenn das SPFZ zuschult. Aber das ist ganz, ganz wichtig, dass in diesem originären Bereich wir, um unsere Demokratie zu halten, weiterarbeiten und die Gesetze umsetzen.

Markus Göz: Dann mache mal weiter hier. Für mich ist ganz wichtig, wie kann es eine Stadt wie Hamburg schaffen, dass ein KJND nicht mehr so im Brennpunkt steht, dass da Kinder besser untergebracht werden stationär, dass die Einrichtungen so ausgestattet sind, dass es wirklich bedarfsgerecht ist und dass man nicht immer nachverhandeln muss. Das, denke ich, ist für unseren Bereich unglaublich wichtig, wie schaffen wir die Herausforderung, das inklusive SGB VIII umzusetzen. Mich hat erstaunt, dass heute so wenig Fragen darüber waren, wo ich dachte, so, wow, wir sind doch eigentlich da schon mittendrin, das ist doch eigentlich ein Thema, was viel mehr eigentlich Thema sein müsste, wo ich so dachte, wow, das war kaum Thema. Das hat mich überrascht, weil, für uns bei der Arbeit ist es gerade ein relativ …, nimmt es sehr viel Zeit in Anspruch. Und ich denke, es wird eine große Herausforderung zu sagen, ein Kind ist ein Kind, egal, ob mit oder ohne Behinderung, und wie können wir Strukturen schaffen und wie können wir auch andere Berufszweige damit integrieren zu sagen, um das gut leisten zu können. Ja.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prieß.

Ronald Prieß: Ja. Ich wünsche mir natürlich den Fachtag zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission und ich wünsche mir die Veröffentlichung der Studie von Timo Ackermann und Herrn Storck, Das Jugendamt im Dialog mit seinen Nutzer:innen. Das wäre schön, wenn das doch mal nicht nur intern bekannt ist, sondern wenn das öffentlich ist.

Ich wünsche mir natürlich ein Armutsbekämpfungsprogramm für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Insbesondere habe ich ja erwähnt, dass bestimmte Leistungen in der Kita Regelleistungen sind und nicht mehr nach Zuzahlungsformat sozusagen finanziert werden. Da gibt es ja den … Zumindest SPD und Linke haben dazu also auch Beschlüsse auf ihren Parteitagen gefasst, dass das umgesetzt wird, wäre gut.

Dann wünsche ich mir eine Studie zu Inobhutnahmen unter den Stichworten Ursachen der Inobhutnahme ermitteln, Probleme der organisatorischen Umsetzung, der Durchführung von Inobhutnahmen. Da hat der Senat, nein, der Senat nicht, sondern im Koalitionsvertrag steht da zumindest, das ist ja ein wichtiger Punkt, Dezentralisierung des KJND. Da wäre Hamburg auch gut beraten, alle anderen großen Städte haben das schon gemacht. Fachliche Entwicklung und Probleme der Personalstruktur, die sind ja auch für andere Bereiche sozusagen diskutiert worden.

Ich würde mir auch wünschen, dass ein bisschen mehr über den Bereich Pflegekinder noch mal gesprochen wird und der Pflegefamilien. Da haben wir heute gar nicht drüber gesprochen, da sind wir nicht zu gekommen, das will ich auch niemandem vorwerfen, aber als ehemalige Erziehungsstelle, zehn Jahre, bin ich da natürlich engagiert und da gibt es eine ganze Menge Forderungen. Es gibt ein Sofortprogramm von PFIFF mit sieben Forderungen, die würde ich auch gern noch sozusagen irgendwann mal diskutiert haben.

Und dann wünsche ich mir ein Budget für selbstorganisierte Zusammenschlüsse und Initiativen im Sozialraum auszubauen, zum Beispiel Sozialgenossenschaft.

Und insgesamt als Letztes sage ich noch mal, wir führen zurzeit auch eine Diskussion, die haben wir angefangen beim II. Kinder- und Jugendhilfegipfel mit den HSV- und St. Pauli-Fanprojekten um ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Straßensozialarbeit. Das wäre auch noch mal eine Diskussion, die es wert wäre, in einem, ja, in so einem Rahmen auch noch mal zu diskutieren in einem größeren öffentlichen, vielleicht auch in Form einer Fachveranstaltung.

Also da sind noch ein paar Sachen, ich will nicht zu lange hier noch sprechen, also das sind so ein paar Kernforderungen. Ja. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Post-Martens, bitte.

Anja Post-Martens: Ja. Ein sehr konkreter und sehr akuter Wunsch ist, dass wir tatsächlich dazu auffordern, dass Sie die 10 Millionen für die Rahmenzuweisungen, SIN-Mittel und Mehrbedarfe finden für 2026 und für 2027 und 2028 sich vornehmen, tatsächlich diese Rahmenzuweisungen so zu erhöhen, dass ein bedarfsgerechter Ausbau der sozialen Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit möglich ist. Das wünschen wir uns sehr, 10 Millionen sind nicht schwer zu finden, das wissen wir, das können wir gern jetzt noch intensiv diskutieren, ich bin mir aber sicher, dass auch Sie das wissen.

Der zweite Punkt, den wir uns tatsächlich sehr wünschen, ist, dass wir in Hamburg dazu kommen – und die Bereitschaft ist wirklich hoch, also viele unserer Kolleg:innen sitzen in vielen städtischen Gremien –, dass wir den Paragraf 80 SGB VIII angemessen umgesetzt bekommen. Da geht es um die Jugendhilfeplanung, auch das ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe.

(Ronald Prieß: Ja!)

Da steht: „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortlichkeit erstens den Bestand festzustellen, zweitens den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Erziehungsberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und drittens die zur Befriedung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen. Dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.“ Und dann steht da, unter welchen Kriterien, und dann steht dann, dass man das kooperativ tatsächlich tun soll. Und ich glaube, das ist etwas, was wir tun könnten und was wir tun müssten. Das muss aber möglich werden und damit müssen auch Beschlüsse dieser Gremien und gemeinsame Entscheidungen, die da getroffen werden und im Austausch nun gefasst werden, die müssen auch so mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden, dass sie dann auch umgesetzt werden können. Das sind zwei Punkte, die wir dringend wünschen.

Ansonsten wünschen wir uns, dazu gibt es das Forderungspapier der AG Träger in der OKJA, ich glaube, es deckt sich relativ auch mit dem, was die Wohlfahrtsverbände fordern. Wir wünschen uns dringend, dass unsere Finanzierung ausgebaut wird, sodass auch Träger, die ausschließlich und aus guten Gründen nicht Hilfen zur Erziehung oder nicht Kita anbieten, in der Lage sind, irgendwie sich über Wasser zu halten und die eigenen Trägerstrukturen zu finanzieren. Darum bitten wir sehr dringend und um Anerkennung unserer Kolleg:innen, unserer Tätigkeiten und unserer Arbeitsfelder. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Baer, bitte.

Thorsten Baer: Ja. Ich mache den Wechsel mal zur Verwaltung. Wir haben 2013 angefangen, eine Menge Veränderungen im Jugendamt durchzuführen, uns dort professioneller aufzustellen und ich hoffe, dass ich Ihnen zumindest einen guten Einblick gewähren konnte, was wir da gemacht haben und dass wir da auf einem guten Weg sind.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Voß, bitte.

Olaf Voß: Ich habe ja die schwierigen Haushaltsjahre in den Nullerjahren erlebt, habe da in der Zeit im ASD gearbeitet und weiß, wie schwierig das war, was für Restriktionen wir damals hatten in allen Bereichen. Und von daher wünsche ich uns allen am meisten, dass die schwierigen Haushaltsjahre schnell vorübergehen mögen, das wäre mein wichtigster Wunsch für uns alle, und dass wir bis dahin es schaffen, miteinander in öffentlicher und freier Jugendhilfe gnädig miteinander umzugehen und im systemischen Sinne uns gut zu respektieren einfach mit den unterschiedlichen Aufgaben, die wir eben haben. Und da ist es eben so, dass wir einfach sehr unterschiedliche Aufgaben haben und, ja, das macht es

eben leider dann im Einzelfall ziemlich schwierig, sich manchmal dann noch gut zu verstehen, das ist leider so. Ja. Okay.

Vorsitzende: Vielen Dank. Somit würde ich das Wort an die Fraktionen wieder wie in der Anfangsrunde nach Fraktionsstärke geben. Damit wäre Herr Berk für die SPD-Fraktion der Erste.

Abg. Cem Berk: Ja. Vielen Dank. Ich wollte auf einen konkreten Punkt zuallererst noch mal eingehen, weil, mir wurde nämlich zugesichert, dass alle 18 kinderfreundlichen Räume im nächsten Jahr weiter finanziert werden, die Zusage habe ich schriftlich. Sollten Sie andere Informationen haben, können Sie aber sich gern noch mal direkt sonst auch bei mir melden. Das ist das eine.

Das andere ist, ich möchte mich ganz herzlich bei den Expert:innen bedanken, bei allen, die so lange hier dabei waren und zugehört haben. Ich kann für mich, aber auch, ich glaube, für meine Fraktion festhalten, dass wir heute sehr viele Punkte, sehr viele gute Ansätze noch mal mitnehmen können für unsere politische Arbeit. Ich freue mich sehr auf den nächsten Ausschuss, wo wir dann noch mal gemeinsam auch den Senat befragen werden.

Ich kann für mich persönlich auch noch mal ganz besonders sagen, dass viele der Themen auch nachhallen werden und auch in unsere Fraktion noch mal mitnehmen. Und gleichzeitig möchte ich aber auch sagen, dass, auch wenn deutlich geworden ist, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, auch vieles in unserer Stadt gut läuft und wir da auch ansetzen können. Ich freue mich auf den weiteren Austausch. So weit. – Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Berk. Damit wäre Frau Seif für die CDU-Fraktion dran.

Abg. Silke Seif: Ja. Ich möchte mich auch einmal bei den Experten natürlich bedanken für ihr Kommen an einem Freitagnachmittag und vor allem an alle Gäste für ihr zahlreiches Kommen, auch die, die lauthals draußen noch standen und Gott sei Dank reingelassen worden sind. Natürlich auch bei der Sitzungsleitung, das muss ich wirklich sagen, vielen Dank, dass das so wirklich gut gelaufen ist. Wir haben das schon anders erlebt in der letzten Wahlperiode, das muss man auch mal an der Stelle sagen.

Ich freue mich einmal auf das Wortprotokoll, wenn ich ehrlich bin, und ich freue mich auch auf die Senatsbefragung, vielleicht auch als Opposition kann ich mich darauf freuen. Denn vieles ist natürlich … Wir haben noch die eine oder andere Schriftliche Kleine Anfrage, die wir so schnell nicht ausführlich ausgewertet haben innerhalb von zwölf Stunden. Deswegen war ich gestern auch leicht überrascht über die Pressemitteilung, aber wer unsere Anfrage zum ASD richtig liest, weiß, dass das nicht reicht. Nichtsdestotrotz haben wir jetzt einige Hausaufgaben. Wir werden weiterhin für die Kinder und Jugendlichen kämpfen in unserer Stadt. Das eine oder andere könnte ich noch erwähnen zu dem Koalitionsvertrag, was da steht, das machen wir aber bei der Senatsbefragung. Und man muss es wirklich sagen, wir konnten in diesen drei Stunden nicht alle Themen abdecken, also gerade das Thema Pflegefamilien war uns auch noch mal sehr wichtig. Aber ich glaube, wir haben heute viele, viele Schritte schon mal gemacht, das ist heute der Anfang gewesen, dann kommt die Senatsbefragung und dann schauen wir mal. – Erst mal vielen Dank für Ihr Kommen.

Vorsitzende: Damit wäre Frau Kern für die Fraktion der GRÜNEN …

Abg. Lisa Kern: Ja. Auch von unserer Seite an alle schon genannten Personengruppen und Einzelpersonen ein herzliches Dankeschön. Tatsächlich so als Familienpolitiker:in in den Fraktionen ist man ja manchmal auch ein bisschen allein unterwegs. Von daher nehmen wir, glaube ich, auch Unterstützung aus dieser Sitzung mit, das Gefühl von, es gibt sehr viele, sehr engagierte Menschen in dieser Stadt, die sich um das Wohl der Kinder in Hamburg sorgen. Und ich hoffe tatsächlich, dass wir diesen Austausch, diesen offenen, ehrlichen Austausch in diesem Sinne auch im weiteren Miteinander führen werden. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Frau Sudmann.

Abg. Heike Sudmann: Große Überraschung, auch ich sage Danke. Aber ich sage auch Danke deswegen, weil ich finde, es ist heute noch mal sehr, sehr deutlich geworden, auch für Menschen wie mich, die sonst nicht in diesem Themenfeld unterwegs sind, welche Bedeutung die Kinder- und Jugendarbeit hat, also wirklich, welche Bedeutung sie hat.

Und das ist für mich gar keine Frage, es darf keine Kürzungen geben, es muss einfach mehr Geld geben und es muss wirklich mal eine Planungsgrundlage da sein, die einen bedarfsgerechten Ausbau ermöglicht. Es muss ja ein Ausbau sein, weil, bisher gibt es ja noch gar nicht die bedarfsgerechte Finanzierung. Es ist ein so breites Themenfeld, deswegen haben Sie zu Recht gesagt, Herr Göz, dass wir zum Beispiel Inklusion nicht angesprochen haben. Wir haben auch nicht weiter über Kinderarmut gesprochen. Ich habe heute gerade gelesen, dass es den Index Kinderrechte gibt zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, wo fast alle Bundesländer, irgendwie auch Hamburg, nicht so gut aussehen. Also es ist ein so breites Themenfeld, dass ich diesem Ausschuss, dem ich sonst ja nicht angehöre, Frau Vorsitzende, gern vorschlagen würde, diese Anhörung fortzusetzen mit den Sachverständigen, weil, es gibt noch viel, viel mehr Sachen, die wir eigentlich besprechen müssen. Das wäre ein Punkt.

Und ich will einen Punkt noch mal aufgreifen, weil, das habe ich in meinen normalen Themenbereichen nicht, das war eine Anregung, ich weiß gar nicht mehr, ob es Frau Mayer war, irgendjemand hat nämlich gesagt, es wäre auch mal richtig toll, die Kinder, die Jugendlichen und die Familien anzuhören. Das finde ich, ist etwas, was ich jetzt als Fachfremde dem Ausschuss auch gern mit ans Herz legen würde: Lasst uns mit den Menschen reden, die vor allen Dingen betroffen sind. Insofern, noch mal vielen Dank und die Senatsanhörung wird lustig. Mal gucken, ob ich auch noch dabei bin.

Vorsitzende: Herr Seiler.

Abg. Eugen Seiler: Ja. Vielen Dank an alle Experten, dass Sie hier schon seit mehreren Stunden sitzen und uns Auskunft geben.

Ja, an Frau Post-Martens möchte ich doch noch ein paar Worte verlieren. Sie haben diese wichtige Sitzung dazu missbraucht, um einen ziemlich krassen, unnötigen Angriff auf die AfD zu fahren. Sie sollten sich einfach schämen, schämen sollten Sie sich.

Vorsitzende: Herr Seiler, ich möchte Sie an dieser Stelle bitten, unsere geladenen Expert:innen, die sich heute Abend wirklich Zeit genommen haben, und hier auch namentlich Frau Post-Martens, hier an dieser Stelle denen gegenüber fair zu bleiben und sachlich zu bleiben und nicht solche Aussagen zu treffen.

Damit möchte ich persönlich auch noch mal ein Schlusswort an Sie richten, meine Damen und Herren.

Im Namen des Ausschusses möchte ich mich sehr herzlich bei allen Expert:innen für die heutigen Beiträge bedanken. Die Anhörung hat deutlich gezeigt, wie komplex und gleichzeitig wichtig die Fragen um die Kinder- und Jugendhilfe sind. Die unterschiedlichen Perspektiven haben wertvolle Einblicke gegeben und zentrale Herausforderungen klar benannt, an welche wir, wie es eben schon mehrfach genannt wurde, in unserer nächsten und kommenden Sitzung bei der Senatsbefragung anknüpfen und die heutige Sitzung auch auswerten wollen.

Ich danke Ihnen für Ihre Offenheit der Diskussion und vor allem aber auch für Ihr Engagement und dies möchte ich auch an alle hier anwesenden Gäste richten. Bitte nehmen Sie es mit in Ihre Einrichtung. Wir alle danken Ihnen herzlich. Dass Sie hier heute Abend so lange sitzen am Freitagabend, zeigt deutlich, dass Ihr Herz bei den Kindern, bei den Jugendlichen, bei den Familien unserer Stadt ist und ich glaube, Ihnen allen gebührt unser Dank an dieser Stelle. An dieser Stelle schließe ich die Anhörung.

Zu TOP 2

Keine Beiträge

Julia Barth-Dworzynski (SPD) (Vorsitz)	Thomas Meyer i.V. (Die Linke) (Schriftführung)	Marie-Christine Mirwald (Sachbearbeitung)